

# Sozialer Umbruch, Modernisierung und Kriminalität\*

*Klaus Boers*

## **Abstract:**

*Almost immediately after the reunification, crime rates and the fear of crime increased in Germany, and quite particularly in Eastgermany. This is primarily connected with the process of social transition taking place in the former GDR. The political change in Eastgermany offered a unique opportunity for analyzing how a modernized and a (subsequently) modernizing society can be integrated. Insofar, one of the criminology related issues is the relationship between social macro-structure and deviance. The different forms of transition - economical, social and political - correspond with different types of deviance and delinquency (e.g. mass crime and oeconomical crime; serious property offenses and violent behavior, drug offenses; Neo-Nazi-activities, hate crime). Of similar importance, particularly in the public crime discourse, became also subjective reactions to crime, above all the fear of crime. The understanding of this phenomenon demands for a differentiation of theoretical concepts on deviant behavior and attitudes to crime in the context of modernization theory. In an attempt to approach these questions data from several crime surveys is used which have been conducted in East- and Westgermany after the reunification. They include - besides victim and SRD-surveys - questions on social structure and milieus, social disorganization, political (e.g. authoritarian), social and crime attitudes.*

## **Zusammenfassung:**

*Im Zusammenhang mit dem sozialen Umbruch in den neuen Bundesländern sind die Kriminalität und Kriminalitätsfurcht schon bald nach der Wende insbesondere in Ostdeutschland angestiegen. Allgemein eröffnet der soziale Umbruch die historisch seltene Gelegenheit, die Integration einer modernen und einer sich nachholend modernisierenden Gesellschaft zu beobachten. Kriminologisch ist vor allem der Zusammenhang zwischen makrostrukturellen Veränderungen und abweichendem Verhalten von Interesse. Es wird angenommen, daß die verschiedenen Ebenen des Um-*

*bruchs - ökonomischer, sozialer und politischer Umbruch - mit verschiedenen Formen abweichenden und delinquenten Verhaltens korrespondieren (Bagatelldelikte, Wirtschaftskriminalität; schwerere Eigentums-, Gewalt- und Drogendelikte; rechts-extremistische Gewaltdelikte). Neben der Kriminalitätsentwicklung hat die Kriminalitätsfurcht als subjektive Reaktion gegenüber der Kriminalität nicht nur im öffentlichen Kriminalitätsdiskurs zunehmende Bedeutung erlangt. Für ein eingehenderes Verständnis dieser Phänomene erscheint eine Differenzierung bestehender theoretischer Konzepte im Lichte von Modernisierungstheorien lohnenswert. In einem als Zwischenresümee der kriminologischen Umbruchsforschung konzipierten Versuch, sich diesen Fragen anzunähern, werden die Ergebnisse mehrerer, seit der Wende durchgeführter Kriminalitätsbefragungen dargestellt. Darin geht es neben den Befunden aus Opfer- und Tätererhebungen um Fragen der sozialen Struktur, sozialer Milieus und sozialer Desorganisation, um soziale und politische Einstellungen sowie um Kriminalitätseinstellungen.*

Die Kriminalität und die Kriminalitätsfurcht haben schon bald nach der Wende in ganz Deutschland, vor allem aber in den neuen Bundesländern, zugenommen und bewegen sich seit 1991 auf recht hohem Niveau. Diese Entwicklungen stehen vornehmlich im Zusammenhang mit dem sozialen Umbruch. Kriminalität und Unsicherheitsgefühle sind, genauso wie Arbeitslosigkeit oder Armut, typische Risiken gesellschaftlicher Transformations- und Modernisierungsprozesse, zumal dann, wenn diese, wie in den neuen Bundesländern, mit hohem Tempo nachholend erfolgen. Zudem ist das neue Deutschland nicht wie die alte Bundesrepublik von reichen Wohlfahrtsstaaten mit einer nach Osten geschlossenen Grenze umgeben, sondern befindet sich seit 1989 in einer völlig veränderten geopolitischen Situation. Das vormals durch die Politik autoritativer Regimes verdeckte Wohlstandsgefälle zu den östlichen Nachbarn wurde nach Öffnung der Grenzen praktisch bedeutsam. Statt der erhofften zügigen Entwicklung neuer Märkte im Osten muß sich die neue bundesdeutsche Gesellschaft noch immer mit den zunächst unterschätzten Kosten und Problemen des Aufbaus im Osten sowie mit dem Erwartungsdruck sozial marginalisierter Einwanderer vor allem aus Ost- und Südosteuropa auseinandersetzen. Sechs Jahre nach der Wende kann mit Blick auf kriminologisch relevante Fragestellungen im Zusammenhang mit dem sozialen Umbruch allenfalls ein Zwischenresümee gegeben werden. Denn zum einen ist dieser hochkomplexe Prozeß alles andere als abgeschlossen und zum anderen steht (auch) die wissenschaftliche Beobachtung noch immer unter dem Überraschungseffekt seiner außergewöhnlichen Dynamik. Im folgenden werden zunächst die wesentlichen Phasen des Umbruchs und theoretische Grundpositionen der derzeitigen Transformations- und Modernisierungsdiskussion (1.) sowie der Stand der kriminologischen Forschung skizziert (2.), um vor diesem Hintergrund einige Gedanken zur kriminologischen Bedeutung von Modernisierung und sozialem Umbruch entwickeln zu können (3.). Sodann werden für den wirtschaftlichen, sozialen

und politischen Umbruch jeweils typische Kriminalitätsentwicklungen dargestellt (4.) und schließlich einige Beobachtungen über die subjektive Umbruchs-Verarbeitung am Beispiel der Kriminalitätsfurcht (5.) mitgeteilt.

## 1. Sozialer Umbruch und Modernisierung

Man könnte den bisherigen Verlauf der Transformation in Ostdeutschland in drei Phasen unterteilen (vgl. Arnold 1992, S. 299; Reißig 1994, S. 324): Zunächst die Zeit seit der Wende im Herbst 1989 bis zur Währungsunion und Wiedervereinigung als Phase des Zusammenbruchs der ehemaligen DDR und ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Institutionen<sup>1</sup>.

Sodann eine mit der Währungsunion und Wiedervereinigung im Sommer/Herbst 1990 begonnene und noch andauernde Phase des Umbruchs, des Transfers von Personal und Eliten, von Institutionen, Kapital und Sozialleistungen, die eine im wesentlichen alimentative Stabilisierung der nun in "die neuen Bundesländer" übergegangenen ehemaligen DDR und ihrer Bürger gewährleisten konnten.

Zur Zeit, also sechs Jahre nach der Wiedervereinigung, befinden sich die neuen Bundesländer in einer dritten Phase der zunehmenden Ausdifferenzierung, für deren Beginn sinnbildlich die Auflösung der Treuhandanstalt<sup>2</sup> im Frühjahr 1995 steht: Auf der einen Seite wird, bei weiterhin enormen Transferleistungen<sup>3</sup>, ein Teil der staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen selbständig, sei es, daß Ostdeutsche inzwischen die "neuen Geschäfte" führen können, sei es, daß Westdeutsche dauerhaft im Osten leben und nicht mehr nur vorübergehend "aushelfen". Dies gewährt auf der einen Seite Chancen einer eigenständigen und stabileren (d.h. nicht mehr alimentierten) ökonomischen und sozialen Integration (Reorganisation und Aufbau Ost). Auf der anderen Seite sind mit der vor allem in der Umbruchphase durchgeführten "Abwicklung" aber auch viele als erhaltenswert empfundene soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Einrichtungen und Lebensperspektiven unwiederbringlich zerstört worden. Hierin liegt ein nicht unerhebliches soziales Desintegrationspotential, das sich vor allem in der noch zunehmenden (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, im rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Gewaltpotential, insbesondere unter Jugendlichen, in einem seit 1992 im Osten beobachtbaren Stimmungseinbruch ("Ostalgie") und einer damit im Zusammenhang stehenden Tendenz zur politischen Rückbesinnung (PDS-Wähler) zeigt. Die Ausdifferenzierung und Pluralisierung von sozialen Schichten, Milieus und Lebensstilen erfolgt(e) zwar auch im Westen, aber sie geschieht im Osten sehr viel schneller und unübersichtlicher mit dementsprechend größeren Risikopotentialen für die soziale Integration.

Der Begriff "Sozialer Umbruch" kennzeichnet somit für Ostdeutschland (und Osteuropa) einen Transformationsprozeß, bei dem es, im Unterschied zu Innovation oder sozialem Wandel, um eine sowohl rasche als vor allem auch grundlegende Um-

wandlung gesellschaftlicher Institutionen geht, die in wesentlichen Teilen von individuellen und kollektiven Akteuren bewußt herbeigeführt wurde (vgl. Klein 1993, S. 176; Reißig 1994, S. 124).

Kriminologisch stellt sich die Frage, inwieweit solche makrostrukturellen Umbruchsprozesse mit bestimmten Formen abweichenden und delinquenten Verhaltens, ihrer Definition, Thematisierung und Kontrolle zusammenhängen. In der Kriminologie wurden bislang vornehmlich längerfristige Prozesse sozialen Wandels und ihr Zusammenhang mit Kriminalitätsentwicklungen im Rahmen der sogenannten kriminalhistorischen Modernisierungstheorie behandelt (Tobias 1967; Zehr 1976 und als deren Hauptvertreterin Shelley 1981). Darin wird unter "Modernisierung" (sozusagen als allgemeiner sozialwissenschaftlicher Minimalkonsens) die auf dem Prozeß funktionaler Differenzierung beruhende ökonomische, politische und kulturelle Entwicklung moderner (Industrie-) Gesellschaften verstanden. Sieht man einmal davon ab, daß Zehr sich für die Erklärung der historischen Kriminalitätstrends eher am Wandel von Gelegenheits- und Wertstrukturen (aaO., S. 80 ff.) und Shelley sich stärker an klassischen kriminalsoziologischen Ansätzen (wie Anomietheorie, Theorie der sozialen Desorganisation oder differentiellen Assoziation; aaO., S. 11 ff.) orientieren, dann handelt es sich bei der Modernisierungstheorie weniger um eine "Theorie" im eigentlichen Sinne als vielmehr um interpretative Beschreibungen der Verläufe von aggregierten Kriminalitätsdaten des 18. bis 20. Jahrhunderts (Thome 1992, S. 213, 225). Diese können im wesentlichen in zwei Thesen zusammengefaßt werden: Vornehmlich ausgelöst durch Prozesse der Urbanisierung und Industrialisierung nehmen 1) zu Beginn des Modernisierungsprozesses vor allem in den Städten alle Delikte, insbesondere aber die Eigentumskriminalität, erheblich zu, während im weiteren Verlauf der Modernisierung die Gewaltkriminalität deutlich zurückgeht; dadurch ändert sich 2) das Kriminalitätsmuster der relativen Deliktshäufigkeiten von der dominanten Gewalt- zur dominanten Eigentumskriminalität.

Zur Erklärung des Rückgangs der Gewaltkriminalität wird häufig auf die Zivilisationstheorie von Elias (1976, S. 312 ff.) verwiesen. Danach vergrößern sich vor dem Hintergrund der Monopolisierung von Macht und Gewalt in den Händen des Staates die Möglichkeiten einer *gewaltfreien* Entfaltung sozialer und individueller Aktivitäten, was in der Folge, als grundlegendes Charakteristikum des Zivilisationsprozesses, zu einer Transformation von (externer) staatlicher Gewaltkontrolle in (interne) individuelle Selbstkontrolle geführt habe.

Hinsichtlich der Zunahme der Eigentumskriminalität wird eine phasenbedingte Änderung der Ursachen vermutet: Zu Beginn des Modernisierungsprozesses handele es sich vornehmlich um Armutskriminalität, später aber, mit zunehmendem Einkommen und einem Überfluß an Waren und Gütern, um Wohlstandskriminalität. Letztere gehe des weiteren mit einem Wandel sowohl des Opfer- als auch des Tätertypus, nämlich vom individuellen Opfer bzw. Täter zu Institutionen und Organisationen als

Opfer und/oder Täter sowie vom Unterschicht- zum Mittel- und Oberschichttäter, einher (Heiland und Shelley 1992, S. 2 ff.).

Sowohl der behauptete Verlauf der Kriminalitätsraten als auch die Annahme, daß Urbanisierung und Industrialisierung als die entscheidenden (universellen!) Ursachen der Kriminalitätsentwicklung in modernen Gesellschaften anzusehen seien, sind verschiedentlich auf erhebliche Kritik gestoßen (vgl. den Überblick bei Thome 1992, S. 214 f.), und Shelley (1986) sah sich schon bald gezwungen, ihre Position, vor allem mit Blick auf die unterschätzte Bedeutung kultureller und politischer Faktoren, zu modifizieren. Anhand von Zeitreihen europäischer Länder, die insbesondere auch die Zeit von 1950 bis 1990 berücksichtigen, wies Eisner (1995, S. 22 ff.) in einer jüngst veröffentlichten Studie nochmals nach, daß sowohl die Eigentums- als auch die Gewaltkriminalitätsraten seit Beginn des 19. Jahrhunderts allenfalls bis in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts einem linearen Aufwärtstrend folgten, seitdem aber "U-förmig" verlaufen sind. Die Datengrundlage all dieser Vergleiche ist freilich nicht besonders verlässlich. Es handelt sich in der Regel um polizeiliche Registrierungsdaten, die, um nur einige der methodischen Probleme zu nennen, im Hinblick auf wechselnde Anzeigementalitäten, Kontroll- und Registrierungsstile kaum zu kontrollieren sind. Wie dem auch immer sei, die allein verfügbaren amtlichen Daten entsprechen den Modernisierungsthesen jedenfalls nicht: Die polizeilichen Registrierungsdaten für Gewalt- wie für Eigentumsdelikte nahmen etwa zwischen 1840 und 1920, einer Zeit rapider Industrialisierung und Urbanisierung, erheblich ab und blieben seitdem bis Anfang der 50er Jahre stabil - was der Modernisierungs- und Zivilisationstheorie hinsichtlich der Eigentums-, allerdings nicht hinsichtlich der Gewaltkriminalität widerspricht. Seit den 50er bis zu Beginn der 90er Jahre stiegen die polizeilichen Kriminalitätsraten wieder mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 4% an - was (zumindest) hinsichtlich der Gewaltkriminalität den theoretischen Annahmen zuwiderläuft.

Allein schon diese Befunde zeigen, daß es für die Entwicklung theoretischer Vorstellungen über das Verhältnis zwischen sozialem Umbruch und Kriminalität weitergehender und vor allem genauerer Überlegungen bedarf. Es mag sich deshalb ein Blick auf die seit der Wende verständlicher Weise lebhaft gewordene soziologische Debatte über den sozialen Umbruch anbieten. Natürlich gibt es nicht die eine Theorie der sozialen Transformation. Unter den gegenwärtig diskutierten Theorieansätzen<sup>4</sup> findet die vor allem von Zapf vertretene, an die struktur-funktionale Systemtheorie von Parsons angelehnte "Modernisierungstheorie" die meiste Beachtung. Danach gibt es neben der modernen Gesellschaft mit ihren "evolutionären Universalien": Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft und Wohlstandsgesellschaft (mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat) sowie den Problembearbeitungsmechanismen: Inklusion, Wertegeneralisierung, Differenzierung und Statusanhebung, "kein konkurrenzfähiges Entwicklungsmodell" (Zapf 1994, S. 300; 1991, S. 35; vgl. Parsons 1964, S. 345 ff.). Hieran wird naheliegenderweise kritisiert, daß dem ein statisches

Gesellschaftsmodell zugrundeliege, aufgrunddessen die (auch historisch zu verstehende) Entwicklungsdynamik sozialer Prozesse nicht analysiert werden könne. "Modernisierung" werde zu einseitig als "Wachstum von Optionen und von Sicherheit" (so Zapf 1994, S. 301) begriffen, während die selbstvernichtenden, vor allem aus der ökologischen Krise und zunehmenden Individualisierung erwachsenden Modernisierungsrisiken nicht hinreichend bedacht würden. Des weiteren spiele der insbesondere in Phasen sozialer Umbrüche bedeutsame Einfluß individueller und kollektiver Akteure kaum eine Rolle, weshalb die strukturell-funktionalen Überlegungen der Modernisierungstheorie mit handlungstheoretischen Konzepten zu verbinden seien (vgl. Joas 1993; Reißig 1994, S. 331 f.; Müller 1996). Zapf konzidiert die meisten dieser Kritikpunkte, meint aber, daß sie, gerade auch vor dem Hintergrund der Transformationsprozesse in den östlichen Gesellschaften, in einer weiterentwickelten Modernisierungstheorie berücksichtigt würden ("Modernisierungsgeschichte insgesamt ist immer auch eine Geschichte der Entwurzelung und der Leiden des Übergangs. Innovationen sind im geglückten Fall 'schöpferische Zerstörung'; das zerstörerische Element kann man ihnen nicht nehmen", 1994, S. 302). Im Sinne einer solchen Weiterentwicklung der Modernisierungstheorie werden "offene Modernisierungsprozesse evolutionärer Innovation" von Transformationsprozessen dahingehend unterschieden, daß für letztere das Ziel, nämlich die Übernahme der Basisinstitutionen, bekannt sei (aaO., S. 301). Transformation sei insofern auch "nachholende Modernisierung", als hier die bei einer offenen Modernisierung grundsätzlich ungewissen Entwicklungsgefahren bekannt seien und somit entsprechende Sicherheitsmaßnahmen zur Erreichung westlicher Standards ergriffen werden könnten<sup>5</sup>.

Für die Modernisierungstheorie steht mithin außer Frage, daß auch die im Verlauf der Modernisierung auftretenden Probleme gesellschaftlicher Desintegration nur im Rahmen der Bearbeitungsmodi der modernisierten, d.h. der Industriegesellschaft und ihrer "evolutionären Universalien" gelöst werden können. Damit ist man allerdings mit einem Phänomen konfrontiert, das man als "Modernisierungsdilemma" bezeichnen könnte: Die den Modernisierungsprozeß begleitenden Risiken sollen (strukturell) mit Hilfe derselben Mechanismen kontrolliert werden, die eben diese Risiken hervorgebracht haben.

Nun sind solch' optimistische Annahmen über die Wohlstandsentwicklung und Integrationsfähigkeit moderner Gesellschaften (d.h. kapitalistischer Gesellschaften, denn andere kommen nicht mehr in Frage) nicht unbedingt "typisch" für eine systemtheoretische Betrachtungsweise, sondern lediglich der auf Parsons beruhenden strukturell-funktionalen Tradition eigen. In der Weiterentwicklung, die die soziologische Systemtheorie aus einer funktional-strukturellen und autopoietischen Perspektive vor allem durch Luhmann erfahren hat, ist die Basisoperation moderner Gesellschaften, die funktionale Differenzierung, keineswegs ausschließlich mit Wachstum und Inklusion verbunden: Nach Luhmanns Auffassung hat sich trotz aller modernen

Integrations- und Resozialisierungsbemühungen die der Aufklärung entstammende Idee der gesellschaftlichen "Allinklusion" letztlich nicht bewahrheiten können. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Differenzierung stelle die "übliche Integrations- theorie der Soziologen auf den Kopf" (ganz abgesehen davon, daß der Allinklusion mit dem Fehlen einer "anderen Seite" rein logisch die Form fehle). Denn schon allein anhand des Elends in den Armenvierteln der (ersten, zweiten und dritten) Welt zeige sich, daß es auch in modernen Gesellschaften Exklusion gebe, daß funktionale Differenzierung, "anders als die Selbstbeschreibung der Gesellschaft es behauptet, die postulierte Vollinklusion nicht realisieren" könne und deshalb "Inklusion und Exklusion" die Leitdifferenz des nächsten Jahrhunderts werden könnten (Luhmann 1995, S. 143 ff.)<sup>6</sup>.

Daß fortgeschrittene Modernisierungsprozesse nicht mehr (allein) nach dem industriegesellschaftlichen Prinzip des "more of the same", des "Wachstums von Optionen und Sicherheit" erfolgen können, steht bekanntlich auch im Mittelpunkt des prominentesten handlungstheoretischen Gegenentwurfs zur Modernisierungstheorie, dem Konzept der "reflexiven Modernisierung", das Beck (1986) im Rahmen seiner "Theorie der Risikogesellschaft" entwickelt hat und das mit Blick auf Prozesse der sozialen Desintegration und des abweichenden Verhaltens bereits verschiedentlich rezipiert wurde.

Danach zeichnet sich die spätmoderne Gesellschaft des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts zunächst dadurch aus, daß sie, vor allem in Gestalt der ökologischen Gefährdungen, mit globalen, alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen treffenden Risiken konfrontiert ist (Risikodimension). Im Unterschied zur Industriegesellschaft des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit ihren typischen Armuts- und Verelendungsrisiken ("einfache Modernisierung") können die Modernisierungsfolgen nicht mehr dem "technisch-ökonomischen Fortschritt" sowie einer der Verteilung des Reichtums entsprechenden ungleichen Risikoverteilung anheim gegeben werden, sondern werden jetzt selbst zum Problem ökonomischen und politischen Handelns - und zwar quer zu Klassen- und Schichtlinien ("reflexive Modernisierung"; aaO., S. 25 ff.). Vor dem Hintergrund dieser Unterscheidungen ist die Versuchung groß, den Umbruchsprozeß als "Konflikt der zwei Modernen" (Beck 1991, S. 51) zu beschreiben: reflexive Modernisierung im Westen und einfache Modernisierung im Osten. Dies mag angesichts der nach wie vor defizitären wirtschaftlichen Entwicklung sowie mit Blick auf die verstärkt von Benachteiligungsgefühlen getragene subjektive östliche Befindlichkeit zutreffender denn je sein, würde aber übersehen, daß in anderen Bereichen (z.B. Ausstattung mit Konsumgütern, Verwaltung, Justiz, Universitäten, Infrastruktur) der Angleichungsprozeß schon weiter fortgeschritten ist.

Die Analyse der "Risikodimension" vermittelt zwar grundlegende Einblicke in die (globalen) Veränderungen des Modernisierungsprozesses, für die Suche nach Erklärungsansätzen abweichenden Verhaltens erscheint sie allerdings weniger relevant als

die zweite Dimension reflexiver Modernisierung - die "Individualisierung". Denn damit werden die Bedingungen sozialer Integration in spätmodernen Gesellschaften beschrieben (aaO., S. 115 ff.): Im Verlauf des wohlfahrtstaatlichen Modernisierungsprozesses haben sowohl das allgemeine Niveau der Einkommen (bei bleibenden Ungleichheiten, sog. Fahrstuhleffekt) und der Bildung als auch die soziale und regionale Mobilität in einer Weise zugenommen, daß nicht nur, wie schon zu früheren Zeiten, Angehörige bürgerlicher Schichten, sondern weite Teile der Gesellschaft aus tradierten institutionellen und normativen Bindungen "freigesetzt" werden. In der Folge beginnen sich traditionelle Sozialformen, wie Klasse, Schicht, Berufsrolle, soziale Verbände, Gewerkschaften, Nachbarschaft, regionale Zugehörigkeit, Familie, Ehe, Geschlechterrolle, aufzulösen. Diese Freisetzungs- und Auflösungsprozesse sind mit Blick auf die gesellschaftliche Integration von höchst ambivalenter Natur: Auf der einen Seite ermöglichen sie das Ausprobieren neuer Freiheiten, neuer Lebens-, Arbeits- und Gesellungsformen, bedeuten mehr Flexibilität und Kreativität. "Individualisierung" kann also eine Emergenz der sozialen Integration mit sich bringen. Auf der anderen Seite verringern sich aber die Möglichkeiten, den nach wie vor bestehenden Ungleichheitsrisiken kollektiv zu begegnen; die gesellschaftliche Verantwortung für Modernisierungsrisiken wandelt sich zunehmend in die individuelle Verantwortlichkeit für die eigene Lebensführung. Exemplarischer Ausdruck dessen sind die chronische Massenarbeitslosigkeit sowie die neue Armut, die, da die hiervon betroffenen Personen nicht die gleichen bleiben, sondern vor dem Hintergrund erhöhter Flexibilität häufiger wechseln, (phasenversetzt) immer breitere Bevölkerungsschichten erfassen. Diese "neue Unmittelbarkeit von Individuum und Gesellschaft" (aaO., S. 118) führt, als Ersatz für die vormaligen ("lebensweltlichen") sozialen Bindungen, zur unmittelbaren Abhängigkeit von "Institutionalisierung und Standardisierung". Die Individuen werden "arbeitsmarktabhängig und damit bildungsabhängig, konsumabhängig, abhängig von sozialrechtlichen Regelungen und Versorgungen, von Verkehrsplanungen, Möglichkeiten und Moden in der medizinischen, psychologischen und pädagogischen Beratung und Betreuung" (aaO., S. 119).

Sozialstrukturell führen diese Individualisierungsprozesse zu einer Differenzierung von Lebensstilen und Lebensformen, die mit den herkömmlichen, vornehmlich am Problem sozialer Ungleichheit orientierten Klassen- und Schichtmodellen nicht mehr zufriedenstellend analysiert werden können. Die "jenseits von Klasse und Schicht" (aaO., S. 121) ablaufende Pluralisierung von Lebensstilen steht deshalb im Mittelpunkt neuerer Theorien sozialer Milieus, die in Ergänzung zur vertikalen Differenzierung sozial-ökonomischer Lagen die für spätmoderne Gesellschaften typische, anhand kultureller Präferenzen und normativer Orientierungen erfolgende horizontale Differenzierung in verschiedene soziale Milieus berücksichtigen (Bourdieu 1987; Hradil 1992; Vester et al. 1993; 1995; Müller 1992; zur kriminologischen Bedeutung siehe unten 4.2).

Mit Blick auf die Erklärung abweichenden Verhaltens wurde die Individualisierungsthese bislang vor allem von Heitmeyer aufgegriffen. In seinem "Desintegrations-Theorem" bezieht er sich insbesondere auf die "Schattenseiten des Individualisierungsprozesses" und bringt die desintegrativen Potentiale der reflexiven Modernisierung mit Phänomenen des jugendlichen Rechtsextremismus und jugendlichen Gewalthandlungen in Verbindung (Heitmeyer 1994; Heitmeyer et al. 1995, S. 56 ff.). *Desintegration* umfaßt danach als Oberbegriff zwei Dimensionen: zum einen die strukturelle Dimension der *Desorganisation* von sozialen Institutionen und Lebenszusammenhängen, die zu "isolierten und anonymisierten Lebensformen führen kann oder die Teilnahme an gesellschaftlichen Institutionen überflüssig macht"; zum anderen die kulturelle Dimension der *Desorientierung*, die auf im Zuge der Pluralisierung auftretende "kognitive Irritationen" über "gemeinsam geteilte Werte und Normen" sowie über die Grenzlínien bei Normverstößen verweist. Beide Dimensionen können zu komplexen Formen sozialer Desintegration kulminieren, wie der "individuell-emotionalen Desintegration", d.h. der emotionalen Nichtakzeptanz bei gleichzeitiger formaler Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen und Organisationen (z.B. in der Familie, Schule oder am Arbeitsplatz); oder der "ausgrenzenden Desintegration" von (insbesondere ethnischen) Randgruppen, was den Verlust des Zugangs zu sozialen Positionen und Zugehörigkeiten nach sich zieht.

Für eine kriminologische Betrachtung bleibt zu betonen, daß Prozesse der sozialen Desintegration nicht notwendigerweise mit abweichendem Verhalten oder Kriminalität in einem Zusammenhang stehen. Dies ist nur dort anzunehmen, "wo Desintegration als Verlust von Zugehörigkeit, Teilnahmechancen oder Übereinstimmung erfahren" (Heitmeyer et al. 1995, S. 60), also subjektiv wahrgenommen wird und - so wird man ergänzen müssen - damit im Zusammenhang stehende Verhaltensweisen kommunikativ und institutionell als "abweichend" oder "kriminell" thematisiert werden.

Im Ergebnis können insbesondere dem Theorem der "reflexiven Modernisierung" einige Anhaltspunkte über den Zusammenhang zwischen Modernisierung und sozialer (Des)Integration entnommen werden, die, zunächst einmal, für eine Weiterentwicklung der kriminologischen Modernisierungstheorie von Bedeutung sind. Ob dies am Ende auch zur Entwicklung einer spezifisch-kriminologischen Theorie des sozialen Umbruchs führt, bleibt indessen abzuwarten. Es mag nämlich nicht nur der "Borniertheit" westlicher Sozialwissenschaftler geschuldet sein, daß die seit längerem entwickelten Modernisierungstheorien mit Blick auf den sozialen Umbruch bislang (noch) keine qualitative Erweiterung erfahren haben. In Begriffen wie "weiterführende" oder "nachholende" Modernisierung könnte sich nämlich auch widerspiegeln, daß der Umbruchprozeß (zumindest in den neuen Bundesländern) eine zwar enorme, vor allem angesichts der Zeit- und zunehmenden Ressourcenknappheit mit gravierenden Desintegrationspotentialen einhergehende, im Kern aber lediglich quantitative Anpassung an den im Westen weiter fortgeschrittenen, universellen Mo-

modernisierungsprozess - welcher Lesart und mit welchen Risikopotentialen auch immer - darstellt<sup>7</sup>.

## 2. Kriminalität als Modernisierungsrisiko

Für die Formulierung eines kriminologisch relevanten theoretischen Rahmens sozialer Transformation wird man jedenfalls einstweilen festhalten können, daß der soziale Umbruch in Deutschland, Mittel- und Osteuropa nicht nur zu einer Desorganisation vor allem wirtschaftlicher Einrichtungen und damit zur Desintegration nicht unerheblicher Anteile der Bevölkerung beigetragen, sondern gleichzeitig auch neue Freiheiten sowie die Modernisierung von Staat und Gesellschaft ermöglicht hat. Dies bedeutet mithin die "freie" Teilhabe an den Chancen und Risiken der Entwicklungsdynamik einer modernen Gesellschaft. Kriminalität und Kriminalitätsfurcht gehören zu solchen Modernisierungsrisiken ebenso wie Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung oder Armut. Man kann dem nicht mit normativen Vorstellungen, etwa einer armuts- oder kriminalitätsfreien Gesellschaft und entsprechenden Bekämpfungsprogrammen, begegnen. In ausdifferenzierten Gesellschaften ist allenfalls eine partielle Steuerung sozialer (noch weniger wohl wirtschaftlicher) Entwicklungen möglich. Demnach kann zwar ein gewisses Maß an sozialer Integration erreicht werden, jedoch immer mit dem Risiko der gleichzeitigen Desintegration anderer Bereiche der Gesellschaft.

Um zu einer genaueren Beschreibung der funktionalen Bedeutung solcher Risiken zu gelangen, könnte man beispielsweise Luhmanns (1991, S. 30 f.; vgl. auch Beck 1991, S. 47) Unterscheidung zwischen Risiko und Gefahr (statt, wie gemeinhin üblich, zwischen Risiko und Sicherheit) aufgreifen. Dann würde sich "Risiko" darauf beziehen, daß ein zukünftiger Schaden einer gegenwärtigen Entscheidung - also intern - zugerechnet werden kann, während er im Falle der "Gefahr" als extern veranlaßt auf die Umwelt zuzurechnen wäre. In modernen Gesellschaften tendiert man dazu, Gefahren nur als Risiken, als zurechenbare Entscheidung ernst zu nehmen (aaO, S. 36) und suggeriert damit, daß zukünftige (schädliche) Folgen heutiger Entscheidungen kalkulierbar und beherrschbar sind. Insofern sind moderne Gesellschaften nicht deshalb Risikogesellschaften, weil ihnen viel Leid und Zerstörung droht - das würde sie von früheren Gesellschaften nicht unterscheiden -, sondern weil angesichts eingetretener oder zu erwartender Schäden nicht auf das Schicksal oder "höhere Mächte", sondern auf zurechenbare Entscheidbarkeit, eben auf Risiko verwiesen wird.

Im Prozeß der nachholenden Modernisierung war (und ist) man demnach bereit, "einiges" hinzunehmen, zumal die große Mehrheit der DDR-Bürger angesichts der erhofften Vorteile des Westsystems und der erfahrenen Nachteile im Ostsystem die Wiedervereinigung unterstützt, d.h. hierüber mitentschieden hat ("Wir sind ein Volk!"). Insofern wird die im Verlauf des Umbruchs erfolgte Zunahme abweichender

Verhaltensformen nicht notwendigerweise als Ausdruck sozialer Desintegration, sondern zunächst einmal als eine strukturell bedingte Begleiterscheinung des Modernisierungsprozesses zu begreifen sein. So können beispielsweise die für die Reproduktion des Wirtschaftssystems erforderlichen Konsumanreize nur in eingeschränktem Maße mit polizeilicher sozialer Kontrolle einhergehen, womit in zweifacher Hinsicht Gelegenheiten zur (massenhaften) Begehung von Eigentumsdelikten geschaffen werden. Oder: Ein freier Warenverkehr kann insbesondere mit Blick auf die osteuropäischen Märkte nicht bei wie ehemals geschlossenen Grenzen erfolgen; angesichts des Wohlstandsgefälles zwischen der Bundesrepublik und ihren östlichen Nachbarn bringen offene Grenzen allerdings auch Migrations- und grenzüberschreitende Wirtschaftskriminalität mit sich. Was geschieht aber, wenn die "Schäden" höher als erwartet ausfallen, wenn der versprochene "Aufbau Ost" nicht als "Moderne", sondern als Rückschritt wahrgenommen wird? Man läßt sich dies natürlich nicht mehr auf seine Einheitsentscheidung zurechnen, sondern verweist nun als von Modernisierungsgefahren Betroffener auf die Verantwortung derjenigen, die noch immer entscheiden und verlautbaren, sie hätten alles im Griff: (westliche) Politiker sowie ökonomische und staatliche Institutionen, denen man zuvor noch als risikokompetent vertraut hatte. Das entstandene Paradox, daß derselbe Umstand, z.B. die Arbeitslosigkeit oder die Kriminalität, für die einen ein bloßes und notwendiges Risiko, aber eben der Moderne, für die anderen indes bereits eine Katastrophe, ein Rückschritt, gar vor die eigene Vergangenheit, bedeutet, muß bearbeitet werden, d.h. es wird durch eine andere Unterscheidung ersetzt und dadurch invisibilisiert, wobei häufig "Vernunft", Ideologien, Werte oder Angst in Anspruch genommen werden (Luhmann 1987). Zur Zeit geschieht dies bekanntlich nicht selten im Rahmen der Ost-West-Differenz: Man kann sich dann je nachdem von der Wiedervereinigung viktimsiert fühlen ("Besserwessi-Kolonialismus") oder den mangelnden Aufbau im Osten der mit überhöhten Ansprüchen gepaarten Inkompetenz der neuen Bundesbürger anlasten ("Leben wie bei Kohl und arbeiten wie bei Honecker")<sup>8</sup>. Nun beruht das, was als Problem oder Gefahr, insbesondere als "abweichendes" oder "kriminelles" Verhalten angesehen wird, auf gesellschaftlichen Definitionsprozessen (Becker 1981 [1963]). "Abweichung" und "Kriminalität" sind deshalb zur gesellschaftlichen Paradoxiebearbeitung nicht ungeeignet, zumal dann, wenn sie, wie es in Zeiten sozialer Umbrüche häufiger geschieht, in der Form massenmedialer und politischer Dramatisierung erscheinen: Was bei den einen dann als ein weiteres unheilvolles "Muttermal der (ganz) alten Gesellschaft" gilt, sind bei anderen Handlungen individueller (oder seit einiger Zeit: organisierter) "Krimineller", die mit einem angemessenen Einsatz öffentlicher Ressourcen sowie der Bereitschaft zur Unterstützung der Strafverfolgung durch den Bürger hinreichend kontrolliert werden können.

### 3. Kriminologische Forschung im sozialen Umbruch

Seit der Wende konnten erstmalig Kriminalitäts- und Opferbefragungen, zum Teil auch Täterbefragungen, in ganz Deutschland durchgeführt werden. In nahezu jährlichem Abstand wurden auf umfangreicheren repräsentativen Stichproben beruhende nationale sowie regionale Erhebungen durchgeführt, die insgesamt eine differenziertere Beschreibung kriminologisch und kriminalpolitisch relevanter Phänomene erlauben als dies früher möglich war (und z.B. in Großbritannien mit dem British Crime Survey schon seit 1982 und in den USA seit 1972 mit den National Crime and Victim Surveys möglich ist):

- im Herbst 1990 in den neuen und alten Bundesländern, Max-Planck-Institut Freiburg und Bundeskriminalamt Wiesbaden (Kury et al. 1992);
- im Frühjahr 1991 in den neuen Bundesländern und im Sommer 1993 in den neuen und alten Bundesländern, Kooperationsprojekt der Kriminologischen Forschungsstelle an der Humboldt-Universität zu Berlin, des Seminars für Jugendrecht und Jugendhilfe der Universität Hamburg sowie des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen (Boers et al. 1994a); letzteres führte im Sommer 1995 eine weitere gesamtdeutsche Erhebung durch;
- Ende 1990/Anfang 1991 Täterbefragung mit Studienanfängern der Universitäten Jena, Gießen und zweier Potsdamer Hochschulen durch dortige Kriminologen (Kreuzer et al. 1993)
- 1991 und 1993 in Jena und Freiburg, Max-Planck-Institut Freiburg und Universität Jena (Kräupl und Ludwig 1993),
- im Januar 1992 in den neuen und alten Bundesländern, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie (Wetzels et al. 1995).

Diese Untersuchungen dienen zum einen der Erhebung selbstberichteter Opferverwendungen und (oder) Tatbegehungen. Sie gehen damit hinsichtlich der im jeweiligen Erhebungsinstrument genannten Delikte über das polizeilich registrierte Hellfeld hinaus, da sie auch nicht angezeigte bzw. von der Polizei nicht registrierte Ereignisse erfassen (sog. Dunkelfeld). Zum anderen werden subjektive Wahrnehmungen und Einstellungen zur Kriminalität und zu den Instanzen sozialer Kontrolle erhoben.

Die Studie des MPI/BKA wurde in der Tradition des International Crime Survey (ICS) durchgeführt, an dem beide Einrichtungen schon 1989 mit einer westdeutschen Befragung von 5.000 Probanden teilgenommen hatten. Das vom Bundesministerium für Familie und Senioren geförderte Projekt des KFN war gerontologisch orientiert und hatte vor allem die Viktimisierungsbelastung und -verarbeitung (einschließlich häuslicher Opferverwendungen) sowie die Kriminalitätsfurcht und Sanktionseinstellungen älterer Menschen mit entsprechend überquotierten Stichproben im Auge.

Für die ost-westdeutschen Kooperationsprojekte (Berlin, Hamburg, Tübingen; Jena, Freiburg sowie Gießen, Jena, Potsdam) steht darüber hinaus der rasant erfolgende Umbruch in der sozialen Struktur, in den Einstellungen und Wertorientierungen und

dessen Bedeutung für die Herausbildung abweichenden Verhaltens sowie subjektiver Kriminalitätsbilder im Mittelpunkt des Interesses.

Opferbefragungen sind freilich auf Delikte mit einer persönlichen Opferwerdung begrenzt und bei Täterbefragungen kommen allenfalls Delikte mittlerer Schwere in Betracht, es geht vornehmlich also um Erscheinungen der Massen- sowie der (gewaltsamen) Straßenkriminalität. Umwelt- oder Wirtschaftsdelikte, die Korruption oder organisierte Kriminalität, die zwar weder auf der Täter- noch auf der Opferseite weit verbreitet sind, jedoch insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche von erheblicher ökonomischer und politischer Bedeutung sind, werden somit im Rahmen solcher in der Regel repräsentativer Bevölkerungserhebungen nicht erfaßt. Hier wären insbesondere qualitative Dunkelfelderhebungen mit entsprechenden Institutionen oder Personengruppen wünschenswert. Auch Dunkelfelderhebungen geben natürlich keine "objektive" Kriminalität wieder, sondern sind vom subjektiven Kriminalitätsverständnis der Befragten (und Forscher) abhängig. Qualitative Untersuchungen wären deshalb auch im Hinblick auf die sogenannte "allgemeine Kriminalität" aufschlußreich, da man auf diese Weise, einen genaueren Einblick in den spezifischen Verstehenshorizont sozialer Probleme mit ihren sich rasch wandelnden und in Ost- und Westdeutschland unterschiedlichen Bewertungsmustern und Bewältigungsstilen gewinnen könnte.

Insgesamt ist sowohl die kriminologische wie im übrigen die gesamte sozialwissenschaftliche Umbruchsforschung vornehmlich von "empirischen Begleitforschungen" geprägt. "Neben deskriptiven Arbeiten", so Reißig in einem noch immer zutreffenden Resümee der empirischen Umbruchsforschung, "dominieren solche, die Theorien mittlerer Reichweite zugrundelegen. Im Mittelpunkt stehen dabei offensichtlich Handlungstheorien und institutionentheoretische Konzepte, aber auch hermeneutisch-biographische, sozialisationstheoretische. Sozialwissenschaftliche Analysen bzw. Interpretationen makrosozialer Transformationen bilden gegenwärtig noch die Ausnahme" (1994, S. 337). Daß dabei "zumeist Rekurs auf bekannte Konzepte" (Hanf 1993, S. 19) genommen wird, birgt sicherlich die Gefahr in sich, daß typische Entwicklungen der Umbruchsgesellschaft nicht ausreichend erkannt und analysiert werden. Andererseits dürften angesichts der Tatsache, daß - wie oben bereits angedeutet - die Entwicklung einer spezifischen Umbruchstheorie, zumindest für die neuen Bundesländer, im Moment eher fraglich erscheint, deskriptive Erhebungen sowohl für die allgemeine Theoriebildung als auch nicht zuletzt für politische Entscheidungsprozesse nach wie vor von einigem Wert sein. Neben der insgesamt fortgeschritteneren soziologischen Diskussion (vgl. Clausen 1996) sind inzwischen auch erste kriminologische Überlegungen zum sozialen Umbruch formuliert worden, die über eine reine Deskription weit hinausgehen (vgl. Arnold 1992; Sessar 1993; Ewald 1993, ders. et al. 1994, S. 80 ff.; Gutsche 1994; Karstedt 1995; Deichsel 1996; Sack 1996 und unten 4.2).

#### 4. Kriminalität und Umbruch

Faßt man die wesentlichen Ergebnisse von nach der Wende durchgeführten Dunkelfelduntersuchungen (Opfer- oder Täterbefragungen)<sup>9</sup> zusammen, dann hat die Kriminalität in den neuen Ländern in den ersten eineinhalb Jahren unerwartet rasch zugenommen und etwa im Frühjahr 1991 westdeutsches Niveau erreicht<sup>10</sup>. Zwischen 1991 und 1993 sind die Kriminalitätsraten sodann weitgehend gleichgeblieben (vgl. auch Kury et al. 1992; Kaiser 1994; Ewald et al. 1994, S. 118 ff.; Gutsche 1995), während zwischen 1993 und 1995 in beiden Landesteilen geringfügige Steigerungen im Bereich der Eigentumsdelikte sowie bei Bedrohung und sexueller Belästigung beobachtet werden konnten (Tabelle 1)<sup>11</sup>.

Tabelle 1:

Opferprävalenzraten in Ost- und Westdeutschland 1991-1995. Referenzperiode 18 Monate.

n =	Ost 91 2011	Ost 93 2212	Ost 95 1095	West 93 2034	West 95 2114
Eigentumsdelikte	19	19	23	16	21
Kfz-Diebstahl*	1	2	2	1	1
Autoteilediebstahl*	6	6	10	5	5
Autovandalismus*	10	10	14	8	11
Zweiraddiebstahl*	3	4	4	4	2
Fahrraddiebstahl*	9	8	9	8	9
Sonst. Diebstahl	3	2	5	5	4
Betrug***	10	6	7	4	5
Wohnungseinbruch	2	2	2	1	2
Raub	1	2	2	1	1
Handtaschendiebst.	2	2	2	1	2
KV ohne Waffe	2	1	2	2	2
KV mit Waffe	1	1	1	0	0
Bedrohung	5	5	9	5	7
Sexuelle Belästigung**	9	4	6	5	7
Vergewaltigung**	0,30	0,10	0,10	0,10	0,10
Sex. Mißbrauch**	0,60	0,80	0,90	0,10	0,50
Mietangelegenheit	-	1	1	1	1
Rückgabeangel.	-	1	1	-	-
Übervorteilung	-	4	5	2	4

Grau unterlegte Zellen bezeichnen statistisch signifikante (5%-Niveau) Veränderungen gegenüber letzter Befragung. \* Nur Besitzer von Fahrrädern und Kfz. \*\* Nur Frauen. \*\*\* Die höhere Rate für 1991 beruht mglw. auf einer weitergefaßten Fragestellung in 1991

Bedingt durch die Reorganisation der Polizei und ihres Meldesystems in den neuen Bundesländern sind diese Trends etwas verspätet, etwa ab 1993, auch der polizeili-

chen Kriminalstatistik zu entnehmen. 1994 wurden bundesweit mit 6.54 Mio. Straftaten insgesamt zwar etwas weniger Delikte registriert als 1993 (6.75 Mio.)<sup>12</sup>, was aber vornehmlich auf einem, mit der Verschärfung des Asylrechts zusammenhängenden Rückgang bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen beruht (1995 waren es 6.67 Mio.). Bei den (vor allem jungen und heranwachsenden) Deutschen sind die Tatverdächtigenziffern (pro 100.000 der jeweiligen Gruppe in der Wohnbevölkerung) überproportional angestiegen, wobei die Tatverdächtigenziffern der Ostdeutschen zum Teil erheblich höher als die der Westdeutschen lagen, namentlich beim schweren Diebstahl; hierunter fallen auch die von den ostdeutschen Opfern häufiger berichteten Eigentumsdelikte im Zusammenhang mit Kraftfahrzeugen (Bundeskriminalamt 1994; 1995; Pfeiffer 1995, S. 161; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1996, S. 397 ff.).

Diese Unterschiede in der Entwicklung der polizeilichen Kriminalitätsdaten mögen auch mit einem unterschiedlichen und sich in letzter Zeit wandelnden Anzeigeverhalten zusammenhängen. So sind die Anzeigequoten, nachdem sie 1993 in beiden Landesteilen noch recht ähnlich waren, bei den Eigentumsdelikten, insbesondere aber beim (zum schweren Diebstahl gehörenden) Fahrraddiebstahl, zwischen 1993 und 1995 im Osten gestiegen, während sie im Westen zurückgingen (womit 1995 die Anzeigebereitschaft in den neuen Bundesländern auch insgesamt etwas höher als im Westen lag). Bei anderen Delikten waren Entwicklung und Höhe der Anzeigquote in Ost- und Westdeutschland im wesentlichen gleich<sup>13</sup>.

Ein ähnliches Bild der Kriminalitätsentwicklung nach der Wende wie in den neuen Bundesländern beginnt sich auch für mittel- und osteuropäische Länder abzuzeichnen. Nach den offiziellen Registrierungsdaten, die in ihren Erhebungsstandards aus den verschiedensten Gründen jedoch nicht ganz verlässlich sein mögen und deshalb einige vergleichende Hinweise nur der Tendenz nach erlauben, scheint die Kriminalität dort ebenfalls, vor allem Anfang der 90er Jahre, rapide zugenommen zu haben und etwa ab 1994 rückläufig zu sein, wobei, dies ergibt sich des weiteren auch aus in Großstädten durchgeführten Opferbefragungen, das Kriminalitätsniveau in diesen Ländern bis auf die Tschechische Republik und mit Ausnahme der Tötungsdelikte offenbar niedriger als in (Ost)Deutschland liegt (siehe die Beiträge in Boers et al. 1994; De Nike et al. 1995; sowie in Sessar und Holler 1996).

Im folgenden wird versucht, strukturell typische Formen delinquenten Verhaltens anhand der verschiedenen Ebenen des Transformationsprozesses zu unterscheiden, namentlich anhand der Ebenen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umbruchs.

#### *4.1 Wirtschaftlicher Umbruch*

Der wirtschaftliche Umbruch korrespondiert vornehmlich mit der Massen- und Bagatellkriminalität sowie mit Erscheinungen der Wirtschaftskriminalität (vor allem

im Zusammenhang mit der "Abwicklung" des ehemals "volkseigenen Vermögens" durch die Treuhandanstalt).

Spätestens mit der im Sommer 1990 eingeführten Wirtschafts- und Währungsunion waren die entscheidenden Bedingungen für die Entwicklung einer modernen Massenkriminalität gegeben: Ein enorm erweitertes und von starken Konsumanreizen begleitetes Warenangebot und eine allgemein konvertierbare Währung. Diese strukturelle Steigerung von Tatgelegenheiten erklärt - insbesondere, wenn dies mit einer Erosion der Systeme informeller und formeller sozialer Kontrolle einhergeht - den größten Teil des Anstiegs und Umfangs der sog. Massenkriminalität und damit des gesamten Kriminalitätsaufkommens. Andere, etwa soziale oder persönliche Defizite als Kriminalitätsursachen thematisierende Erklärungsansätze sind demgegenüber nur von geringerer Bedeutung<sup>14</sup>. In den neuen Bundesländern zeigte sich dies in der raschen Zunahme von Eigentumsdelikten, insbesondere im Zusammenhang mit Fahrzeugen und beim Ladendiebstahl, die in der alten Bundesrepublik, etwa seit den siebziger Jahren, erheblich langsamer erfolgt war.

Solche Delikte machen sowohl in der polizeilichen Kriminalstatistik als auch in Dunkelfelduntersuchungen bis zu zwei Drittel aller Ereignisse aus. So berichteten 1991 bis 1995 zwischen 19% und 23% der in den neuen sowie 1993 und 1995 16% bzw. 21% der in den alten Bundesländern Befragten, in den vorangegangenen 18 Monaten Opfer eines Eigentumsdeliktes<sup>15</sup> geworden zu sein (Tabelle 1). In den ostdeutschen Täterbefragungen<sup>16</sup> zeigten sich zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten 1991 und 1993 (1991: 460, 1993: 447 Probanden im Alter von 16 bis 29 Jahren) ebenfalls keine gravierenden Unterschiede. Signifikant war immerhin die Zunahme beim Ladendiebstahl sowie der Rückgang beim Diebstahl am Arbeitsplatz (tabellarisch nicht dargestellt). Letzterer war zu DDR-Zeiten eine Hauptform des zur Teilnahme am damals weit verbreiteten direkten Warentausch erforderlichen "Organisierens" und wurde angesichts der geldorientierten Warendistribution im Gefolge der Währungsunion weniger relevant (vgl. Boers, Class und Kurz 1994; insgesamt ähnlich auch Kreuzer et al. 1993, S. 83 ff., 273 ff.).

Über diese Angleichungstendenzen bei der sog. Allgemeinkriminalität hinaus ist auffällig, daß umbruchstypische Opfererlebnisse (Entmietung von Wohnungen; Rückgabeforderungen; Übervorteilung durch Finanz-, Versicherungs- oder Immobilienmakler) zum einen nur wenig und zum anderen im Osten ebenfalls kaum häufiger als im Westen berichtet wurden. Dies mag darauf hindeuten, daß das Kriminalitätsverständnis zwischen Ost- und Westdeutschland weniger divergiert, als man angesichts unterschiedlicher Sozialisations- und Umbruchserfahrungen annehmen könnte.

Eine der für den wirtschaftlichen Umbruch wohl bezeichnendsten Formen delinquenten Verhaltens ist die mit der Privatisierung und Abwicklung der ehemaligen volkseigenen DDR-Betriebe im Zusammenhang stehende Wirtschaftskriminalität. Auch hier werden allein schon die Gelegenheitsstrukturen (Milliarden für staatliche Transferleistungen und Subventionen, enorme Immobilienwerte usw.) den

“Pioniergeist” moderner Glücksritter und Spekulanten geweckt haben, wobei in diesen Fällen die Motivation oder vielleicht zutreffender: die ökonomischen und sozialen Fähigkeiten der Akteure eine größere Rolle als bei der Massenkriminalität spielen. Wissenschaftlich ist dieser Bereich bislang noch kaum untersucht worden. Unsere Kenntnisse beruhen im wesentlichen auf journalistischen Recherchen (z.B. Leyendecker et al. 1992, S. 45 ff; Roth 1995, S. 205) und bekanntgewordenen Strafverfahren.

Strafrechtlich relevante Fälle sind typischerweise wohl so vor sich gegangen, daß westliche Geschäftsleute entweder in Zusammenarbeit mit oder durch Täuschung von östlichen Geschäftsführern bzw. Mitarbeitern der Treuhandanstalt Investitionsbereitschaft und die Garantie von Arbeitsplätzen vorspiegelten, um an noch lukrative Unternehmensbereiche, die zum Teil enormen Grundstückswerte oder die erheblichen staatlichen Aufbausubventionen heranzukommen (“Aushöhlen”)<sup>17</sup>. Gelegentlich wurden solche Betriebe zuvor bewußt heruntergewirtschaftet, um den Kaufpreis zu senken. Weitere Fälle stehen im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und finanziellen Aktivitäten ehemaliger Stasi-Mitarbeiter, dem Bereich Kommerzielle Koordinierung, Transfer-Rubel-Geschäften sowie mit der Verschiebung von Geldern der SED und Massenorganisationen, Ferienheimen oder auch Kriegswaffen (Treuhandanstalt 1994, S. 7 ff.).

Die Treuhandanstalt sah sich jedenfalls schon bald nach der Vereinigung mit so vielen strafrechtlich relevanten Abwicklungsverwicklungen konfrontiert, daß sie bereits Anfang 1991 in ihrem Direktorat Recht eine mit einem Staatsanwalt und mehreren Kriminalbeamten besetzte “Stabsstelle für besondere Aufgaben” einrichtete. Bis Oktober 1994 wurde in 615 Fällen gegen sog. Externe (252 im Zusammenhang mit Privatisierungen, 363 in Verbindung mit Aushöhlungs-handlungen) und in 134 Fällen gegen Treuhandmitarbeiter (sog. Interne) ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet (bis Ende 1994 waren von letzteren 54 eingestellt worden, fünf hatten eine Anklage, eines einen Freispruch und drei eine Verurteilung zur Folge). Bei insgesamt 40.000 Privatisierungsfällen (aufgrund von Teilungen übertrifft diese Zahl diejenige der ursprünglich betroffenen 8.000 Betriebe) sind letztlich 1.819 Vorgänge wegen “Unregelmäßigkeiten” entstanden (60% der Hinweise kamen von Externen, 40% von Mitarbeitern), wovon sich 1160 auf Externe und 362 auf Mitarbeiter der Treuhand bezogen. Der festgestellte wirtschaftliche Schaden betrug DM 350 Millionen, wovon über ein Drittel im Zusammenhang mit Parteivermögen, Transfer-Rubel-Geschäften sowie Aktivitäten des MfS oder der kommerziellen Koordinierung stand (bei Zugrundelegung eines strafrechtlichen, also Versuche und Vermögensgefährdungen einschließenden Schadensbegriffs betragen die Schäden DM 3,5 Mrd.). Die höchsten Schadenssummen wurden 1990 und 1991 registriert (Treuhandanstalt 1994, S. 6, 9 ff.). Die Zentrale Ermittlungsstelle für die Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) hat allerdings aufgrund einer nur bis 1993 geführten Statistik schon DM 26 Mrd. Vereinigungsschäden für die bei ihr anhängigen Verfahren berechnet (heute im Bundestag v. 19.1.96). Die tatsächlichen, d.h. auch nicht bekanntgewordenen Schäden dürften weit höher liegen.

## 4.2 Sozialer Umbruch

Mit dem sozialen Umbruch dürften vornehmlich solche Delikte korrespondieren, bei denen über die wirtschaftlich bedingten Tatgelegenheiten hinaus sozialstrukturelle Dispositionen (im weitesten Sinne) von größerer Bedeutung sind. Es geht also vornehmlich um Formen der sogenannten "Straßenkriminalität": Gewalt- und schwere Eigentumsdelikte, des weiteren Drogendelikte und die damit einhergehende Beschaffungskriminalität. Mit Ausnahme letzterer war auch hier nach der Wende ein rascher Angleichungsprozeß der ostdeutschen an die westdeutschen Täter- und Opferraten zu beobachten, so daß bereits im Frühjahr 1991 keine wesentlichen Unterschiede mehr bestanden und die Situation seitdem weitgehend unverändert geblieben ist. Solche Delikte kommen bekanntlich nur selten vor: 1995 berichteten je rund 2% der Befragten, Opfer eines Wohnungseinbruchs, einer Körperverletzung (in der Mehrzahl ohne Waffen) oder eines Raubes (einschl. Entreißen von Handtaschen) geworden zu sein. Weniger als 1% der befragten Frauen waren Opfer einer sexuellen Nötigung oder Vergewaltigung geworden (Tabelle 1)<sup>18</sup>.

Auch in der Täterbefragung waren die Prävalenzraten für schwerere Delikte geringer, als man dies unter Annahme der Ubiquität jugendlicher Delinquenz vielleicht hätte erwarten können: 2% beim Autodiebstahl, bzw. zwischen 0,2% und 8% bei Raub, Wohnungseinbruch sowie Körperverletzung mit und ohne Waffen (vgl. zu den Ergebnissen im einzelnen Boers, Class und Kurz 1994). Sie lagen aber durchaus noch im Bereich dessen, was auch in anderen, mit dem gleichen Erhebungsinstrument im selben Zeitraum durchgeführten Befragungen in westlichen Ländern im Rahmen des International Self Reported Delinquency Survey erhoben wurde (vgl. Junger-Tas, Klein und Terlouw 1994). Gleichwohl könnte ein "Underreporting" insofern vorliegen, als - selbst unter Berücksichtigung der von uns in Ostdeutschland in Form zusätzlicher Stichproben erhobenen Überquotierungen für junge Großstädter - Tätergruppen mit höheren Inzidenzraten im Rahmen der üblichen Stichproben von Haushaltssurveys nicht erreicht werden können.

Diese Delikte können freilich mit größeren finanziellen Verlusten sowie schweren Eingriffen in die körperliche und psychische Integrität der Opfer einhergehen. Sie sind deshalb im kriminalpolitischen Diskurs sowie für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung von erheblicher Bedeutung, offenbaren aber auch eine problematische Lebenssituation der Täter, die bekanntlich nicht selten mit Opfererfahrungen einhergeht ("Täter-Opfer-Symbiose").

So berichteten beispielsweise 1993 in den neuen Bundesländern 40% der 16- bis 34jährigen Großstadtbewohner, die in den letzten fünf Jahren mindestens einmal Opfer einer Straftat geworden waren, auch selbst mindestens ein Delikt begangen zu haben; 18% der Probanden mit mindestens vier Opferwerdungen gaben auch mindestens vier Tatbegehungen an. Diese Täter-Opfer-Symbiose ist angesichts der ähnlichen Altersstruktur beider Gruppen nicht weiter verwunderlich und für Dunkelfeldforscher wie Praktiker wohl auch nichts Neues. Sie spielt in der Kriminalpolitik gleichwohl kaum eine Rolle.

*Armutskriminalität?*

Angesichts der offensibaren Risiken des sozialen Umbruchs wird in der öffentlichen wie auch wissenschaftlichen Kriminalitätsdiskussion zunehmend auf jene "Kriminalitätsursachen" verwiesen, die im Zentrum der klassischen soziologischen Kriminalitätstheorien stehen (z.B. Anomietheorie und Theorie sozialer Desorganisation): die soziale und ökonomische Benachteiligung der Täter. Betrachtet man die noch immer wachsende Arbeitslosigkeit, die steigende Zahl von Sozialhilfeempfängern und Armen, vor allem unter alleinerziehenden Frauen, Ausländern und neuerdings Kindern und Jugendlichen<sup>19</sup> sowie die vorerst wohl bleibenden ökonomischen Strukturschwächen im Osten<sup>20</sup>, dann sind Annahmen über eine neue Armutskriminalität naheliegend (vgl. auch Frehsee 1995, S. 270 ff.; Schüler-Springorum 1995, S. 178 ff.; Pfeiffer und Ohlemacher 1995). Empirische Nachforschungen deuten freilich darauf hin, daß diesbezügliche theoretische Überlegungen wegen der vielschichtigen Ausdifferenzierungsprozesse moderner Gesellschaften komplex "gebaut" sein müssen und bivariate Kausalitätsmodelle ("Armut oder Arbeitslosigkeit führt zur Kriminalität") wohl nicht ausreichend sind.

Man wird sich hier wegen der Gefahr eines "ökologischen Fehlschlusses" weniger auf regionale Aggregatuntersuchungen stützen können, bei denen also meist aus amtlichen Statistiken zusammengefaßte Raten miteinander verglichen werden (vgl. Hale und Sabbagh 1991; optimistischer wohl Pfeiffer und Ohlemacher 1995; Ohlemacher 1995), sondern sich eher an vorzugsweise im Längsschnitt erhobenen Individualdaten orientieren müssen. Danach konnten bislang allenfalls schwache Zusammenhänge in der vermuteten Richtung beobachtet werden (vgl. Tittle und Meier 1990). Immerhin schälen sich mit einer vor allem in den letzten Jahren zu beobachtenden Tendenz zur Differenzierung der Konzepte und Analysemodelle einige stabilere Zusammenhangsbilder heraus: So ist, wenn überhaupt, allenfalls die *Langzeitarbeitslosigkeit* bedeutsam (Albrecht 1987, S. 56 ff.). Mit Blick auf die zeitliche Abfolge sind - was angesichts der generellen Altersverteilung der Delinquenz nicht verwundern dürfte - vorhergehende polizeiliche Festnahmen (Thornberry und Christenson 1984, S. 405) oder auch vorhergehende (selbstberichtete) Delinquenz (Hagan 1993, S. 485) eher zu erwarten als vorhergehende Arbeitslosigkeit. Hinsichtlich der sozialen Schicht zeigen sich signifikant negative (im großen und ganzen allerdings wiederum nur schwache) Beziehungen offenbar vor allem dann, wenn a) die elterliche Schichtzugehörigkeit nicht, wie in den gängigen SES-Indizes üblich, als mehrwertiges Statuskontinuum erhoben (z.B. Oberschicht; obere und untere Mittelschicht; obere Unterschicht bis sozial Ausgeschlossene bei Kleinig und Moore 1968), sondern, stärker polarisiert, eine verarmte, von der Arbeitslosigkeit betroffene und auf Sozialhilfe angewiesene Unterklasse den nicht marginalisierten Schichten gegenübergestellt wird; b) hinsichtlich der Kriminalität nicht Summenindices oder leichtere (Eigentums-) Delikte, sondern schwere Gewaltdelikte (Raub und gefährliche Körperverletzung)

betrachtet werden; und c) bei der selbstberichteten Delinquenz nicht auf (dichotome) Prävalenz- oder kategorisierte Delinquenzraten, sondern auf die nicht zusammengefaßten individuellen Begehenshäufigkeiten (Inzidenzen) abgestellt wird (Elliott und Huizinga 1983, S. 169; Farnworth et al. 1994, S. 55; Albrecht und Howe 1992, S. 707 ff.<sup>21</sup>). Es gibt des weiteren aus U.S.-amerikanischen Studien einige Hinweise, daß für sozial benachteiligte Jugendliche (zumal afro-amerikanischer Herkunft) die Wahrscheinlichkeit einer polizeilichen Registrierung - und zwar unabhängig vom Ausmaß selbstberichteter Delinquenz (Sampson 1986, S. 880 f.) - sowie das Risiko einer insgesamt strikteren sozialen Kontrolle durch die Jugendstrafjustiz (Sampson und Laub 1993, S. 305 f.) in sozial instabilen Nachbarschaften (bzw. Gerichtsbezirken) größer als in sozial stabilen Gegenden ist.

### *Soziale Differenzierung und Delinquenz*

Die zuletzt genannten, um eine stärkere Differenzierung bemühten Studien kann man der sog. "Neuen Ätiologie" zuordnen, einem in den letzten Jahren sich herauschälenden Bemühen, nach Jahren der Theorielosigkeit bzw. Persönlichkeitsorientierung in der (longitudinalen) Delinquenzforschung (Farrington 1994) und dem Scheitern einer darauf nicht unerheblich gestützten Politik der Selective Incapacitation (vgl. Schumann 1995), wieder originär soziologisches Denken in der kriminologischen Forschung zu verankern (Hagan 1992). Dabei finden zunehmend neuere Theorien der sozialstrukturellen Differenzierung, insbesondere "Theorien sozialer Milieus" Beachtung (Hagan 1994, S. 66; Albrecht und Howe 1992, S. 722; Gutsche 1994; mit Blick auf den sozialen Umbruch sehr instruktiv ist der Vorschlag zu einer "Kritischen Ätiologie" von Karstedt 1996, S. 55 ff.; siehe zu den Milieuthorien auch oben 1. ).

Hierauf beruhende Untersuchungen haben z.B. ergeben, daß rund ein Fünftel der ostdeutschen Bevölkerung zu sozialen Milieus meist jüngerer Leute mit einfachen Berufen und niedrigen Einkommen sowie einem hohen Anteil von Ausbildungsabrechern und Arbeitslosen gehört. Angehörige dieser Milieus verdrängen die Zukunft, haben vielfältige, aber unerfüllte Konsumwünsche und werden als Verlierer des sozialen Umbruchs bezeichnet (Becker et al. 1992, S. 84, 98 ff.). Nach einer von Heitmeyer et al. (1995, S. 206 ff., 234) in Ost- und Westdeutschland durchgeführten Jugendlichen- und Jungerwachsenen-Befragung gehörten 1993 zwei Fünftel der 15-22jährigen Ostdeutschen<sup>22</sup> zu traditionslosen bzw. hedonistischen Arbeiter- oder subkulturellen Milieus, deren Mitglieder häufiger als andere die Begehung von Gewalttaten berichteten.

Vor diesem Hintergrund wird man hinsichtlich der vor allem mit dem *sozialen* Umbruch im Zusammenhang stehenden und bekanntlich nicht von jedermann begangenen schwereren Delikte soviel festhalten können, daß Armut und soziale Marginalisierung kaum als solche, sondern allenfalls im Rahmen eines komplexeren Gesamtzusammenhangs, der die Erosion weiterer sozialer, beruflicher, familiärer und perso-

naler Ressourcen einschließt, eine Wirkung zu entfalten vermögen. Junge Menschen, die von solchen Defiziten betroffen sind, können dann wahrscheinlicher als andere Altersgenossen einem subkulturellen Bewältigungs- und Überlebensstil folgen, der zumindest vorübergehend auch delinquentes Verhalten umfaßt und sich spätestens mit einer wiederholten strafrechtlichen Verfolgung und der damit einhergehenden Beschränkung legaler Gratifikationschancen zu einer sogenannten "kriminellen Karriere" verdichten kann. Aber eben nur "kann", denn Komplexität bedeutet - allein schon wegen der situativen Zufälligkeit, aus der heraus sich viele Straftaten ergeben - vor allem, daß immer auch andere Möglichkeiten zur Situations- und Lebensbewältigung sowie zur Definition von Verhaltensweisen gegeben sind. Schwerere Delinquenz ist mit anderen Worten recht unwahrscheinlich.

In methodischer Hinsicht geht es bei diesen Überlegungen also nicht darum, die (kausale) Erklärungskraft eines oder mehrerer singulärer Ereignisse für die Veränderung eines anderen als abhängig gedachten singulären Ereignisses nachzuweisen, sondern vielmehr um die komplexe *Struktur* der vielfältigen Beziehungen, die zwischen den zu analysierenden Faktoren besteht.

*Symmetrische Modelle und Homogenitätsanalysen mit sozialer Struktur, Wertorientierung und selbstberichteter Delinquenz.*

Empirisch könnte man sich dem mit symmetrischen Analysemodellen - natürlich auch mit qualitativen Erhebungen - annähern; d.h. die theoretisch als bedeutsam erachteten Dimensionen (wie z.B. soziale Struktur, normative Orientierungen, Verhalten) müssen gleichwertig und nicht als voneinander abhängig (asymmetrische Modellierung) in die Untersuchung eingehen (demgegenüber können asymmetrische Modelle, zum Beispiel in kriminologischen Untersuchungen, zu einer vorzeitigen, die Komplexität der Interpretation einschränkenden Konzentration auf delinquentes Verhalten als sog. "abhängige Variable" führen). Im folgenden werden einige Ergebnisse dargestellt, die aufgrund eines solchen "symmetrischen Modells" gewonnen wurden. Freilich kann es sich mit Blick auf die begrenzte Variablenzahl und den für diese Zwecke noch zu geringen Stichprobenumfang des verwendeten Datensatzes nur um erste Versuche zur Durchführung einer solchen Analyse handeln. Konkret wurden die Daten einer im Sommer 1993 befragten ostdeutschen Großstadtpopulation von Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen mit Hilfe sog. multipler Korrespondenzanalysen ausgewertet<sup>23</sup>. Diese Verfahren erlauben zum einen eine geometrische Darstellung von symmetrischen Beziehungen nicht nur zwischen den Variablen selbst, sondern auch zwischen einzelnen Variablen-Ausprägungen (sog. kategoriale Analyse)<sup>24</sup>.

Um die Komplexität des Analysemodells auf ein interpretativ zugängliches Maß zu reduzieren, wurden in einem ersten Schritt die in Betracht kommenden, eine Beschreibung der sozialen, ökonomischen, kulturellen und normativen Beziehungsstruktur erlaubenden Variablen in eine sog. kategoriale Faktorenanalyse<sup>25</sup> einge-

bracht. Es ergaben sich zwei latente Faktoren mit jeweils fünf unterschiedlichen Kategorien:

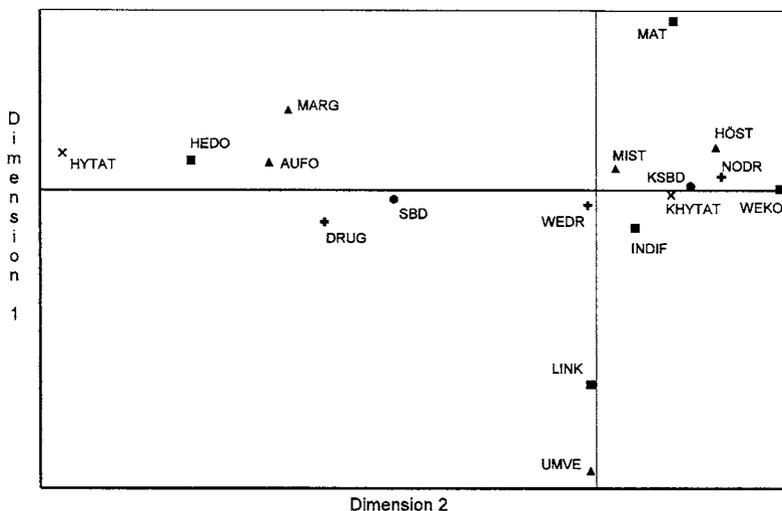
1. *Normativer Faktor* mit den Kategorien a) materialistisch-traditionale, b) hedonistische, c) indifferente, d) links-traditionale ("Ostalgie"), e) wert-konservative Orientierung .
2. *Sozialstruktureller Faktor* mit den Kategorien a) Angehörige oberer Schichten, b) Facharbeiter und Angestellte, c) Un- und angelernte Arbeiter, d) Aufstiegsorientierte aus unteren Schichten, e) (politische) Umbruchsverlierer .

Diesen beiden Faktoren konnten die insbesondere kriminologisch relevanten Einstellungs- und Verhaltensdispositionen: "Hypothetische Tatbegehung"<sup>28</sup> sowie "Problembewältigung durch Suchtmittelkonsum für möglich halten"<sup>29</sup> nicht zugeordnet werden. Letztere gingen deshalb neben der selbstberichteten Delinquenz eigenständig in die Analyse ein.

Aufgrund der durchgeführten multiplen Korrespondenzanalysen ergaben sich drei im Rahmen unserer Überlegungen inhaltlich interpretierbare Dimensionen (Schaubild 1): Die erste Dimension kann als *Sozialstrukturell geprägte Lebensstile und Wertorientierungen* bezeichnet werden und wird vornehmlich durch die entgegengesetzten Kategorien der Variablen "Hypothetische Tatbegehung" und selbstberichtete Delinquenz einerseits sowie durch den Gegensatz zwischen hedonistischer und traditionaler Wertorientierung andererseits geprägt (Projektion der betreffenden Kategorien auf die x-Achse). Die zweite Dimension spiegelt *DDR- und Umbruchs-Milieus* wider und wird durch die unterschiedlichen Wertorientierungen "links-traditional" und "materialistisch" einerseits und durch die Beziehung zum sozialstrukturellen Index: "Politische Umbruchsverlierer" andererseits gebildet (Projektion der betreffenden Kategorien auf die y-Achse). Eine dritte Dimension wird durch zwei Kategorien gebildet, die für eine Interpretation im hier vorgestellten Kontext inhaltlich weniger relevant sind. Es handelt sich um die Ausprägungen "Traditionale Wertorientierung" und "Problembewältigung durch Suchtmittelkonsum für möglich halten" (in Schaubild 1 werden deshalb nur die Dimensionen 1 und 2 wiedergegeben).

Schaubild 1:

Symmetrische Beziehungstruktur zwischen sozialer Lage, normativen Orientierungen und selbstberichteter Delinquenz (Homogenitätsanalyse). Neue Bundesländer, 16-34jährige Großstädter, Sommer 1993 (n=1.517). Erläuterung der Abkürzungen im Text.



Die Kategoriencluster<sup>30</sup> in Schaubild 1 ergeben insgesamt drei Zusammenhangsmuster, von denen zwei mit delinquentem bzw. konformem Verhalten in Verbindung stehen. Das dritte repräsentiert eine davon weitgehend unabhängige Milieustruktur, die jedoch für den sozialen Umbruch besonders typisch zu sein scheint.

So bilden hypothetische Tatbegehung (HYTAT), hedonistische Wertorientierung (HEDO), aufstiegsorientierte Unterschicht (AUFO), marginalisierter Berufs- und Sozialstatus (MARG), "Problembewältigung durch Suchtmittelkonsum für möglich halten" (DRUG) einen Beziehungszusammenhang, der auch die selbstberichtete Delinquenz (SBD)<sup>31</sup> beinhaltet.

Weit enger sind demgegenüber allerdings die Beziehungen zwischen wertkonservativer Orientierung (WEKO), normativ indifferenten Haltungen (INDIF), mittlerem (MIST) sowie höherem Berufs- und Sozialstatus (HÖST) mit konformen Einstellungen und Verhaltensweisen: keine selbstberichtete Delinquenz (KSBD), keine hypothetische Tatbegehung (KHYTAT), kein oder nur in in geringem Umfang Suchtmittelkonsum als Problembewältigung (NODR bzw. WEDR). Es handelt sich also um eine Beziehungsstruktur, die Konformität und soziale Absicherung widerspiegelt<sup>32</sup>.

Das dritte Zusammenhangsmuster ergibt sich aus den an "links-traditionalen" Werten (LINK) orientierten politischen Umbruchsverlierern (UMVE), die keine

Verbindungen zu den von uns erhobenen devianten Verhaltensdispositionen erkennen lassen. Schließlich scheinen die an konservativen Werten westlicher Industriegesellschaften orientierten jungen Großstädter (MAT) von den berücksichtigten Strukturkategorien unabhängig zu sein.

Neben diesen jungen "Materialisten" handelt es sich zusammengefaßt also um drei Beziehungsgeflechte, von denen zwei am ehesten anhand der Unterscheidung von "konform" und "nicht-konform" beschrieben werden können (und im übrigen auch in westlichen Gesellschaften nicht unerwartet wären): (1) Es besteht ein sehr enger, traditionelle Arbeiterschichten einschließender Zusammenhang zwischen konformen Einstellungen, konformen Verhaltensweisen und sozialer Integration. (2) Daneben sind nicht-konforme Einstellungen und Verhaltensweisen zum einen mit sozialer Marginalisierung, zum anderen mit "Aufstiegsorientierung" verbunden. Bei letzterem handelt es sich mit anderen Worten um Probanden, deren strukturelle Ressourcen dem angestrebten Lebensstil nicht ganz entsprechen (was der aus der Anomietheorie bekannten Anpassungskonstellation der "Innovation" nicht unähnlich ist, Merton 1968, S. 294 f.).

Das dritte Kategoriencluster bildet augenscheinlich einen originären "Umbruchszusammenhang", der mit Konformitätsunterscheidungen nicht zu beschreiben ist. Es handelt sich in den normativen Orientierungen um "links-traditionalistische" Probanden (LINK), die eher die Gesellschaft als die Gemeinschaft (kein Rückzug in Familien- und Freundeskreise) im Auge haben; sie sind an abstrakteren, in der ferneren Zukunft liegenden Idealen sowie am politischen Engagement gegen "Ausbeutung und Unterdrückung" orientiert, halten jedoch eine die nähere Zukunft gestaltende Lebensplanung (Weiterbildung, Kinder großziehen) für wenig realistisch. Sie fühlen sich in ihrer Lebens- und Berufsplanung von Westdeutschen dominiert und tendieren zur Wahl der PDS. Sekundärtugenden wie (materialistisches) Leistungsdenken oder Pflichterfüllung werden eindeutig abgelehnt, hingegen wird, was auf eine insoweit traditionelle Orientierung hindeutet, "Ordnung, Sparsamkeit und Sauberkeit" befürwortet. Strukturell sind diese Probanden eher arbeitslos, haben finanzielle Probleme, geringe Einkommen, die vergleichsweise höchsten Bildungsabschlüsse bei einem weitgehend intakten sozialen Nahbereich (Familie, Partner, Freunde). Es handelt sich vermutlich um Probanden, die, bzw. deren Eltern, vor der Wende zur gesellschaftlichen Elite gehörten und danach privilegierte Positionen und Lebensperspektiven (einstweilen) aufgeben mußten. An dieser Gruppe ist nicht nur bemerkenswert, daß sich hier (zumindest im Sommer 1993) die "eigentlichen" Umbruchsverlierer herauskristallisieren. Es deutet sich des weiteren an, daß diese "umbruchstypischsten" Zusammenhänge hinsichtlich eines herkömmlichen Verständnisses von Kriminalität - freilich nur im Sinne der erhobenen klassischen Delinquenz - indifferent und damit jedenfalls kriminologisch nicht bedeutsam wären.

### *Migration; Drogenkonsum*

Die Bedeutung sozialstruktureller Änderungen, aber auch die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Definition abweichenden Verhaltens, kulminieren seit einiger Zeit in Phänomenen, die in der Öffentlichkeit unter den Schlagworten "Sicherheit auf den Straßen" und "Kriminalitätsfurcht" diskutiert werden: die Delinquenz von Migranten, die Drogen- sowie die rechtsextremistisch motivierte Kriminalität. Zwar steht ein nicht unerheblicher Teil des sozialen Abweichungspotentials im Zusammenhang mit den Migrationsbewegungen aus ärmeren osteuropäischen Ländern. Von einer "Ausländerkriminalität" kann gleichwohl insofern wohl nicht gesprochen werden, als bei einer Berücksichtigung sozialstruktureller Merkmale nicht "die Ausländer" höhere Kriminalitätsraten aufweisen, sondern die in dieser Bevölkerungsgruppe stärker als unter Deutschen vertretenen sozial und ökonomisch Marginalisierten (Sessar 1993a; Walter 1993).

Einzig beim Drogenkonsum konnte eine Verhaltensangleichung zwischen Ost- und Westdeutschen bislang (noch) nicht beobachtet werden: 1993 berichteten 25% der westdeutschen, jedoch nur 6% der ostdeutschen 16- bis 29jährigen Befragten, jemals Cannabisprodukte konsumiert zu haben; 1991 waren es in Ostdeutschland 3% (der Konsum härterer Drogen war von niemandem angegeben worden). Und während 1994 im Westen 130.479 Drogendelikte polizeilich registriert wurden, waren es im Osten nur 1.910 Drogendelikte (750 mehr als im Vorjahr; Bundeskriminalamt 1994, S. 214; 1995, S. 230).

Man könnte aufgrund dieser Unterschiede bei den Drogendelikten annehmen, daß sich im "realen Sozialismus" Wertorientierungen und Lebensstile herausgebildet haben, die zumindest gegenüber der Verelendung durch den Drogenkonsum zu einer gewissen Resistenz verhalten. Für eine letzte Form delinquenten Verhaltens, bei der man angesichts des politischen und historischen Anspruchs in der DDR eher hätte "Resistenz" erwarten können, trifft dies freilich nicht zu: die im Zusammenhang mit dem politischen Umbruch stehenden neonazistischen (Gewalt-) Aktivitäten.

### *4.3 Politischer Umbruch*

Spätestens seit den Brandanschlägen in den westdeutschen Städten Mölln und Solingen darf man davon ausgehen, daß der Rechtsextremismus kein ostdeutsches, sondern ein gesamtdeutsches Problem ist, das sich sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland seit der Wende sprunghaft entwickelt hat. Die Zahl der offiziell registrierten rechtsextremistischen Gewalttaten ist, nachdem 1992 mit 2.639 Fällen der vorläufige Höhepunkt erreicht wurde, in den Jahren 1993 (2.232) und 1994 (1.489) zurückgegangen (zum Vergleich: in Westdeutschland wurden 1985: 120 und 1990: 309 Gewalttaten bekannt). 1992 und 1993 waren 24 Menschen von Neonazis getötet

worden, 1994 wurden 10 versuchte, aber keine vollendeten Tötungsdelikte registriert (Bundesministerium des Innern 1995, S. 81 ff.)<sup>33</sup>.

Betrachtet man des weiteren rechtsextremistische Einstellungssyndrome, dann scheinen in den letzten Jahren keine wesentlichen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen bestanden zu haben, wobei ein insgesamt doch beachtlicher Bevölkerungsanteil mit solchen Einstellungen sympathisiert(e). So lehnte im Sommer 1993, auf dem Höhepunkt der Asylrechtsdebatte, rund die Hälfte der deutschen Bevölkerung den Zuzug von Asylsuchenden ab, zwischen 25% und 50% befürworteten ethnozentrische oder autoritative Statements (eigene Erhebung); seitdem sind solche Einstellungen der Tendenz nach rückläufig (vgl. ipos 1995, S. 84). Ein bis zwei Jahre nach der Wende sowie wiederum 1995 war der Anteil der (auch jugendlichen) Befürworter rechtsextremer Einstellungen in den neuen Ländern wohl etwas höher, am deutlichsten bei der Ausländerfeindlichkeit (Melzer 1992, S. 128 ff.; Oesterreich 1993, S. 27; Hagan et al. 1994, S. 1039 f.; Institut für empirische Psychologie 1995, S. 115 f.; ipos aaO.), während 1993 Westdeutsche etwas ausländerfeindlicher, nationalistischer sowie antisemitischer orientiert waren und stärker zur Wahl rechtsextremer Parteien neigten. Die ostdeutsche Bevölkerung war allerdings durchweg etwas autoritärer als die westdeutsche eingestellt. Gleichzeitig gab und gibt es aber immer eine deutliche Bevölkerungsmehrheit, die (dezidiert) gegen den Rechtsextremismus eingestellt ist, so daß man insoweit den Eindruck einer Polarisierung in den politischen Einstellungen gewinnen kann (siehe, auch im europäischen Vergleich, Wiegand 1992, S. 16). Dies zeigte sich nicht nur in den Lichterketten, an denen sich nach den Anschlägen von Rostock und Mölln Millionen von Menschen beteiligten, sondern unter anderem auch darin, daß seit 1991 im Westen, wie wiederum gleichermaßen im Osten, zwischen 70% und knapp 90% der Befragten über den Rechtsextremismus sehr und ziemlich beunruhigt waren (wobei zwischen 30% und 60% *sehr* beunruhigt waren), im übrigen rund die Hälfte mehr als über den Linksradikalismus (s. unten Tabelle 4). Und bei umbruchstypischen Straftaten werden bei solchen mit rechtsextremem Hintergrund (Skinheads verfolgen Ausländer; Umschmeißen von Grabsteinen auf jüdischem Friedhof) erheblich höhere Sanktionserwartungen artikuliert als bei solchen mit vermutetem linksradikalen Hintergrund (Hausbesetzung, Einschmeißen von Schaufensterscheiben; Sessar 1993, S. 380).

Rund drei Viertel der Tatverdächtigen rechtsextremistischer Straftaten sind Jugendliche oder Heranwachsende. Zumindest mit Blick auf die Akteure handelt es sich also um ein Jugendphänomen. Die zur Zeit am weitesten verbreitete Erklärung sieht in den jugendlichen Rechtsextremisten in erster Linie Verlierer der gesellschaftlichen Modernisierung (Individualisierungs- und Desintegrationstheoreme, Heitmeyer 1994, S. 45 ff.; siehe auch oben 2.). Man wird dieses Phänomen allerdings nicht vornehmlich mit sozialstrukturellen Modernisierungsrisiken erklären können, also damit, daß im jugendlichen Rechtsextremismus Desintegrationsprozesse zum Ausdruck kommen, die vor allem durch die Auflösung traditioneller

Lebenszusammenhänge sowie durch soziale oder ökonomische Ohnmachts- und Individualisierungserfahrungen ausgelöst werden. Es ist nämlich weiter zu fragen, warum sich ein Teil der jugendlichen Modernisierungsverlierer ausgerechnet eine rechte Identität zulegt. Warum verhalten sie sich nicht links oder unpolitisch? Rechtsextremistische Täter sind häufig jedenfalls nicht sozial oder beruflich desintegriert. Sie gehören zwar eher zur unteren Hälfte der Gesellschaft, haben aber in der Regel einen Bildungsabschluß, einfache Facharbeiter- oder Handwerkerberufe sowie einen Arbeitsplatz (Willems et al. 1993, S. 132 ff.) und kommen, zumindest in Westdeutschland, auch aus aufstiegsorientierten sozialen Milieus (Heitmeyer et al. 1995, S. 36 ff.). Der jugendliche Rechtsextremismus ist also schon unter sozialen Gesichtspunkten nicht unbedingt eine Randerscheinung; er dürfte darüber hinaus, darauf weist bereits die Verbreitung nationalistischer und autoritärer Einstellungen hin, feste Wurzeln in politischen Mentalitätsbeständen der Erwachsenenkultur, mithin in der Mitte der Gesellschaft haben (Pfahl-Traughber 1993, S. 217 ff.; vgl. Hagan et al. 1994, S. 1048 f.; Schüler-Springorum 1995, S. 177)<sup>34</sup>. Insbesondere die Debatte über die Asyl- und Einwanderungspolitik hat bis in die großen Parteien hinein zu bedenklichen nationalistischen Orientierungen des öffentlichen Diskurses geführt. Dabei ging es wohl auch darum, "die Nation", angesichts des nach dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" entstandenen politisch-ideologischen Vakuums sowie in Anbetracht der immer offensichtlicher gewordenen ökonomischen und sozialen Probleme, als ein Medium für die soziale Integration Gesamtdeutschlands zu funktionalisieren (Offe 1993).

Man wird diesem vielschichtigen Phänomen also nur mit komplexen Theorien sowie entsprechender empirischer Forschung näher kommen können, und auch hier könnte die schlichte Applikation von westlichen Forschungsmethoden und Interpretationsmustern auf die östliche Gesellschaft, trotz der äußeren Ähnlichkeit rechtsextremistischer Phänomene (oder gerade deshalb?), wesentliche Unterschiede zwischen dem ost- und westdeutschen Rechtsextremismus verdecken (zum Rechtsextremismus in der DDR, Korfes 1992). So weist beispielsweise Wahl (1995, S. 62) darauf hin, daß der in beiden Gesellschaften zu beobachtende "Sankt-Martin-Komplex", Gratifikationen mit anderen nicht teilen zu wollen, im Westen eher von Modernisierungsverteidigern, die das Erworbene nach "unten" zu sichern trachten ("Wohlstandschauvinismus") und im Osten von Modernisierungsopfern, die durch Aggressionen gegen noch Benachteiligtere (Ausländer usw.) eine Position erst erreichen wollen, repräsentiert wird. Und auch die in rechtsextremen Aktionen und Einstellungen zum Ausdruck kommenden "politischen Mentalitätsbestände" werden im Westen stärker historisch, in nationalistischen, antisemitischen sowie ethnozentrischen Resentiments verwurzelt sein, während sie in den neuen Bundesländern eher mit aktuellen und auch unmittelbaren Vorurteilen, vor allem gegen die als "geringer" angesehenen östlichen Nachbarn verbunden sein dürften (Melzer 1992, S. 140; Förster et al. 1993, S. 32).

Im Bereich des politischen Umbruchs wären im Rahmen eines vollständigen Überblicks des weiteren der Umbau des Systems der formellen sozialen Kontrolle, einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Stasi-Problematik, sowie die Aufarbeitung von in der DDR nichtverfolgten politischen Straftaten (Erschießungen an der Grenze, Rechtsbeugung, Spionage und politische Verfolgung) mit den Mitteln des westdeutschen Strafrechts zu berücksichtigen. Hierzu sind an anderer Stelle bereits zahlreiche Studien veröffentlicht worden (vgl. zu ersterem Korfes, in diesem Band; zu letzterem Lüderssen 1992; Haft 1994). Im folgenden soll noch auf ein Phänomen eingegangen werden, das seit der Wende, unter anderem im politischen Diskurs sowie für die kommunale Kriminalprävention, erheblich an Bedeutung gewonnen hat und noch stärker als die Kriminalität selbst die Dynamik von Umbruchprozessen widerspiegelt: die Rede ist von den Kriminalitätseinstellungen, insbesondere aber von der Kriminalitätsfurcht (vgl. Müller-Dietz 1993; Wetzels et al. 1995; Kube 1995; Noll und Schröder 1995; Walter 1995).

## 5. Subjektive Reaktionen: Die Kriminalitätsfurcht.

Unter "Kriminalitätsfurcht" werden in der Alltagssprache und in öffentlichen Diskussionen zum Teil recht unterschiedliche Phänomene verstanden. Streng genommen handelt es sich indes nur um eine von mehreren Kriminalitätseinstellungskomponenten. Für eine genauere Betrachtung erscheint es zunächst sinnvoll, zwischen sozialen und personalen Kriminalitätseinstellungen zu unterscheiden. Wer z.B. härtere Strafen fordert oder im Rahmen eines häufig in Meinungsumfragen verwendeten Rangvergleichs verschiedener sozialer Probleme die "Kriminalitätsentwicklung" als gravierendes Problem für "Staat und Gesellschaft" einschätzt (soziale Kriminalitätseinstellungen), fühlt sich nicht notwendigerweise auch selbst verunsichert oder bedroht (personale Kriminalitätseinstellungen). "Kriminalitätsfurcht" bezeichnet eine emotionale Reaktion gegenüber solchen delinquenten Verhaltensweisen, die als persönliche Bedrohung empfunden werden. Als solche gehört sie zu den personalen Einstellungen. Hierzu zählen des weiteren kognitive Komponenten wie vor allem die persönliche Risikoeinschätzung ("Für wie wahrscheinlich halten Sie es, daß Sie tatsächlich Opfer einer Straftat werden") und Verhaltensreaktionen wie das Meiden von Parks, dunklen Straßen, öffentlichen Verkehrsmitteln oder bestimmten Personengruppen. Diese personalen Kriminalitätseinstellungen korrelieren zwar miteinander, sind aber nicht identisch. Die Kriminalitätsfurcht wird gemeinhin als das Unsicherheitsgefühl erhoben, das man empfindet, wenn man sich allein im Dunkeln in den Straßen des eigenen Wohnviertels aufhält. Da bei dieser Fragestellung Delikte oder Gefahrensituationen nicht näher benannt werden, handelt es sich um ein unspezifisches Bedrohungsgefühl gegenüber kriminalitätsrelevanten Gefahren (allgemeine Kriminalitätsfurcht). Eine allgemeine "Kriminalität" existiert indessen nur im krimi-

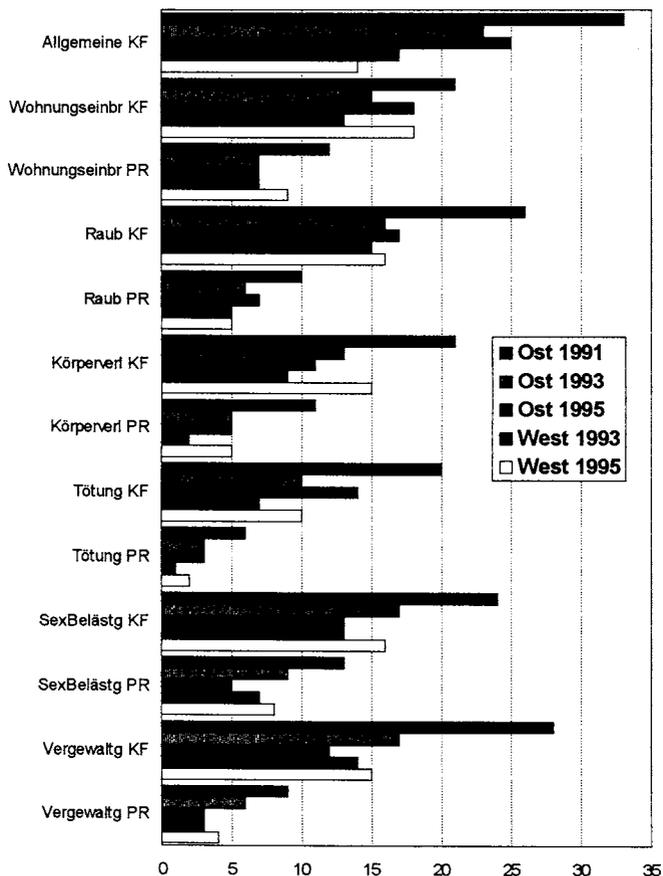
nalpolitischen Diskurs. Es ist deshalb nützlich, nach bestimmten Delikten, zumindest nach Gewalt- und Sexualdelikten sowie Wohnungseinbruch, zu differenzieren (spezifische Kriminalitätsfurcht)<sup>35</sup>.

### *5.1 Kriminalitätseinstellungen und Verhaltensreaktionen seit der Wende*

Offenbar vor dem Hintergrund der Tatsache, daß man mit dem sozialen Umbruch auch mit völlig neuen Kriminalitätsbildern konfrontiert wurde, hat die (allgemeine wie spezifische) Kriminalitätsfurcht nach der Wende vor allem in den neuen Bundesländern zugenommen und lag dort zeitweise - bei im wesentlichen gleichen Opferraten - doppelt so hoch wie im Westen. Zwischen 1991 und 1993 ist die Kriminalitätsfurcht nicht weiter angestiegen und im Sommer 1995 in Richtung auf das Westniveau zurückgegangen. 1991 war die Zunahme vor allem in den ostdeutschen Metropolen Ostberlin, Leipzig und Dresden zu beobachten. Seitdem haben sich allerdings gegenläufige Entwicklungen ergeben: Während im Sommer 1993 das Unsicherheitsgefühl in den ostdeutschen Metropolen leicht zurückgegangen ist, hat es in kleineren Großstädten mit bis zu 500.000 Einwohnern sowie in Gemeinden zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern zum Teil erheblich zugenommen; die Furchtraten sind inzwischen auch hier zurückgegangen, lagen aber 1995 immer noch höher als in den Metropolen (Schaubilder 2 und 3; kleinere Städte und Gemeinden nicht dargestellt).

## Schaubild 2:

Kriminalitätsfurcht und persönliche Risikoeinschätzung in Metropolen (500.000 Einwohner). Neue Bundesländer 1991 (n=273), 1993 (n=223) und 1995 (n=233) sowie alte Bundesländer 1993 (n=338) und 1995 (n=355). Angaben in Prozent von sehr unsicher (allgemeine Kriminalitätsfurcht), sehr beunruhigt (spezifische Kriminalitätsfurcht=KF) bzw. sehr wahrscheinlich (persönliche Risikoeinschätzung=PR); bei Sexualdelikten wurden nur Frauen berücksichtigt.



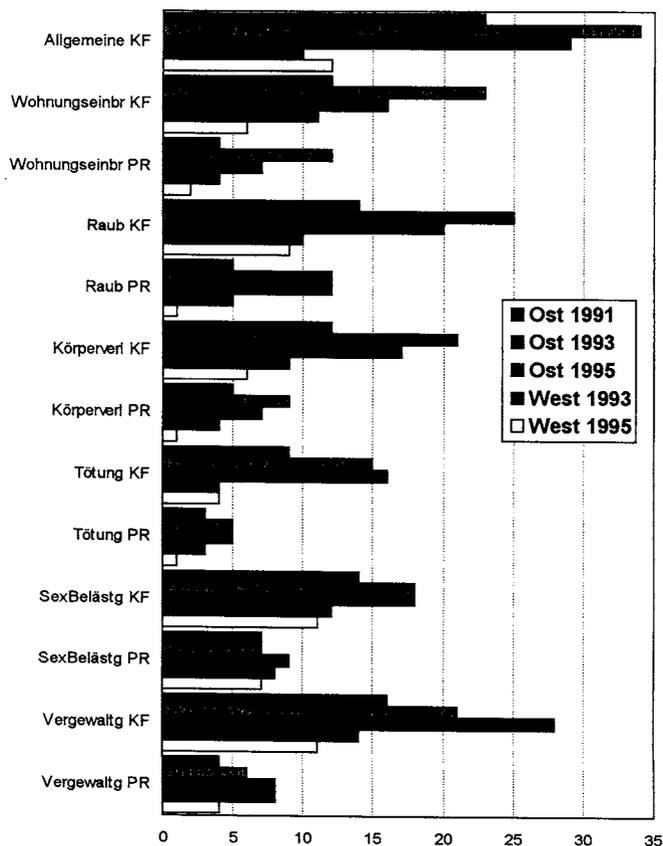
In den westdeutschen Metropolen war die Kriminalitätsfurcht am Ende der 80er Jahre sogar zurückgegangen. (München 1989 allgemeine Kriminalitätsfurcht: 1% "sehr unsicher", Lamnek 1991, S. 641; Großstädte über 500.000 Herbst 1990: 6%, Kury et al. 1992, S. 242) und hat im Sommer 1993 in etwa wieder das Niveau von

1985 (Schwind 1989, S. 133, für Bochum; Boers 1991, S. 278, für Hamburg) erreicht. Bis zum Sommer 1995 haben sich keine wesentlichen Änderungen ergeben<sup>36</sup>.

Generell ist das Unsicherheitsgefühl unter Frauen, älteren Menschen und in Großstädten am stärksten ausgeprägt. Letzteres bedeutet jedoch nicht, daß alle Viertel einer Großstadt, sondern vor allem solche betroffen sind, die von ihren Bewohnern als "sozial destabil" wahrgenommen werden (siehe unten "Nachbarschaftsprobleme").

Schaubild 3:

Kriminalitätsfurcht und persönliche Risikoeinschätzung in Großstädten mit 100.000 - 500.000 Einwohnern. Neue Bundesländer 1991 (n=264), 1993 (n=320) und 1995 (n=109) sowie alte Bundesländer 1993 (n=348) und 1995 (n=328). Angaben in Prozent von sehr unsicher (allgemeine Kriminalitätsfurcht), sehr beunruhigt (spezifische Kriminalitätsfurcht=KF) bzw. sehr wahrscheinlich (persönliche Risikoeinschätzung=PR); bei Sexualdelikten wurden nur Frauen berücksichtigt.

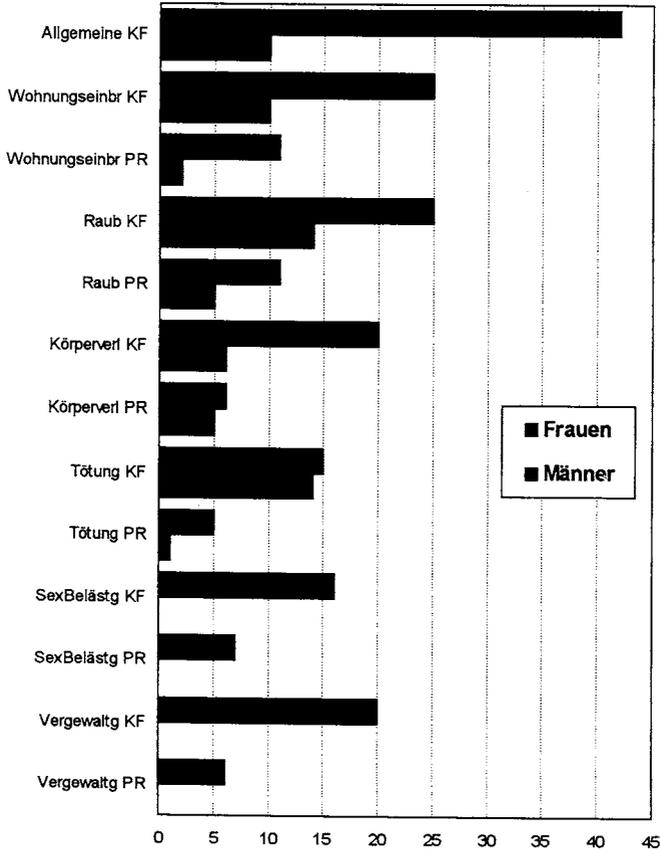


Der Sinn der vorgeschlagenen Differenzierung in verschiedene Formen von Kriminalitätseinstellungen zeigt sich unter anderem darin, daß die ausschließliche Berücksichtigung der allgemeinen Kriminalitätsfurcht bei Bevölkerungsgruppen, die ein höheres Furchtniveau haben (z.B. Ostdeutsche, Frauen), zu einer nicht unerheblichen Überschätzung des Unsicherheitsgefühles führen kann. So fühlten sich in den kleine-

ren ostdeutschen Großstädten im Sommer 1995 (Schaubild 2) knapp 30% der Befragten nachts in ihrem Wohnviertel "sehr unsicher" (35 % "etwas unsicher"; allgemeine Kriminalitätsfurcht). Aber über die konkrete Möglichkeit, zum Beispiel Opfer eines Wohnungseinbruchs, einer Körperverletzung, eines Raubes oder Totschlags zu werden, waren nur zwischen 16% und 20% "sehr beunruhigt" (spezifische Kriminalitätsfurcht). Betrachtet man die Furcht der Frauen, dann wird dieser Unterschied noch deutlicher. So war im Sommer 1995 in den ostdeutschen Großstädten (> 100.000 Einwohner) die allgemeine Kriminalitätsfurcht mit 42% sehr unsicheren Probandinnen teilweise mehr als doppelt so hoch wie die verschiedenen Formen der spezifischen Kriminalitätsfurcht (Schaubild 4). Hinsichtlich der persönlichen Risikoeinschätzung hielten es des weiteren in der Regel kaum ein Zehntel der befragten Männer oder Frauen für "sehr wahrscheinlich", daß sie auch tatsächlich Opfer eines Gewalt- bzw. Sexualdeliktes werden könnten.

Schaubild 4:

Kriminalitätsfurcht, persönliche Risikoeinschätzung und Geschlecht. Neue Bundesländer Großstädte >100.000 Einwohner (n=275) 1995. Angaben in Prozent von sehr unsicher (allgemeine Kriminalitätsfurcht), sehr beunruhigt (spezifische Kriminalitätsfurcht=KF) bzw. sehr wahrscheinlich (persönliche Risikoeinschätzung=PR); bei Sexualdelikten wurden nur Frauen berücksichtigt



Schließlich berichteten 1995 hinsichtlich des Vermeideverhaltens zwischen 30% und 56% der Ostdeutschen (ohne wesentliche Unterschiede zu 1993) und zwischen 22% und 44% der Westdeutschen (bei leichter Abnahme gegenüber 1993), daß sie im Dunkeln wegen der Kriminalität leere Straßen oder Plätze, öffentliche Verkehrsmittel oder Gruppen von Jugendlichen bzw. Ausländern häufig oder immer meiden würden; als aktive Schutzmaßnahme berichteten in beiden Landesteilen rund 10% der

Befragten, eine "Waffe" mitzunehmen. 43% der Probanden in den neuen und 24% in den alten Ländern blieben abends zu Hause (Tabelle 2).

Tabelle 2:

Kriminalitätsrelevantes Schutz- und Vermeideverhalten. Neue Bundesländer 1991 (n=2.011), 1993 (n=2.212) und 1995 (n=1.095) sowie alte Bundesländer 1993 (n=2.034) und 1995 (2.114). Angaben in Prozent.

Um mich vor Kriminalität zu schützen...wenn ich alleine unterwegs bin									
		nie		manchmal		häufig		immer	
	Jahr	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
benutze ich ein Auto, Taxi...	91	37.4	--	35	--	17.2	--	10.4	--
	93	30.3	31.5	30.0	28.6	20.0	19.5	19.6	20.4
	95	27.0	38.9	29.3	28.7	22.3	16.1	21.5	16.3
meide ich öffentliche Verkehrsmittel	91	53.3	--	26.2	--	11.8	--	8.8	--
	93	40.0	43.2	26.5	22.3	16.4	17.2	17.1	17.3
	95	47.8	57.0	22.1	20.6	13.7	10.2	16.4	12.2
meide ich unbelebte Straßen, Parks und Plätze	91	22.5	--	31.7	--	20.1	--	25.7	--
	93	20.7	21.3	23.5	24.6	22.4	21.3	33.4	32.8
	95	17.3	28.2	26.3	27.3	23.7	18.1	32.7	26.4
weiche ich herumstehenden Jugendlichen aus	91	26.4	--	31.6	--	19.5	--	22.5	--
	93	22.5	26.9	29.5	29.3	23.3	24.5	24.7	19.3
	95	17.9	31.4	31.2	32.5	25.4	17.7	25.5	18.5
weiche ich herumstehenden Ausländern aus	91	28.5	--	28.3	--	17.4	--	25.8	--
	93	23.0	25.4	28.6	29.6	21.8	23.0	26.6	21.9
	95	19.8	31.3	29.0	31.2	21.8	17.4	29.6	20.1
nehme ich eine Waffe mit (Tränengas, Stock, Messer, Schußwaffe)	91	73.0	--	15.1	--	5.5	--	6.4	--
	93	69.9	75.7	13.8	11.8	7.5	6.1	8.8	6.4
	95	77.7	80.4	12.2	11.3	3.5	4.1	6.7	4.1
bleibe ich abends ganz zu Hause	91	--	--	--	--	--	--	--	--
	93	29.9	50.3	24.6	23.6	25.3	18.2	20.3	7.9
	95	33.1	55.7	23.8	20.6	24.9	14.2	18.2	9.5

Insbesondere die vermeidenenden Verhaltensweisen werden von Frauen wiederum erheblich häufiger als von Männern angegeben (1995 in Ostdeutschland von etwa zwei Drittel der Frauen und rund ein Drittel der Männer; Westdeutschland: 40% bzw. 20%). Knapp die Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung (doppelt soviel Frauen wie Männer) verzichten also nach Einbruch der Dunkelheit de facto auf ihr Freizügigkeitsrecht. Damit werden öffentliche Kommunikationsräume und Möglichkeiten zu deren Gestaltung, auch im Sinne informeller sozialer Kontrolle, in nicht unerheblichem Maße aufgegeben.

Zusammenfassend sind in den neuen Bundesländern im Zusammenhang mit der Kriminalitätsfurcht vor allem zwei umbruchstypische Phänomene zu beobachten: Zum einen hängen erhebliche Steigerungen der Kriminalitätsfurcht offenbar nicht mit dem absoluten Kriminalitätsniveau, möglicherweise aber mit einem sprunghaften Anstieg der (Gewalt-) Kriminalität zusammen. Demnach wird das höhere Niveau der Kriminalitätsfurcht in Ostdeutschland vor allem darauf beruhen, daß der nach der Wende erfolgte Kriminalitätsanstieg sowie das Bekanntwerden von bislang unge-

wohnten Phänomenen schwerer Kriminalität als qualitative Änderungen der persönlichen Sicherheitslage empfunden werden. Zum anderen könnte der Rückgang der Furcht in den Metropolen - bei den spezifischen Formen sogar auf das westdeutsche Niveau - dahingehend interpretiert werden, daß ein anfängliches Erschrecken über die neue Kriminalitätssituation bereits Anpassungs- und Relativierungsprozessen gewichen ist. Gleichzeitig weist die Zunahme der Furcht in den kleineren Großstädten, die im Furchtniveau vergleichbarer westdeutscher Städte keine Entsprechung findet, darauf hin, daß auch selbstregulative Prozesse eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Bestehen mithin zwischen ost- und westdeutschen Befragten zum Teil noch erhebliche Divergenzen im Ausmaß der Kriminalitätsfurcht sowie ihrer Entwicklungsdynamik, so zeigen sich indessen weit weniger Unterschiede in den auf verschiedenen theoretischen Erklärungsperspektiven beruhenden empirischen Zusammenhangsbildern.

## 5.2 *Wer ist furchtsam?*

Die zur Erklärung der Kriminalitätsfurcht in den neuen Bundesländern vorgebrachten Überlegungen bewegen sich im großen und ganzen im Rahmen von theoretischen Ansätzen, wie sie sich bereits seit längerem in der westlichen wissenschaftlichen und kriminalpolitischen Diskussion herausgebildet haben. Es handelt sich im wesentlichen um drei, die Ebenen sozialwissenschaftlichen Reflektierens widerspiegelnde Erklärungsperspektiven: auf der personalen Ebene die sogenannte *Viktimisierungsperspektive*; auf der gesellschaftlichen Mesoebene die *Soziale-Kontroll-Perspektive* und schließlich auf der gesellschaftlichen Makroebene die *Soziale-Problem-Perspektive*.

Auch in den nach der Wende in Ostdeutschland durchgeführten Untersuchungen konnte, wie zuvor schon in den meisten der in westlichen Ländern durchgeführten Studien, keiner dieser drei Ansätze überzeugend bestätigt werden (eine gewisse Ausnahme bildet, wie weiter unten noch zu sehen sein wird, die Soziale-Kontroll-Perspektive). Gleichwohl spielen die darin enthaltenen Erklärungszusammenhänge vor allem, so darf man vermuten, wegen der jeweiligen kriminalpolitischen Implikationen eine erhebliche Rolle in der gegenwärtigen Umbruchdiskussion. Im Rahmen dieser übersichtsartigen Abhandlung soll und kann diesen Fragen nicht umfassend nachgegangen werden. Vielmehr sollen hier nur die wesentlichen theoretischen Annahmen und empirischen Befunde mit Blick auf den sozialen Umbruch und den kriminalpolitischen Diskurs dargestellt werden<sup>37</sup>.

### *Opferwerdung (Viktimisierungsperspektive)*

Nach der Viktimisierungsperspektive beruht die Kriminalitätsfurcht vornehmlich auf gravierenden persönlichen Opfererlebnissen, eine Annahme, die kriminalpolitisch

häufig im Rahmen von "Law-and-Order"-Argumentationen bemüht wird: Wer Opfer einer Straftat werde, fürchte sich vor der Kriminalität und entwickle ein starkes Bedürfnis nach harter Bestrafung. Durch eine konsequente Strafverfolgung müsse die Kriminalität verringert und in der Folge das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung gestärkt werden. Diese Annahmen sind nach der derzeitigen empirischen Forschungslage als am wenigsten bestätigt anzusehen<sup>38</sup>.

Zum einen sind auch in den neuen Bundesländern vor allem Frauen und ältere Menschen über die Gewaltkriminalität beunruhigt. Diese Bevölkerungsgruppen sind zwar sozial verletzbarer als andere, haben aber nicht notwendigerweise das höchste Viktimisierungsrisiko. Wie in vielen anderen Studien zuvor konnte auch in Ostdeutschland das sog. Kriminalitätsfurcht-Paradox beobachtet werden: Frauen und ältere Menschen weisen die niedrigsten Viktimisierungsraten bei Gewaltdelikten auf, während die weniger Furchtsamen, vor allem jüngere Männer, am häufigsten Opfer werden. Im Hinblick auf Sexualdelikte trifft dies freilich so nicht zu: Hier äußern Frauen jüngeren bis mittleren Alters, ihren häufigeren Viktimisierungserfahrungen mit Sexualdelikten entsprechend, die stärkste Furcht (Boers 1994a, S. 51 f.).

Des weiteren waren in den neuen und alten Bundesländern selbst Opfer von Gewalt- und Sexualdelikten - wenn überhaupt - nur wenig stärker beunruhigt als Nichtopfer. Allenfalls Frauen, die sexuell belästigt worden waren, reagierten diesbezüglich etwas furchtsamer. Opfer von Eigentumsdelikten äußerten mitunter sogar weniger Furcht. Mit der persönlichen Risikoeinschätzung können jedoch moderate Zusammenhänge der Art beobachtet werden, daß Opfer eines bestimmten Deliktes vor allem über eine solche Opferwerdung beunruhigter sind als Nichtopfer. Opferwerdungen verstärken demnach weniger, wie es die Viktimisierungsperspektive annimmt, die Kriminalitätsfurcht, sondern eher die persönliche Risikoeinschätzung. Man könnte insoweit von einer differentiellen Viktimisierungswirkung sprechen. Gefahren werden demnach in gewissem Umfange erfahrungsadäquat wahrgenommen. Ihre Verarbeitung kann aber, und zwar je nach Einschätzung der eigenen physischen oder kommunikativen Bewältigungsfähigkeiten, mit starker oder auch nur geringer Furcht einhergehen. Ferner unterscheiden sich Opfer auch in ihren Strafbedürfnissen kaum von Nichtopfern und äußern sich selbst hinsichtlich der eigenen Viktimisierung noch wiedergutmachungsfreundlich (Sessar 1992a, S. 164 ff.; 1995; Pfeiffer 1993, S. 74 ff.). Man könnte insoweit den Eindruck gewinnen, als seien "Law-and-Order"-Paradigmen mit ihrer typischen Ausrichtung auf ältere Menschen und Opfer schwerer Gewalttaten an der falschen Zielgruppe orientiert (hierauf deuten auch die oben - 4.2 -berichteten Befunde über symbiotische Täter-Opfer-Beziehungen hin).

#### *Nachbarschaftsprobleme (Soziale-Kontroll-Perspektive)*

In der Situation eines sozialen Umbruchs können Veränderungen in der sozialen Struktur einer Nachbarschaft von erheblicher Bedeutung für die verstärkte Wahrnehmung persönlicher Opferwerdungsrisiken und die Herausbildung persönlicher

Verunsicherung sein. Solche Prozesse stehen im Mittelpunkt der Sozialen-Kontroll-Perspektive. In Anlehnung an die Studien von Shaw und McKay (1942), die bekanntlich in den 30er Jahren vor dem Hintergrund von rasch aufeinander folgenden Einwanderungsschüben den Zusammenbruch und die Reorganisation Chicagoer Nachbarschaften untersucht hatten, wird vermutet, daß die Ursachen der Kriminalitätsfurcht in Prozessen der sozialen Desorganisation von Gemeinden und Wohnvierteln sowie im damit einhergehenden Verlust der informellen sozialen Kontrolle liegen (vgl. Lewis und Salem 1986; Stangl 1996; Überblick bei Boers 1991, S. 113 ff.). Kriminalpolitisch werden zur Stärkung der informellen Kontrollstrukturen der näheren Wohnumgebung diverse, nach der Wende auch in Deutschland zunehmend populär gewordene Modelle der kommunalen Kriminalprävention vorgeschlagen, die von gemeindenaher Sozialarbeit bis hin zur "gemeindenahen Polizeiarbeit" reichen (Feltes und Gramckow 1994; vgl., auch zur Effizienz solcher Programme, Boers 1995a; Becker et al. 1996).

"Soziale Desorganisation" wird in kriminologischen Studien in der Regel aus der Konstruktions- und Wahrnehmungsperspektive der Bewohner eines Wohnviertels definiert und erhoben. Der jeweilige Grad "sozialer Desorganisation" hängt demnach davon ab, inwieweit bestimmte "Zeichen sozialer Desorganisation" für ein Wohnviertel von dessen Bewohnern als Problem angesehen werden (Skogan 1990). Die von uns in den ost- und westdeutschen Befragungen verwendeten und in Tabelle 3 wiedergegebenen "Zeichen sozialer Desorganisation" bewegen sich in einer Grauzone von Verhaltensweisen zwischen nicht- und leichtdelinquenter Devianz<sup>39</sup>. Ihnen ist gemein, daß sie einen allgemeinen Zustand der Normlosigkeit, einen Verlust an sozialer Organisation und Kontrolle im alltäglichen Leben einer Nachbarschaft symbolisieren können. Sie dienen hier der Beschreibung von umbruchsbedingten Veränderungen im sozialen Nahbereich. In Verbindung mit der Analyse von Kriminalitätseinstellungen können sie zur weiteren Klärung der Frage beitragen, ob sich die Kriminalitätsfurcht und die persönliche Risikoeinschätzung fast ausschließlich auf Erscheinungsformen der Kriminalität beziehen oder darüber hinaus auch mit Phänomenen in Zusammenhang stehen, die als soziale Desorganisation der Nachbarschaft wahrgenommen werden.

Tabelle 3

Wahrnehmung von Zeichen sozialer Desorganisation im Wohnviertel. Neue Bundesländer 1991 (n=2.011), 1993 (n=2.212) und 1995 (n=1.095) sowie alte Bundesländer 1993 (n=2.034) und 1995 (n=2.114). Angaben in Prozent von "ziemlich großes" bzw. "großes" Problem.

	ziemlich großes Problem					großes Problem				
	Ost 1991	Ost 1993	Ost 1995	West 1993	West 1995	Ost 1991	Ost 1993	Ost 1995	West 1993	West 1995
undisziplinierte Autofahrer	29,6	38,3	37	32,1	33,8	24,6	26,8	28,2	16,3	15,4
Schließung öffentl. Einrichtungen	-	32,7	31,3	-	18,8	-	24,8	27	-	10,3
nichtstuende Jugendliche	32	33,3	34,3	27,4	25,7	16,4	19,5	19,7	9,5	11,9
Drogenabhängige	-	11,1	10,8	19,4	19,3	-	11,8	17,7	18,2	16,7
leerstehende Gebäude	25,5	24,5	25,4	13,9	13,8	17,4	14,5	17,6	3,1	4,4
Schmutz/Müll	34,9	32,3	30,1	22,9	24,7	17,1	14,3	17,3	10,4	10,4
Betrunkene	22,6	27,6	22,8	24	24,9	6,8	15,1	16,4	11,3	11,3
besprühte/beschm. Hauswde.	17	21	20	17,9	18,9	7,8	9,4	16,1	8,6	8
zerstörte Telefonzellen	24,7	28,2	24,5	22,6	20,6	16,8	15,3	15,4	10	8,6
zu viele Ausländer/Asylanten	-	19	16,7	25,3	23,1	-	11,5	9,9	20,8	15,8
Hausierer/fliegende Händler	32,2	20,8	18,3	15,6	13,6	15,9	10,8	9,6	4,9	5,8
herumstehende Autowracks	29,4	22,2	14,6	9	9,3	14,1	9,5	7	4	4,4

In den neuen Bundesländern wurden sowohl 1991 als auch 1993 und 1995 "undisziplinierte Autofahrer" als das bei weitem größte Nachbarschaftsproblem (nahezu zwei Drittel der Befragten betrachteten dies als "ziemlich großes" und "großes Problem"). Ebenso wird die "Schließung öffentlicher Einrichtungen" auch noch fünf Jahre nach der Wiedervereinigung als großes Problem wahrgenommen. Jeweils rund die Hälfte der Befragten bewertete sodann Erscheinungen, die im Straßenbild der neuen Bundesländer bis zur Wende eher selten vorgekommen sein dürften, wie "Schmutz und Müll", "zerstörte Telefonzellen", sowie "Betrunkene" und "Drogenkonsumenten", als problematisch (wobei letztere seit 1993 bzw. 1995 häufiger als Problem angesehen werden). Auffallend ist, daß "nichtstuende Jugendliche" am dritthäufigsten als Nachbarschaftsproblem genannt werden. Möglicherweise ist dies auf generationsbedingte, vielleicht auch von außen ideologisierte Konflikte zurückzuführen. "Hausierer" und "fliegende Händler", "herumstehende Autowracks", "Ausländer und Asylbewerber" sowie "beschmierte Hauswände" wurden 1995 noch von rund einem Drittel der Befragten als problematisch angesehen, bei rückläufiger Tendenz für erstere und einem Anstieg für letzteres.

Für Westdeutschland fällt vor allem auf, daß die Wahrnehmung solcher Probleme weit geringer als im Osten ausfällt. Hier mag die Gewöhnung eine Rolle spielen. Die meisten der erfragten Phänomene, insbesondere "leerstehende Häuser", "herumstehende Autowracks" oder "Schmutz und Müll in den Straßen", dürften im Westen tatsächlich aber auch seltener vorkommen. Dafür, daß die Problemhäufigkeit

von Bedeutung ist, spricht (umgekehrt) auch die im Westen andere Problemrangfolge: im Gegensatz zum Osten rangieren hier mit "Drogenabhängigen" sowie mit "Ausländern und Asylbewerbern" Personengruppen an der Spitze der Problemwahrnehmung, die im Westen weit zahlreicher als im Osten sind (Tabelle 3).

In multivariaten Analysen<sup>40</sup>, die neben soziodemografischen Variablen auch die direkte und indirekte Opferwerdung umfaßten, ergaben sich hinsichtlich der allgemeinen sowie der spezifischen Kriminalitätsfurcht (vor Gewalt- wie Sexualdelikten) die durchweg stärksten Zusammenhänge mit den Zeichen sozialer Desorganisation<sup>41</sup>. Dies läßt darauf schließen, daß die Wahrnehmung von Problemen im sozialen Nahbereich eine nicht zu unterschätzende Rolle für das Ausmaß der geäußerten Kriminalitätsfurcht spielt. Die Analysen ergeben aber auch, daß die Wahrnehmung von Zeichen sozialer Desorganisation in einem stärkeren Zusammenhang mit der persönlichen Risikoeinschätzung als mit der Kriminalitätsfurcht steht (vgl. auch Boers, 1994, S. 53 ff.).

#### *Medienberichterstattung und soziale Ängste (Soziale Problem-Perspektive)*

Schließlich wird der Anstieg der Kriminalitätsfurcht in den neuen Bundesländern sowie die Bedeutung, die sie in den öffentlichen Diskussionen erlangt hat, häufig damit erklärt, daß ökonomische, politische und soziale Verunsicherungen, die in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche und existenzieller Krisen verstärkt vorkommen, auf die "Kriminalität" und die "Kriminellen" als eine Art Metasymbol sozialer Probleme übertragen werden. Diese Argumentation fügt sich gut in die (von uns so genannte) Soziale-Problem-Perspektive ein. Darin wird die politische und massenmediale Dramatisierung und Instrumentalisierung des Kriminalitätsthemas im herrschaftlichen Machtdiskurs analysiert (z.B. Smaus 1985, S. 10; Cremer-Schäfer und Stehr 1990; kritisch insbesondere hinsichtlich negativer Effekte der Kriminalitätsberichterstattung in den Massenmedien auch Schneider 1991).

Schon theoretisch könnte man gegen solche Annahmen allerdings einwenden, daß die in ganz anderen kommunikativen, nämlich politischen und massenmedialen Zusammenhängen konstruierten und vor allem für deren Selbstreproduktion relevanten Kriminalitätsbilder keine unmittelbare Bedeutung für die nach (gänzlich) anderen strukturellen Vorgaben erfolgende psychische oder personale Regulierung und Verarbeitung äußerer Gefahrwahrnehmungen hat. Dem entspricht ein Standardergebnis der Medienwirkungsforschung, daß Massenmedien nämlich bestenfalls eine Agenda-Setting- und Verstärker-, aber kaum eine Verursacherfunktion haben (Schenk 1987).

Des weiteren weisen mit Blick auf die Kriminalitätsberichterstattung empirische Befunde seit längerem darauf hin, daß man allenfalls von einer differentiellen Medienwirkung (Tyler und Cook 1984) ausgehen kann. Danach ist ein positiver Zusammenhang zwischen Medienkonsum und Kriminalitätsfurcht weniger bei den zumeist sensationsorientiert aufgemachten Berichten über überregionale Ereignisse, sondern vielmehr dann zu erwarten, wenn die persönliche, soziale oder räumliche

Situation der Leser tangiert wird (sog. "lokale Medien", Heath 1984; Forschungsüberblick bei Boers, 1991, S. 164 ff.; 1993, S. 73 f. und Walter 1995, S. 69). Solche Erkenntnisse wurden freilich vor dem Hintergrund "normaler" Alltagswelten in westlichen Gesellschaften mit an Form und Inhalt massenmedialer Berichterstattung gewöhnten Bevölkerungen gewonnen. Sie mögen in der Übergangszeit eines sozialen Umbruchs weniger Gültigkeit besitzen, weil die neuen, überwiegend von West-Verlagen herausgegebenen Medien, die bald nach der Wende im großen Stil Ereignisse zu vermarkten begannen, über die vorher kaum berichtet werden durfte, als realitätsnäher als die alten Staats- und Parteimedien empfunden wurden. Man wird eine solche "Umbruchswirkung" der "neuen" Medien vor allem in den ersten ein bis zwei Jahren nach der Wende vermuten dürfen. Leider wurden in dieser Zeit keine Fragen zum Konsum von Kriminalitätsberichten gestellt. Und im Sommer 1993 war ein solcher "Ostmedieneffekt" empirisch kaum noch feststellbar. Insgesamt bestand damals zwischen verschiedenen Formen des Konsums von Kriminalitätsberichten und personalen Kriminalitätseinstellungen kaum ein signifikanter Zusammenhang. Lediglich im Osten äußerten diejenigen, die angaben, sehr häufig Kriminalitätsberichte in der Tagespresse zu lesen oder die Fernsehsendung "Aktenzeichen XY...ungelöst" zu sehen, etwas mehr Kriminalitätsfurcht als andere Befragte. Allerdings konnte zwischen lokalen und überregionalen Kriminalitätsberichten nicht unterschieden werden.

Unabhängig davon, wie sich die Wirkung der Kriminalitätsberichterstattung auf persönliche Einstellungen im einzelnen gestaltet, spielen die Massenmedien jedoch eine bedeutende Rolle im politischen Kriminalitätsdiskurs. Was für die Medien vor allem marktwertige Information ist, wird von Politikern, Verwaltungen oder der Polizei als faktischer Anhaltspunkt für politischen und administrativen Handlungsbedarf und entsprechende Programme aufgefaßt. Solche Programme haben dann wiederum einen Medienwert in der nächsten Runde des Diskurses, der mit der Schlagzeile überschrieben ist: Was tun unsere Politiker gegen die Kriminalitätswelle? Sebastian Scheerer (1978) hat dies den "politisch-publizistischen Verstärkerkreislauf" genannt (siehe auch Müller-Dietz 1993, S. 60 f.).

Hinsichtlich der vermuteten Projektion sozialer Ängste auf die Kriminalitätsfurcht ist zunächst auf univariater Ebene zu beobachten, daß die Beunruhigung über die Entwicklung im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich sowohl 1991 als auch 1993 und 1995 weit stärker ausgeprägt war als die auf die eigene Person und das Wohnviertel bezogene Kriminalitätsfurcht (vgl. Schaubilder 1 und 2 mit Tabelle 4). Zu ersterem gehören auch Kriminalitätsphänomene, die in aller Regel keine persönliche Bedrohung, sondern vielmehr ein staatliches oder gesellschaftliches Problem signalisieren, wie z.B. die organisierte Kriminalität, die Korruption oder - ganz allgemein - "die Kriminalitätsentwicklung", und deshalb als soziale und nicht als personale Kriminalitätseinstellungen anzusehen sind.

Tabelle 4:

Beunruhigung über soziale Probleme. Neue Bundesländer 1991 (n=2.011), 1993 (n=2.212) und 1995 (1.095) sowie alte Bundesländer 1993 (n=2.034) und 1995 (n=2.114). Angaben in Prozent von "ziemlich" bzw. "sehr beunruhigt".

	ziemlich beunruhigt					sehr beunruhigt				
	Ost 1991	Ost 1993	Ost 1995	West 1993	West 1995	Ost 1991	Ost 1993	Ost 1995	West 1993	West 1995
Organisierte Kriminalität	-	24,9	28,7	34,9	39	-	66,1	61,6	48,5	46,7
Arbeitslosigkeit	29,1	23	25,6	32,3	35,1	54,3	60,7	59,8	25,3	33,6
Aggressivität und Gewalt	39,2	28,5	33,9	36,2	42,8	43,7	61,3	56,1	50,8	38,1
Kriminalitätsentwicklung	-	26,5	34,2	41	46,5	-	65,4	55,2	42,7	35,3
pol. Rechtsradikalismus	38	30,7	37,7	27,1	40	32,7	56,3	43,7	59,3	36,6
Zustand der Umwelt	37,9	41,3	48,9	42,2	41,1	43,9	43,1	38,3	35,2	43,5
Bestechung	-	33	38,5	37,2	42,1	-	47,1	35,1	35,3	26,9
sozialer Abstieg	43,5	36,3	43,4	33	32,6	30,6	37,6	27,2	15,5	13,2
Verlust der Wohnung	28,9	24,6	23,3	22,6	20,8	19,4	27,5	23,7	14,6	13,6
pol. Linksradikalismus	-	35,2	32,6	33,4	34	-	27,6	22,6	28,6	18,1
Rentenversicherung	35,2	30	42	38	39,2	24,1	29,5	19,9	26,8	25,1
Verlust von Familienbindung	23,2	26,9	24,1	24,1	28,5	10,8	18,2	17,7	15,4	17,2
Verbl. ehem. SED-Leute	28,8	24,1	19,6	26,7	27,7	45,1	20,9	17,6	23,6	15,4
Zuzug von Asylbewerbern	33,4	31,3	28,1	34,5	33,3	14,1	19,1	14,1	30,3	21
Ungleichh. v. Män. und Frauen	21,6	32	32,9	20,5	21,9	8,6	18,6	10,1	7,3	5,9
Zusammengehörigkeitsgefühl	-	32,3	-	-	-	-	21,3	-	-	-

Des weiteren ergibt sich aus unseren Erhebungen freilich auch, daß die Befragten in Ost- und Westdeutschland zwischen Kriminalitäts- und anderen sozialen Problemen überwiegend gut zu unterscheiden wußten. Nach dem Ergebnis von Faktorenanalysen, die sowohl die Items der Beunruhigung über die verschiedenen sozialen Probleme als auch diejenigen der spezifischen Kriminalitätsfurcht umfaßten, fürchteten sich Probanden, die beispielsweise über die Arbeitslosigkeit, Asylbewerber, den Verlust der Wohnung oder (im Osten) über Rückgabeansprüche von Westeigentümern beunruhigt waren, nicht notwendigerweise auch vor Gewalt- oder Sexualdelikten. Dies schließt nicht aus, daß im Einzelfall moderate bivariate Zusammenhänge zwischen der Beunruhigung über die verschiedenen sozialen Probleme<sup>42</sup> und der Kriminalitätsfurcht bestehen. In multivariaten Analysen erweisen sich diese jedoch mit Blick auf die entsprechenden Haupteffekte als Scheinkorrelationen<sup>43</sup>.

#### *Interaktives Verständnismodell*

Im Ergebnis konnten die hier vorgestellten und in der öffentlichen Diskussion zur Zeit bedeutsamen Erklärungsperspektiven auch in den neuen Bundesländern insgesamt nur eine partielle empirische Bestätigung finden. Denn der strukturelle Hauptmangel dieser Erklärungsansätze liegt vor allem darin, daß das Problem "Kriminalitätsfurcht" nur aus dem jeweils favorisierten Blickwinkel betrachtet wird.

Ein genaueres Verständnis müßte sich indessen um eine komplexere Sichtweise bemühen, die zum einen alle drei genannten Ebenen im Blick zu behalten versucht und zum anderen auf die Annahme einfach kausaler Beziehungen zugunsten einer interaktiv-symmetrischen Zusammenhangsstruktur verzichtet. Denn was als Viktimisierungsrisiko, Angst- oder Furchtemotion nur persönlich wahrgenommen bzw. empfunden werden kann, entsteht aus Anlaß bedrohlicher Erlebnisse sowie der Kommunikation hierüber im Bereich der Nachbarschaft und wird geprägt vom politisch-publizistischen Kriminalitätsdiskurs auf der gesellschaftlichen Makroebene. Daß solche Überlegungen - auf ihnen beruht ein an anderer Stelle ausführlicher entwickeltes interaktives Verständnismodell der Kriminalitätsfurcht (Boers 1991, S. 207 ff.) - zu etwas genaueren Einblicken in die Zusammenhangsstruktur der Kriminalitätsfurcht führen können, zeigte sich in multivariaten Analysen interaktiver sowie symmetrisch modellierter Beziehungsstrukturen, die neben soziodemografischen Merkmalen die zentralen Variablen der Viktimisierungs-, Soziale-Kontroll- und Soziale-Problem-Perspektive umfaßten<sup>44</sup>.

Danach waren in Ost- und in Westdeutschland zwei der drei Indices sozialer Beunruhigung im Rahmen eines inhaltlich bemerkenswerten Interaktionseffektes, nämlich in Verbindung mit der sozialen Desorganisation bedeutsam: Nur bei Probanden, die ihr Wohnviertel als sozial desorganisiert ansahen, wirkte die soziale Beunruhigung verstärkend auf die Kriminalitätsfurcht (insbesondere vor Gewalt- und Sexualdelikten), allerdings auch dies nur in allenfalls moderatem Ausmaß (so für die sozio-ökonomischen Probleme, ein schwacher Effekt ergab sich für die Beunruhigung über politische, keiner indes für familiäre Probleme).

Insgesamt zeigen unsere Untersuchungen also, daß der politische und massenmediale Kriminalitätsdiskurs, obwohl darin die Kriminalitätsfurcht seit längerem neben der Kriminalität als gravierendes soziales Problem thematisiert wird, nicht unmittelbar, sondern allenfalls vermittelt, insbesondere über die soziale Desorganisation der Nachbarschaft, in einem Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Kriminalität als *persönlich* beunruhigendem Problem steht. Die Problemdefinition und Verarbeitung des Kriminalitätsthemas folgt auf der makro- und mesosozialen sowie personalen Ebene offenbar jeweils eigenen, von einander unabhängigen und nur vor diesem Hintergrund miteinander in Beziehung stehenden, systemtheoretisch würde man formulieren: selbstreferentiellen Operationscodes.

## 6. Angleichung (und) oder Desintegration?

Angesichts der fortdauernden Dynamik des sozialen Umbruchs kann man zur Zeit allenfalls ein Zwischenresümee unserer Beobachtungen wagen. Danach ist die Zunahme der Massen- und Bagatelldelinquenz in Industrie- und Konsumgesellschaften ein im wesentlichen durch Warenangebote und Massenkonsum bedingtes ökonomi-

ches Modernisierungsrisiko, das bestenfalls durch eine (technische) Reduktion von Tatgelegenheiten kontrolliert werden kann. Im Vergleich dazu steht die schwere(re), in der Form der sogenannten "Straßenkriminalität" erscheinende Eigentums- und Gewaltkriminalität, neben der auch hier relevanten Steigerung von Tatgelegenheiten, mit sozialstrukturellen Integrationsdefiziten im Zusammenhang, die sich mit einer fortschreitenden Individualisierung von Lebensstilen sowie angesichts des Wohlstandsgefälles zu den Ländern Ost-, Südosteuropas und der dritten Welt noch vergrößern können. Insofern handelt es sich hier um ein (vornehmlich) soziales Modernisierungsrisiko, also um Kriminalitätsphänomene, die auf modernisierungstypische Prozesse (und Entscheidungen) zugerechnet werden und einem weit komplexeren Zusammenhang aus strukturellen, normativ-definitiven und situativen Faktoren entstammen als die Bagatellkriminalität. Sie sind deshalb auch weit weniger kontrollierbar. Immerhin eignen sich diese Kriminalitätsformen aber noch recht gut als Ressource zur (politischen) Steuerung der auch in modernen, funktional-differenzierten Gesellschaften letztlich nicht vermeidbaren sozialen Exklusionsprozesse. Schließlich handelt es sich um Delinquenzphänomene, die als typische Erscheinungen der Umbruchssituation mit der politischen, ökonomischen und sozialen Reorganisation in Ostdeutschland an Bedeutung verlieren werden. Dazu gehört sicherlich die mit der Abwicklung des ehemaligen DDR-Vermögens im Zusammenhang stehende Wirtschaftskriminalität. Man kann vorsichtig vermuten, daß dies - zumindest in der nächsten Zeit - auch für exzessive neonazistische Gewalttaten, nicht jedoch für den Rechtsextremismus als solchen zutreffen wird.

Sechs Jahre nach der Wende ist das deutsch-deutsche Kriminalitätsbild insgesamt von Angleichung - auf zum Teil freilich hohem Niveau - geprägt. Von den kriminologisch relevanten Phänomenen bestehen vor allem noch hinsichtlich der Kriminalitätsfurcht Unterschiede: Sie ist im Osten größer, nimmt seit einiger Zeit aber in Richtung auf das Westniveau ab. Bei den Kriminalitätsraten konnten im Dunkelfeld seit 1991 kaum noch Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland beobachtet werden; polizeilich werden inzwischen aber vor allem schwere Eigentumsdelikte häufiger im Osten registriert. Da auch bei Sanktionseinstellungen wie im übrigen bei einigen anderen politisch-gesellschaftlichen Einstellungsbereichen (Ablehnung des Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, politischer Protest, Vertrauen gegenüber staatlichen Institutionen) kaum Unterschiede zu bestehen scheinen (vgl. z.B. ipos 1995), könnte man den Eindruck gewinnen, daß sich die Ost-West-Unterscheidung als Beobachtungs- und Entscheidungskategorie allmählich überlebt hat. Gleichwohl sind weiterhin erhebliche Differenzen sichtbar, nicht nur im für das politische System irritierenden ostdeutschen Wahlverhalten (PDS), sondern auch in der größeren sozialen und ökonomischen Beunruhigung, der geringeren Lebenszufriedenheit, dem geringeren Kinderwunsch, sowie in nach wie vor größeren Benachteiligungs- und Fremdbestimmungsgefühlen. Nimmt man des weiteren die enormen ökonomischen und sozialen Strukturdefizite, die nicht zuletzt in solchen Einstellungen reflektiert werden,

hinzu, dann kann man allerdings auch den Eindruck gewinnen, daß die desintegrativen Potentiale des sozialen Umbruchs erst im Verlauf der gegenwärtigen "Differenzierungsphase" stärker zum Tragen kommen werden, wenn nämlich die bestehenden Ungleichheiten aufgrund geringer werdender Transferleistungen nicht mehr wie bisher kompensiert und ertragen werden können.

Im Verlauf der Darstellung wurde ein Kriminalitätsphänomen nicht erwähnt, das auf allen hier beschriebenen Ebenen des Umbruchs (insbesondere in Osteuropa und Rußland) von einiger Bedeutung zu sein scheint: die Organisierte Kriminalität (Raith 1994; 1995;). Der Grund liegt darin, daß man, trotz aller Definitionsbemühungen und entgegenlautender Erklärungen, noch immer nicht so genau weiß, was letztlich hierunter zu verstehen ist (vgl. Kerner 1995), und daß - wohl auch deshalb - in einem wissenschaftlichen Sinne nicht allzuviel als gesichert gelten kann. Unsere Kenntnisse beruhen im wesentlichen auf journalistischen Recherchen meist spektakulärer Einzelfälle sowie seit 1991 auf einem die polizeilichen Ermittlungsschwerpunkte wiedergebenden Lagebericht des BKA.

Die kriminologische Umbruchsforschung steckt nach wie vor in den Anfängen, wiewohl inzwischen einiges an empirischem Material und ersten Analysen zusammengetragen worden ist. Dabei wurde bislang, was freilich methodisch sowie angesichts der überraschenden Dynamik des Umbruchprozesses nachvollziehbar ist, zu sehr das klassische Kriminalitätsbild der Massen- und Straßendelinquenz reproduziert. Des weiteren sind der Wandel und die Bedeutung der formalen Kontrollinstanzen noch kaum erforscht. In Zukunft wird man bei den üblichen Verfahren der quantitativen Kriminalitäts- und Opferbefragungen also nicht stehenbleiben können. Denn dann würden für den sozialen Umbruch wahrscheinlich weit typischere Devianzformen, wie die Wirtschaftskriminalität oder die politische und Organisierte Kriminalität, sowie die Interventionsformen des Strafverfolgungssystems kriminologisch unberücksichtigt bleiben. Daß vieles weiterhin nur begleitend und deskriptiv erhoben wird, muß dann kein Nachteil sein, wenn es - und das dürfte letztlich das Entscheidende sein - mehr als bisher gelingt, die kriminologische Theoriebildung unter kritischer Einbeziehung der gegenwärtig wieder intensiv geführten Modernisierungsdiskussion weiterzuentwickeln, wenn man die gegenwärtigen historischen Prozesse dazu nutzen kann, um die zwischen Ätiologie und Interaktionismus festgefahrenen Argumentationsmuster mit dem möglichen Gewinn präziserer Beobachtungen zu überdenken.

## Anmerkungen

- \* Peter Kurz danke ich für kritische Anmerkungen und für die Analyse zahlreicher "multivariater Ideen".
- 1 Mit Kollmorgen (1994, S. 385 f.) könnte man diese erste Phase noch in zwei weitere unterteilen: a) vom 9. November 1989 bis zum Sturz der SED-Regierung und der Einsetzung des runden Tisches im Februar 1990 als Phase der "politischen Revolution" und b) von der Volkskammerwahl im März 1990 bis zur Währungsunion und Vereinigung als Transitions- und Vereinigungsphase. Für eine politische Analyse wäre diese weitere Unterteilung unverzichtbar, für eine kriminologische, an der Auslotung makrostruktureller Potentiale sozialer Integration orientierte Betrachtung ist dies aber nicht unbedingt erforderlich.
  - 2 Die Treuhandanstalt hat bis Ende 1994 rund 8.000 volkseigene Betriebe privatisiert bzw. liquidiert. Von ehemals 4 Mio. Arbeitsplätzen blieben 1.5 Mio. erhalten. Die erzielten Erlöse und Investitionszulagen betragen DM 200 Mrd. Die verbleibenden, den Bundeshaushalt belastenden Treuhandschulden betragen DM 230 Mrd. (Hettlage und Lenz 1995, S. 248).
  - 3 Allein die Summe der öffentlichen Transferleistungen für den Zeitraum 1990 bis 1995 betrug DM 1 Bio. (Hettlage und Lenz 1995, S. 251; vgl. BT-Drs. 12/6776).
  - 4 Siehe insbesondere Mayntz 1996. Ein ausführlicher Theorienüberblick findet sich bei Reißig (1994, S. 329 ff.) sowie bei Kollmorgen (1994, S. 386 ff.).
  - 5 Von marxistisch orientierten Theoretikern werden, freilich mit anderer Intention, ähnliche Überlegungen unter dem Begriff "doppelte Modernisierung" diskutiert. Danach können die Errungenschaften von Demokratie und Marktwirtschaft dazu genutzt werden, um gemeinsam mit dem Westen diejenigen Veränderungen der bürgerlichen Gesellschaft herbeizuführen, die für die "Überlebensfähigkeit der Menschheit" unverzichtbar seien (Klein 1994).
  - 6 Luhmanns Theorie ermöglicht, unter anderem durch den Verzicht auf "aufgeklärtes Besserwissen", tiefenscharfe Beobachtungen, die "abweichendes Verhalten" oder das Strafrecht bislang jedoch noch nicht systematisch einbezogen haben. Es wäre deshalb sicherlich lohnend solche Überlegungen kriminologisch fortzuführen, was allerdings im Rahmen dieses Überblicks nicht geleistet werden kann (vgl. hierzu Sessar 1992; Bussmann 1996, Sack 1996 und auch noch den nächsten Abschnitt).
  - 7 Reißig (1994, S. 336) beobachtete in diesem Zusammenhang immerhin, daß "die meisten der damit beschäftigten Sozialwissenschaftler der Überzeugung zu sein (scheinen), daß die Neukonstruktion spezieller Transformationstheorien generell nicht erforderlich oder wenig ertragreich sei. Dafür bestehe kein gesellschaftlicher Bedarf, die vorliegenden Theorien ... seien für die Klärung und Deutung der osteuropäischen Transformation (vorerst) ausreichend". - Und Hanf (1996, S. 619) kommt, indem er die "Umbruchsfrage" nicht wie üblich nach den Risiken oder Chancen des sozialen Umbruchs, sondern mit Blick auf dessen Beendigung stellt, zu der verblüffenden Antwort, der Transformationsprozeß sei nur dann *erfolgreich* beendet, wenn extern, also aus der Perspektive internationaler (westlicher) Beobachter - für die neuen Länder wohl auch aus der Perspektive Westdeutschlands - die "Integrationsfähigkeit der ... Transformationsgesellschaften in internationale Funktionssysteme, Interaktionszusammenhänge, Institutionen und Bündnisse" festgestellt werde.
  - 8 Warum die Ost-West-Differenz zur Beobachtung des Umbruchs "unterkomplex" zu werden droht, beschreibt Fuchs (1995) in einigen essayistischen Beobachtungen des "Ostens".

- 9 Die in den folgenden Abschnitten berichteten Befunde beruhen, wenn eine Quelle nicht ausdrücklich genannt wird, auf repräsentativen Bevölkerungsbefragungen, die 1991 in den neuen (n=2011; Rücklauf: 70%) und 1993 in den neuen (n=4001; 72%) und alten (n=2034; 67%) Bundesländern vom Kooperationsprojekt aus Berlin, Hamburg und Tübingen (vgl. oben 3.) sowie 1995 vom Institut für Kriminologie der Universität Tübingen ebenfalls in ganz Deutschland (Ost: n= 1.095, Rücklauf 71%; West: n=2.114, 69%) durchgeführt wurden. Alle Erhebungen wurden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. Barbara von Harder (GFM-GETAS, Hamburg) sowie Margrit Rexrodt und Jürgen Hoffmeyer-Zlotnik (ZUMA, Mannheim) danke ich für die kompetente Beratung bei der Erstellung der Fragebögen und für die Durchführung der Feldarbeit.
- 10 Die Annahme einer "Angleichung der Kriminalitätsraten nach der Wende" impliziert natürlich, daß die Kriminalität in der ehemaligen DDR niedriger als in Westdeutschland gewesen ist, worüber wir mangels vor der Wende durchgeführter Dunkelfelderhebungen insoweit allerdings nichts aussagen können. Auch die offiziellen Statistiken wurden in der DDR, vom Geheimhaltungsproblem einmal abgesehen, anders als in der alten Bundesrepublik geführt. Immerhin lassen deren vergleichende Be- (und Um-) rechnungen jedoch vermuten, daß die Kriminalitätsbelastung in der DDR insgesamt (erheblich) geringer als in Westdeutschland war (von der Heide und Lautsch 1991).
- 11 Die Gesamtopferraten lagen 1991 und 1993 im Osten bei 28% bzw. 25%, 1995 bei 34% und 1993 und 1995 im Westen bei 23% bzw. 31%. Damit stehen 1995 moderate Steigerungen der Gesamt-opferrate in der Regel statistisch nicht signifikanten Zunahmen bei den zugrundeliegenden Einzeldelikten gegenüber. Dieser etwas eigenartig anmutende Befund beruht indes darauf, daß sich die bei den Einzeldelikten 1995 zwar häufigeren, gleichwohl aber nur geringen Differenzen durch die Gesamttratenbildung rechnerisch (wegen der Mehrfachopferverwendung allerdings nicht im Wege der einfachen Summierung) verstärken, ohne daß hierdurch etwas kriminologisch aussagekräftiges Neues entstehen würde. Denn es ist - wie generell bei der Bildung von Kriminalitätsgesamtsziffern - nicht möglich, auf der Opfer- wie auf der Täterseite strukturell so völlig verschiedene Ereignisse, wie beispielsweise den Fahrraddiebstahl, die sexuelle Nötigung oder den Handtaschendiebstahl, als ein einheitliches soziales Phänomen zu interpretieren. Nur im Rechtssystem - als Straftat - sowie im Diskurs des politischen Systems - als "das Kriminalitätsproblem" - gelingt eine solche, aber lediglich in diesem jeweiligen Kontext sinnhafte Einheitsbetrachtung.
- 12 Damit kamen 1995 auf 100.000 Einwohner 8.179 (1994: 8.038) Delikte (KHZ). In den ABL inkl. Gesamtberlin wurden 5.232 Mio. (1993: 5.348 Mio., 1994: 5.139 Mio.) Delikte (KHZ: 7.774; 1994: 7.665). In den NBL waren es 1.436 Mio. (1993: 1.402 Mio.; 1994: 1.399 Mio.), KHZ: 10.094 (1994: 9.784), Bundeskriminalamt 1994; 1995; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1996, S. 370 f. - Da der Ausländeranteil in den neuen Bundesländern wesentlich geringer als in den alten Bundesländern ist (1993: ca. 2% zu 10%, statistisches Bundesamt 1995, S. 67), beruhen diesbezügliche bundesweite Änderungen der Gesamtkriminalität fast ausschließlich auf entsprechenden Veränderungen in Westdeutschland.
- 13 Beim Wohnungseinbruch betrug sie 1995 in Ost und West, nach einem erheblichen Anstieg in 1993, über 90%, beim Handtaschendiebstahl, ohne Veränderungen zwischen beiden Erhebungszeitpunkten, rd. 60%, beim Raub, nach einem Rückgang zwischen 1993 und 1995, unter 30% und bei der Bedrohung um 10%, während Körperverletzungen (ohne Waffen) im Osten mit knapp 40% rund viermal so häufig wie im Westen angezeigt wurden. Unsere Erhebungen

- können hier aufgrund ihres für detailliertere Berechnungen zu geringen Stichprobenumfangs, dies gilt vor allem für das Jahr 1995, allerdings nur erste Hinweise geben.
- 14 Damit dürften im Bereich der Massenkriminalität zwei der drei von Cohen und Felson (1979) in ihrer Gelegenheitstheorie genannten Bedingungen für das Auftreten abweichenden Verhaltens von Bedeutung sein, kaum jedoch die dritte, die Motivation des Täters.
  - 15 Diese Kategorie wurde ohne Wohnungseinbruch (sowie ohne Betrug) gebildet.
  - 16 In der 1993 durchgeführten Befragung des Kooperationsprojektes (Berlin, Hamburg und Tübingen) wurden, um in den neuen Ländern größere Stichproben zu erlangen, neben der nationalen Stichprobe sog. Überquoten, zum einen von 626 Großstädtern und zum andern von 1163 16-34jährigen Großstädtern, gezogen. Für eine Analyse der Population junger ostdeutscher Großstädter stehen dadurch insgesamt 1550 Probanden zur Verfügung. 1991 konnte keine Überquote erhoben werden. Der Täterbogen wurde damals nur an 16-29jährige ausgegeben.
  - 17 So wurde im Januar 1996 der aus Westdeutschland stammende ehemalige Direktor der Treuhandanstalt in Halle vom Landgericht Stuttgart wegen Bestechlichkeit in sechs Fällen und Untreue rechtskräftig zu fünfeinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Das Verfahren war auf leicht nachweisbare Fälle beschränkt worden. Der Verurteilte hatte gegen Zahlung von Bestechungsgeldern in Millionenhöhe den Erwerb von Betrieben und Grundstücken zugunsten eines Göpinger Unternehmers beeinflusst. Dieser hatte eine Freiheitsstrafe von fünfeinviertel Jahren erhalten (Stuttgarter Zeitung v. 24.1.1996) - Vgl. zur Situation in Halle auch Roth 1995, S. 206 ff.
  - 18 Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik betrug 1994 der Anteil der Gewaltdelikte an allen registrierten Straftaten, wie 1993, 2,4%, 1995 waren es 2,6%. Im Osten lagen die Gesamtkriminalität sowie die Raten für schweren Diebstahl (dazu zählen vor allem der Fahrraddiebstahl und Autoaufbruch) und für Raub 1993 und 1994 etwas höher, die übrige Gewaltkriminalität aber niedriger als im Westen.
  - 19 Im Verlauf des Jahres 1995 ist die *Arbeitslosigkeit* wieder angestiegen und erreichte im Januar 1996 erstmals die Nachkriegsrekordhöhe von über 4 Mio. Erwerbslosen: Im März lagen die Arbeitslosenquoten bei 17,5% in den neuen und 9,6% in den alten Ländern; insgesamt waren 4,27 Mio. Erwerbsfähige arbeitslos, 1,31 Mio. im Osten und 2,96 Mio. im Westen. Berücksichtigt man zusätzlich die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Kurzarbeit, ABM, Lohnkostenzuschuß, Weiterbildung, Vorruhestandsregelung), dann muß man davon ausgehen, daß in Ostdeutschland, wo sie zur Entlastung des Arbeitsmarktes überproportional eingesetzt werden, de facto 2 Mio., d.h. rd. 30% der Erwerbsfähigen, ohne abgesicherte Arbeitsplatzperspektive sind. In Ost- und Westdeutschland sind rd. ein Drittel mehr ein Jahr arbeitslos (Langzeitarbeitslosigkeit), im Osten besonders Frauen und ältere Menschen (Bundesanstalt f. Arbeit 1996). Indikatoren der *Armut* sind einerseits die Sozialhilfequote, andererseits der Anteil der Bevölkerung, die in Haushalten mit weniger als dem durchschnittlich 50%igen Haushaltssäquivalenzeinkommen liegen. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) ist im Westen im Verlauf der 80er Jahre sowie im Osten seit 1991 (zuvor wurden sie nicht erfaßt) angestiegen und betrug 1993 5,1% bzw. 3,1% (3,33 Mio. bzw. 498.000 Empfänger). Dabei sind Kinder, Jugendliche und Jungerwachsene heute am stärksten belastet, während dies im Westen in den 60er und 70er Jahren für die über 65jährigen zutrifft (Statistisches Bundesamt 1995, S. 475; Hauser 1995, S. 8). Nach Berechnungen mit dem Sozio-Ökonomischen Panel lebten 1993 11% der westdeutschen und 6% (wenn man vom westdeutschen Durchschnittseinkommen ausgeht: 16%) der ostdeutschen Bevölkerung unterhalb der Armutsschwelle; zwischen 1984 und 1992 hatten 30% der westdeutschen Bevölkerung ein oder

- mehrmals die 50%-Einkommensmarke unterschritten. Als Risikogruppen gelten Kinder, Ausländer, Personen ohne Schulabschluß, Geschiedene und Arbeitslose (Krause 1994; Hanesch et al. 1994, S. 190 f.). Weder in den offiziellen Statistiken noch in den Befragungsdaten sind die schätzungsweise 150.000 in der Bundesrepublik lebenden Obdachlosen berücksichtigt.
- 20 Eines der Strukturprobleme besteht darin, daß es bislang zu keiner größeren Kapitalbildung in ostdeutschen Händen gekommen ist. So waren, gemessen an der Zahl der privatisierten Arbeitsplätze, nur 6% Ostdeutsche an den Unternehmensverkäufen der Treuhandanstalt beteiligt (Hettlage und Lenz 1995, S. 248). Neben der Rückgabe-vor-Entschädigung-Regel werden die Probleme auch darin sichtbar, daß rd. 50% der Transferleistungen konsumtiv verwendet werden (Fürstenberg 1995, S.112), oder daß die Produktivität bei sich angleichenden Löhnen im Osten noch immer erheblich geringer als im Westen ist. Nimmt man hinzu, daß es zu einem weiteren strukturellen Arbeitsplatzabbau kommen wird, McKinsey rechnete zu Jahresbeginn in ganz Deutschland mit einem weiteren Rückgang von 3 Mio. (DIE WELT v. 5.2.1996), dann gibt die von "Prognos" im Jahre 1993 veröffentlichte Vorhersage, daß der Angleichungsprozeß zwischen Ost- und Westdeutschland bis ins nächste Jahrzehnt hinein - bei weiterhin hohen Belastungen des Sozialsystems und Arbeitsmarktes - fort dauern wird, bislang noch keinen Anlaß zur Korrektur.
  - 21 Letztere fanden signifikante Zusammenhänge nicht bei Berücksichtigung des Eltern-, sondern des Probandenstatus.
  - 22 Dieser Anteil mag deshalb etwas zu hoch sein, weil Heitmeyer et al. (1995) das für die Gesamtbevölkerung, also auch für Erwachsene, von SINUS entwickelte Instrument zur Erhebung sozialer Milieus ohne entsprechende Modifikation für eine nur aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen bestehende Stichprobe verwendet haben.
  - 23 Die hier vorgestellten Ergebnisse beziehen sich nur auf junge Großstädter im Alter von 16 - 34 Jahren in den neuen Bundesländern. Die Anzahl der Probanden, die eine Tatbegehung im Rahmen von repräsentativen Meinungsumfragen berichten, ist für den Zweck multivariater Analysen bei weitem zu gering, um noch stabile Ergebnisse zu erhalten. Im Rahmen des Forschungsprojektes "Sozialer Umbruch und Kriminalitätsentwicklung in Deutschland" konnte eine zusätzliche Überquotierung junger Großstädter in den neuen Bundesländern realisiert werden, die das Defizit repräsentativer Stichproben zumindest teilweise kompensiert und somit ansatzweise die Möglichkeit erster multivariater Analysen ermöglicht. Diese Vorgehensweise könnte aus Kostengründen für die Befragung in den alten Bundesländern nicht realisiert werden, daher muß auf weitergehende Analysen in diesem Bereich verzichtet werden.
  - 24 Konkret wurden Homogenitätsanalysen (die niederländische Variante der multiplen Korrespondenzanalysen) durchgeführt: Allgemein besteht die Aufgabe von multiplen Korrespondenzanalysen darin, die Zusammenhangsstruktur von mehreren nominalskalierten Variablen durch eine räumliche Darstellung der Ausprägungen in einem q-dimensionalen Raum, der von quantitativen Variablen aufgespannt wird, darzustellen (vgl. Greenacre 1989; Carol und Green 1988; GIF1 1990).
  - 25 Der Unterschied zwischen der multiplen Korrespondenzanalyse (Homogenitätsanalyse) und der Principle Components by alternating Least Squares (PRINCALS) besteht darin, daß bei der multiplen Korrespondenzanalyse Lösungen lediglich auf Basis nominal-skalierten Variablen berechnet werden, während die PRINCALS eine beliebige Kombination aus nominal, ordinal und metrisch skalierten Variablen zuläßt. Die Lösungen werden dabei in einem mehrstufigen iterativen Prozeß gewonnen, wobei in der ersten Stufe multiple Variablen als kategorial eingehen

und einfache Variablen metrisch skaliert werden. Auf Basis dieser Lösung wird dann in einer zweiten Stufe jede Variable mit ihrem ursprünglichen Skalenniveau verwendet. Für eine detaillierte Beschreibung des Verfahrens siehe GIFI (1990).

- 26 Dabei gingen in a) folgende Kategorien ein: "Ich finde es gut, mehr zu arbeiten, um sich mehr leisten zu können"-trifft eher zu; "Lebenserfüllung ist nur durch Pflichterfüllung möglich"-trifft eher zu; "Es ist mir wichtig, daß nichts nach außen dringt, wenn es in meiner Familie Probleme gibt"-trifft eher zu; "Arbeit ist etwas, womit man sein Geld verdient, mehr ist das eigentlich nicht"-trifft eher zu; "Wenn ich es mir richtig überlege, haben die alten Werte - Sparsamkeit, Sauberkeit und Ordnung - für mein Leben eine ziemlich große Bedeutung"-trifft eher zu; "Kinder zu haben ist sehr wichtig und wünschenswert für das eigene Leben"-trifft eher zu; "Mit einer bewußten Planung des Lebens kommt man noch am besten voran"-trifft eher zu; "Die Normen und Werte meiner Freunde sind für mich wichtiger als die Normen und Werte der Gesellschaft"-trifft eher zu; "Sein Leben nach großen Idealen auszurichten ist sinnlos"-trifft eher zu. In b): "Ich habe oft den Drang, etwas Starkes und Neues zu erleben"-trifft voll und ganz zu; "Immer wenn ich Zeit dazu finde, beschäftige ich mich mit Kunst und Kultur"-trifft voll und ganz zu; "Ich finde es gut, mehr zu arbeiten, um sich einiges leisten zu können"-trifft überhaupt nicht zu; "Lebenserfüllung ist nur durch Pflichterfüllung möglich"-trifft überhaupt nicht zu; "Es ist mir wichtig, daß nichts nach außen dringt, wenn es in meiner Familie Probleme gibt"-trifft überhaupt nicht zu; "Ich überlege mir oft, wie ich aus dieser Gesellschaft aussteigen kann"-trifft voll und ganz zu; "Arbeit ist etwas, womit man sein Geld verdient, mehr ist das eigentlich nicht"-trifft voll und ganz zu; "Ich fürchte, daß der technische Fortschritt unser Leben zerstört"-trifft voll und ganz zu; "Wenn ich es mir richtig überlege, haben die alten Werte - Sparsamkeit, Sauberkeit und Ordnung - für mein Leben eine ziemlich große Bedeutung"-trifft überhaupt nicht zu; "Kinder zu haben ist sehr wichtig und wünschenswert für das eigene Leben"-trifft überhaupt nicht zu; "Mit einer bewußten Planung des Lebens kommt man noch am besten voran"-trifft überhaupt nicht zu; "Die Normen und Werte meiner Freunde sind für mich wichtiger als die Normen und Werte der Gesellschaft"-trifft voll und ganz zu; "Sein Leben nach großen Idealen auszurichten ist sinnlos"-trifft voll und ganz zu. In c): "Ich habe oft den Drang, etwas Starkes und Neues zu erleben"-trifft überhaupt nicht zu; "Durch Lernen und Weiterbildung kann man seine berufliche Zukunft heute auch nicht mehr sichern"-trifft voll und ganz zu; "Ich finde es gut, mehr zu arbeiten um sich einiges leisten zu können"-trifft voll und ganz zu; "Lebenserfüllung ist nur durch Pflichterfüllung möglich"-trifft voll und ganz zu; "Es ist mir wichtig, daß nichts nach außen dringt, wenn es in meiner Familie Probleme gibt"-trifft voll und ganz zu; "Ich überlege mir oft, wie ich aus dieser Gesellschaft aussteigen kann"-trifft überhaupt nicht zu; "Arbeit ist etwas, womit man sein Geld verdient, mehr ist das eigentlich nicht"-trifft eher nicht zu; "Wenn ich es mir richtig überlege, haben die alten Werte - Sparsamkeit, Sauberkeit und Ordnung - für mein Leben eine ziemlich große Bedeutung"-trifft voll und ganz zu; "Kinder zu haben ist sehr wichtig und wünschenswert für das eigene Leben"-trifft voll und ganz zu; "Mit einer bewußten Planung des Lebens kommt man noch am besten voran"-trifft voll und ganz zu; "Die Normen und Werte meiner Freunde sind für mich wichtiger als die Normen und Werte der Gesellschaft"-trifft überhaupt nicht zu; "Sein Leben nach großen Idealen auszurichten ist sinnlos"-trifft überhaupt nicht zu. In d): Ich habe oft den Drang, etwas Starkes und Neues zu erleben"-trifft eher und eher nicht zu; "Durch Lernen und Weiterbildung kann man seine berufliche Zukunft heute auch nicht mehr sichern"-trifft eher nicht zu; "Ich finde es gut, mehr zu arbeiten um sich einiges leisten zu können"-trifft eher und eher nicht zu; "Lebenserfüllung ist nur durch Pflichterfüllung möglich"-trifft eher nicht zu; "Es ist mir wichtig, daß nichts nach außen dringt, wenn es in meiner Familie Probleme gibt"-trifft eher nicht zu; "Wenn ich es mir richtig überlege, haben die alten Werte - Sparsamkeit, Sauberkeit und Ordnung - für mein Le-

ben eine ziemlich große Bedeutung"-trifft eher nicht zu; "Mit einer bewußten Planung des Lebens kommt man noch am besten voran"-trifft eher nicht zu; "Die Normen und Werte meiner Freunde sind für mich wichtiger als die Normen und Werte der Gesellschaft"-trifft eher nicht zu. In e): Ich habe oft den Drang, etwas Starkes und Neues zu erleben"-trifft eher und eher nicht zu; "Durch Lernen und Weiterbildung kann man seine berufliche Zukunft heute auch nicht mehr sichern"-trifft eher zu; "Ich finde es gut, mehr zu arbeiten um sich einiges leisten zu können"-trifft überhaupt nicht zu; "Lebenserfüllung ist nur durch Pflichterfüllung möglich"-trifft überhaupt nicht zu; "Es ist mir wichtig, daß nichts nach außen dringt, wenn es in meiner Familie Probleme gibt"-trifft überhaupt nicht zu; "Arbeit ist etwas, womit man sein Geld verdient, mehr ist das eigentlich nicht"-trifft überhaupt nicht zu; "Wenn ich es mir richtig überlege, haben die alten Werte - Sparsamkeit, Sauberkeit und Ordnung - für mein Leben eine ziemlich große Bedeutung"-trifft voll und ganz zu; "Man sollte sich politisch engagieren, um Unterdrückung und Ausbeutung in unserer Gesellschaft zu bekämpfen"-trifft voll und ganz zu; "Kinder zu haben ist sehr wichtig und wünschenswert für das eigene Leben"-trifft überhaupt nicht zu; "Mit einer bewußten Planung des Lebens kommt man noch am besten voran"-trifft überhaupt nicht zu; "Die Normen und Werte meiner Freunde sind für mich wichtiger als die Normen und Werte der Gesellschaft"-trifft überhaupt nicht zu; "Sein Leben nach großen Idealen auszurichten ist sinnlos"-trifft überhaupt nicht zu. Bei e) konnte zusätzlich signifikante Wählerschaft der PDS (Sonntagsfrage) und Zustimmung zur Frage, "Ostdeutsche haben selbst bei gleichen Fähigkeiten schlechtere Chancen als Westdeutsche" festgestellt werden.

- 27 Hier gingen in a) folgende Kategorien ein: Dauer und Häufigkeit der Arbeitslosigkeit - quasi nicht vorhanden; "Ich habe keine finanziellen Schwierigkeiten"; Haushaltseinkommen - im oberen Drittel; Höhere Bildungsabschlüsse; "Was glauben Sie, wie zufrieden Ihre Lehrer oder Ihr Betrieb mit Ihren Leistungen sind?"-sehr zufrieden; "Wie verstehen bzw. verstanden sich in der letzten Zeit, in der Sie noch zuhause wohnten, Ihre Eltern oder die Personen, die bei Ihnen Elternstelle eingenommen haben, untereinander?"-keine oder nur gelegentliche Auseinandersetzung mit Worten"-trifft zu; Kontakte zu sozialen Netzen: Kernfamilie-mittleres Drittel; Partner-oberes Drittel; Verwandte-unteres Drittel; Freunde-mittleres Drittel; Arbeitskollegen-unteres Drittel; Peer-Group-unteres Drittel. In b): Dauer und Häufigkeit der Arbeitslosigkeit-bedingt vorhanden; "Ich muß meinen Gürtel in letzter Zeit enger schnallen"; "Ich brauche meine Ersparnisse auf"; Haushaltseinkommen-im mittleren Drittel; Mittlere Bildungsabschlüsse; "Was glauben Sie, wie zufrieden Ihre Lehrer oder Ihr Betrieb mit Ihren Leistungen sind?"-eher zufrieden; "Wie verstehen bzw. verstanden sich in der letzten Zeit, in der Sie noch zuhause wohnten, Ihre Eltern oder die Personen, die bei Ihnen Elternstelle eingenommen haben, untereinander?"-keine oder nur gelegentliche Auseinandersetzung mit Worten"-trifft zu; Kontakte zu sozialen Netzen: Kernfamilie-oberes Drittel; Partner-mittleres Drittel; Verwandte-mittleres Drittel; Freunde-unteres Drittel; Arbeitskollegen-oberes Drittel; Peer-Group-unteres Drittel. In c): Dauer und Häufigkeit der Arbeitslosigkeit-extrem hoch; "Ich muß Schulden machen"; "Ich bin mit Ratenzahlungen im Verzug"; Haushaltseinkommen-im unteren Drittel; Mittlere Bildungsabschlüsse; "Was glauben Sie, wie zufrieden Ihre Lehrer oder Ihr Betrieb mit Ihren Leistungen sind?"-eher bis sehr unzufrieden; "Wie verstehen bzw. verstanden sich in der letzten Zeit, in der Sie noch zuhause wohnten, Ihre Eltern oder die Personen, die bei Ihnen Elternstelle eingenommen haben, untereinander?"-häufige verbale und körperliche Auseinandersetzung"-trifft zu; Kontakte zu sozialen Netzen: Kernfamilie-mittleres Drittel; Partner-unteres Drittel; Verwandte-unteres Drittel; Freunde-unteres Drittel; Arbeitskollegen-oberes Drittel; Peer-Group-oberes Drittel. In d): Dauer und Häufigkeit der Arbeitslosigkeit-gering; "Ich muß meinen Gürtel in letzter Zeit enger schnallen"; "Ich brauche meine Ersparnisse auf"; Haushaltseinkommen-im mittleren Drittel; Niedere Bildungsabschlüsse; "Was glauben Sie, wie zufrieden Ihre Lehrer oder Ihr Be-

trieb mit Ihren Leistungen sind?“-eher zufrieden; “Wie verstehen bzw. verstanden sich in der letzten Zeit, in der Sie noch zuhause wohnten, Ihre Eltern oder die Personen, die bei Ihnen Elternstelle eingenommen haben, untereinander?“-keine oder nur gelegentliche Auseinandersetzung mit Worten“-trifft zu; Kontakte zu sozialen Netzen: Kernfamilie-mittleres Drittel; Partner-mittleres Drittel; Verwandte-mittleres Drittel; Freunde-mittleres Drittel; Arbeitskollegen-oberes Drittel; Peer-Group-mittleres Drittel. In e): Dauer und Häufigkeit der Arbeitslosigkeit-sehr hoch; “Ich muß Schulden machen“; “Ich habe sonstige finanzielle Schwierigkeiten“; Haushalts-einkommen-im unteren Drittel; Hohe Bildungsabschlüsse; “Wie verstehen bzw. verstanden sich in der letzten Zeit, in der Sie noch zuhause wohnten, Ihre Eltern oder die Personen, die bei Ihnen Elternstelle eingenommen haben, untereinander?“-keine oder nur gelegentliche Auseinandersetzung mit Worten“-trifft zu; Kontakte zu sozialen Netzen: Kernfamilie-oberes Drittel; Partner-oberes Drittel; Verwandte-mittleres Drittel; Freunde-oberes Drittel; Arbeitskollegen-unteres Drittel; Peer-Group-oberes Drittel.

- 28 Die Verhaltensdisposition Hypothetische Tatbegehung (“Hier wird eine Reihe von Handlungen aufgelistet. Sagen Sie mir bitte, ob Sie es im 'Grundsatz für möglich' oder für 'grundsätzlich ausgeschlossen' halten, so zu handeln oder sich an solchen Handlungen zu beteiligen“) wurde durch einen faktorenanalytisch bestätigten Summenindex “Straffällig-Werden“ aus den folgenden Variablen gebildet: Wegnahme von Lebensmitteln oder Bekleidung aus einem Warenhaus oder Geschäft; Ausländer schlagen; ein Auto aufbrechen; Verkauf von Drogen; gegen Asylbewerber gewalttätig werden, falls diese in meiner Nachbarschaft untergebracht werden. Die weiteren erfragten Handlungen (Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne Bezahlung, Verschweigen zusätzlicher Einnahmen gegenüber dem Finanzamt; einen Beamten bestechen; Beschaffung von Drogen für den eigenen Konsum; Sperrmüll in den Wald werfen; angetrunken Autofahren - Index: “Bagatelldelikte“) wiesen keine berichtenswerten Zusammenhänge mit den anderen hier verwendeten Variablen und Indices auf und wurden daher aus der Analyse genommen.
- 29 Auf Grundlage der Frage über das Verhalten bei Notlagen: “Stellen Sie sich vor, Ihre größten Probleme lassen sich in absehbarer Zeit nicht lösen und bringen Sie in große Verzweiflung. Inwieweit würden die hier aufgeführten Aussagen in einer solchen Notlage auf Sie zutreffen?“ (ich würde mich persönlich immer mehr zurückziehen; würde zu Alkohol greifen; würde zu Tabletten greifen; würde zu Drogen greifen; würde nicht aufgeben und das Problem anpacken; würde mich um soziale Hilfe bemühen; würde an Selbstmord denken; würde mich politisch zur Wehr setzen; würde vielleicht versuchen, finanzielle Probleme auch durch Klauen und Betrügereien zu lösen; würde unter Umständen gewalttätig werde; würde Ablenkung in Sport, Hobby, Musik und ähnlichem suchen; würde in einer Religionsgemeinschaft versuchen, Halt zu finden;) wurden vier faktoranalytisch gebildete Summenindices gebildet (wobei das Item “Selbstmord“ nicht zugeordnet werden kann). Von den vier Faktoren (“aktiv werden“; Suchtmittel nehmen“; “resignieren“; “straffällig werden“) und dem Einzelitem Selbstmord, erwies sich lediglich der Faktor “Suchtmittel nehmen“ für weitere Analysen als sinnvoll. Die anderen Faktoren und das Item “Selbstmord“ zeigten keine nennenswerten Zusammenhänge bzw. beim Faktor “straffällig werden“ keine zusätzliche Information (hier zeigte sich im wesentlichen das gleiche Antwortverhalten wie bei der “Hypothetischen Tatbegehung“), so daß sie in den weiteren Analysen keine Verwendung finden.
- 30 Die in Anmerkung 25 erwähnte Möglichkeit, die latente Variable der Ausprägungen im Merkmalsraum mittels chi-quadrat Metrik in eine Clusteranalyse einzubeziehen und somit eine Interpretationsgrundlage für die Zusammenhangsstruktur der einzelnen in die Analyse eingegangenen Kategorien zu verwenden, wurde auch in diesem Beispiel angewendet. Der Vorteil bei

steht hierbei hauptsächlich darin, der optisch und gedanklich schweren Interpretation im dreidimensionalen Raum und deren Probleme bei der grafischen Darstellung in Printmedien, ein nachvollziehbares Kriterium für die Zuordnung der Kategorien zu den Zusammenhangsmustern beiseite zu stellen.

- 31 Für die Analysen wurde ein Summenindex der selbstberichteten Delinquenz, bezogen auf die letzten 18 Monate vor der Befragung, gebildet, der die folgenden Delikte beinhaltet: Absichtliche Beschädigung von Telefonzellen, Bushaltestellen, Fahrzeugen, Briefkästen, Sitzen in Bus oder Bahn, Parkbänken, Schulmobilar usw.; Automaten Diebstahl; Ladendiebstahl; Diebstahl am Arbeitsplatz; Fahrraddiebstahl; KFZ-Diebstahl; Handtaschenraub; Wohnungseinbruch; Einbruch in Garage, Keller oder Gartenhaus; sonstiger Diebstahl; Hehlerei; unrechtmäßige Inanspruchnahme öffentlicher Zuschüsse; unrechtmäßige Inanspruchnahme staatlicher Gelder; Raub; Gruppenschlägerei; Körperverletzung ohne/mit Waffen; Drogenkonsum. Auf eine weitere Ausdifferenzierung nach z.B. Gewalt- oder Eigentumsdelikten mußte verzichtet werden, da die Anzahl der Täter trotz der Überquotierung in der Stichprobe zu gering war, um für Teilgruppen noch zuverlässige Aussagen machen zu können. Auf eine Verlängerung der Referenzperiode auf 60 Monate als Ausgangspunkt für unsere multivariaten Analysen wurde wegen der Problematik des recht unterschiedlichen Erinnerungsvermögens der Probanden bei Retrospektivbefragungen verzichtet.
- 32 Die Geschlechtsvariable war in den jeweiligen Beziehungsstrukturen nur wenig bedeutsam. Erwartungsgemäß "neigten" weibliche Befragte etwas mehr zum Konformitäts-, männliche Probanden etwas stärker zum Nonkonformitäts-Cluster. Hierbei könnte allerdings eine Rolle spielen, daß bei der selbstberichteten Delinquenz eine Trennung zwischen leichteren und schweren Deliktsformen aus den genannten Gründen (s. vorherige Anmerkung) nicht vorgenommen werden konnte.
- 33 Unter "Gewalttaten" werden vom Verfassungsschutz Tötungsdelikte, Sprengstoff- und Brandanschläge, Landfriedensbruch, Körperverletzungen sowie Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung zusammengefaßt. Die Zahlen für die Getöteten wurden zusätzlich den Verfassungsschutzberichten für 1992 und 1993 entnommen.
- 34 Das SINUS-Institut (1981, S. 78) hatte bereits zu Beginn der 80er Jahre aufgrund einer im Auftrag des Bundeskanzleramtes durchgeführten Befragung von 6.968 Westdeutschen festgestellt, daß 13% der Wahlbevölkerung zum rechtsextremen Einstellungspotential gehören. Vgl. zum "Extremismus der Mitte" und seiner historischen Dimension, Kraushaar (1994); vgl. zum ganzen Otto und Merten (1993) sowie Mischkowitz (1994).
- 35 Auf die wünschenswerte Einbeziehung der familiären oder fremdenfeindlichen Gewalt wird im Rahmen von auf Standardstichproben beruhenden Befragungen aus Kostengründen verzichtet. Eine Ausnahme zu ersterem beinhaltet die Opferbefragung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, vgl. Wetzels et al. 1995, S. 111 ff.
- 36 Im Vergleich mit anderen Ländern lag die allgemeine Kriminalitätsfurcht in Ostdeutschland höher als z.B. in England/Wales (1992) und in den USA (1993), während die Werte für Westdeutschland dem Niveau dieser beiden Länder entsprachen. Die Raten der spezifischen Kriminalitätsfurcht waren hingegen in Ostdeutschland nicht höher, in Westdeutschland zum Teil sogar deutlich geringer als in England/Wales und in den USA (Mirrlees-Black; Aye Maung, 1994, S. 2 ff.; Bureau of Justice Statistics, 1994, S. 182 ff.)
- 37 Insbesondere wird auf eine detaillierte Schilderung der jeweils durchgeführten bi- und multivariaten Analysen verzichtet, siehe dazu Boers (1994a) sowie Boers und Kurz (1996). Eine aus-

- föhrliche Darstellung der verschiedenen Erklärungsansätze findet sich bei Boers (1991, S. 40 ff.).
- 38 Zur Darstellung und Diskussion um diese Perspektive: Quensel 1994; Boers 1995; Kury 1995; Bilsky et al. 1995, wobei die beiden letzten Beiträge der Viktimisierungsperspektive eine größere Bedeutung beimessen.
- 39 Die dazu gestellte Frage lautete: "Sagen Sie mir anhand der hier aufgeführten Dinge, inwieweit Sie dies für Ihren Stadtteil/Ihr Dorf heute als Problem sehen".
- 40 Es handelte sich um loglineare und um Homogenitätsanalysen (wegen letzterer siehe oben 4.2 und im Anhang).
- 41 Die einzelnen Probleme konnten mit den Daten der neuen wie mit denen der alten Bundesländer zu einem Summenindex "Wahrnehmung von Zeichen sozialer Desorganisation im Wohnviertel" zusammengefaßt werden. Eine zuvor durchgeführte Faktorenanalyse mit elf der genannten Probleme ergab sowohl für die Ost- wie die Weststichprobe einen homogenen Faktor mit 53,6% bzw. 51,6% erklärter Varianz. Die Variable "Schließung öffentlicher Einrichtungen" wurde dabei nicht berücksichtigt, da sie nur in der Ostbefragung erhoben worden war.
- 42 Die Beunruhigung über soziale Probleme wurde aufgrund einer Faktorenanalyse zu drei Indices zusammengefaßt. Der erste Index bezieht sich auf die Beunruhigung über: soziale Ungleichheit zwischen Männern und Frauen; sozialer Abstieg; Arbeitslosigkeit; Rentensicherung sowie Gewalt in unserer Gesellschaft (im folgenden mit "Sozio-ökonomische Probleme" bezeichnet). Der zweite Index besteht aus: Rechtsradikalismus; Kriminalitätsentwicklung, Organisierte Kriminalität und Bestechung ("Politische Probleme"). Der dritte Index umfaßt: Verlust der Wohnung und Verlust von Familienbindungen ("Familiäre Probleme").
- 43 Eine weitere Scheinkorrelation hinsichtlich eines inhaltlich bemerkenswerten bivariaten Zusammenhangs ergab sich bei der multivariaten Kontrolle der Beziehung zwischen Wahlverhalten und Kriminalitätsfurcht. Analyisierte man nämlich lediglich diese beiden Variablen, dann erschien es so, als seien PDS- und Grünen-Wähler furchtsamer als die Wähler anderer, also auch konservativer Parteien. Berücksichtigte man nun aber zusätzlich das Geschlecht und das Alter der Probanden, dann verschwand dieser Zusammenhang. Denn es zeigte sich, daß die PDS überproportional von Älteren und die Grünen überproportional von (jungen) Frauen gewählt wurden. Demnach repräsentierte die bivariat beobachtete Beziehung in Wirklichkeit nicht eine Korrelation zwischen Parteipräferenz und Furcht, sondern zwischen der Alters- und Geschlechtsstruktur der WählerInnen dieser Parteien einerseits und der Furcht andererseits.
- 44 Eine ausführliche Darstellung dieser Analysen findet sich in Boers und Kurz 1996.

## Literatur

- Albrecht H.-J. 1987. Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität - Empirische Befunde zu den Beziehungen zwischen zwei sozialen Problemen. In Münder, J., Sack, F., Albrecht, H.-J., Plewig, H.-J. (Hrsg.). *Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität*. Darmstadt: Luchterhand, 41-91.
- Albrecht, G., Howe, C.-W. 1992. Soziale Schicht und Delinquenz. Verwischte Spuren oder falsche Fährte? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 44, 697-730.
- Arnold, H. 1992. Die deutsche Vereinigung und der Prozeß der gesellschaftlichen Veränderungen: Zum (möglichen) Beitrag einer vergleichend orientierten viktimologischen Forschung. In Kury, H. (Hrsg.). *Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle*. Freiburg: Max-Planck-Institut, 291-330.
- Beck, U. 1986. *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, U. 1991. Der Konflikt der zwei Modernen. In Zapf, W. (Hrsg.). *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Frankfurt a. M.: Campus, 40-53.
- Becker, H.S. 1981 [1963]. *Außenseiter. Zur Soziologie abweichenden Verhaltens*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Becker, M., Boers, K., Kurz, P. 1996. Kriminalitätsfurcht und Prävention im sozialen Nahbereich. In Kube, E., Schneider, H., Stock, J. (Hrsg.). *Kommunale Kriminalprävention in Theorie und Praxis*. Lübeck: Schmidt-Römhild. (im Druck).
- Becker, U., Becker, H., Ruhland, W. 1992. *Zwischen Angst und Aufbruch. Das Lebensgefühl der Deutschen in Ost und West nach der Wiedervereinigung*. Düsseldorf, Wien, New York, Moskau: Econ.
- Bilsky, W., Wetzels, P., Mecklenburg, E., Pfeiffer, Ch. 1995. Subjektive Wahrnehmung von Kriminalität und Opfererfahrung. In Kaiser, G., Jehle, J.-M. (Hrsg.). *Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse. Teilband II*. Heidelberg: Kriminalistik Verlag, 73-106.
- Boers, K. 1991. *Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems*. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Boers, K. 1993. *Kriminalitätsfurcht. Ein Beitrag zum Verständnis eines sozialen Problems*. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 76, 65-82.
- Boers, K. 1994. *Kriminalität und Kriminalitätsfurcht im sozialen Umbruch*. *Neue Kriminalpolitik* 6, Heft 2, 27-31.
- Boers, K. 1994a. *Kriminalitätseinstellungen in den neuen Bundesländern*. In Boers, K., Ewald, U., Kerner, H.-J., Lautsch, E., Sessar, K. (Hrsg.). *Sozialer Umbruch und Kriminalität. Band 2: Ergebnisse einer Kriminalitätsbefragung in den neuen Bundesländern*. Bonn: Forum, 21-74.
- Boers, K. 1995. *Kriminalitätseinstellungen und Opfererfahrungen*. In Kaiser, G., Jehle, J.-M. (Hrsg.). *Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse. Teilband 2: Verbrechensfurcht und Opferwerdung*. Heidelberg: Kriminalistik, 3-36.

- Boers, K. 1995a. Ravensburg ist nicht Washington. Einige Anmerkungen zum Beitrag von Thomas Feltes und Heike Gramckow "Bürgerliche Polizei und kommunale Kriminalprävention - Reizworte oder demokratische Notwendigkeiten? Neue Kriminalpolitik 7, Heft 1, 16-21.
- Boers, K., Class, M., Kurz, P. 1994. Self-reported delinquency in Germany after the reunification. In Junger-Tas, J., Terlouw, G.-J., Klein, M.W. (Eds.). *Delinquent behavior among young people in the Western World*. Amsterdam, New York: Kugler Publications, 343-353.
- Boers, K., Ewald, U., Kerner, H.-J., Lautsch, E., Sessar, K. (Hrsg.). 1994. *Sozialer Umbruch und Kriminalität. Band 1. Deutschland, Mittel- und Osteuropa*. Bonn: Forum.
- Boers, K., Ewald, U., Kerner, H.-J., Lautsch, E., Sessar, K. (Hrsg.). 1994a. *Sozialer Umbruch und Kriminalität. Band 2. Ergebnisse einer Kriminalitätsbefragung in den neuen Bundesländern*. Bonn: Forum.
- Boers, K., Kurz, P. 1996. Kriminalitätseinstellungen im sozialen Umbruch. In Boers, K., Ewald, U., Kerner, H.-J., Lautsch, E., Sessar, K. (Hrsg.). *Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland* (im Druck).
- Boers, K., Sessar, K. 1991. Do people really want punishment? In Sessar, K., Kerner, H.J. (Eds.). *Developments in crime and crime control research: German studies on victims, offenders, and the public*. New York, Berlin: Springer, 126-149.
- Bourdieu, P. 1987. *Die feinen Unterschiede*. Frankfurt a. M: Suhrkamp.
- Bundesanstalt für Arbeit. 1996. *Amtliche Nachrichten* 44, 3.
- Bundeskriminalamt. 1994. *Polizeiliche Kriminalstatistik 1993*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Bundeskriminalamt. 1995. *Polizeiliche Kriminalstatistik 1994*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Bundesministerium des Innern. 1995. *Verfassungsschutzbericht 1994*. Bonn.
- Bureau of Justice Statistics. 1994. *Sourcebook of criminal justice statistics - 1993*. Washington, DC: U.S. Department of Justice.
- Bussmann, K. 1996. Kritische Kriminologie und Systemtheorie. In Bussmann, K., Kreissl, R. (Hrsg.). *Kritische Kriminologie in der Diskussion*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 73-122.
- Carroll, J.D., Green, P.E., 1988. An INDSICAL-Based Approach to Multiple Correspondence Analysis. *Journal of Marketing Research*, Vol. 23, S. 271-280
- Clausen, L. (Hrsg.). 1996. *Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995*. Frankfurt a. M: Campus.
- Cohen, L., Felson, M. 1979. Social change and crime rate trends: A routine activity approach. *American Sociological Review* 44, 588-608.
- Cremer-Schäfer, H., Stehr, J. 1990. Der Normen- & Werte-Verbund. Strafrecht, Medien und herrschende Moral. *Kriminologisches Journal* 22, 82-104.
- De Nike, J., Ewald, U., Nowlin, C.J. (Eds.) 1995. *Victimization perception after the breakdown of state socialism. First findings of a multi-city pilotstudy 1993*. Berlin: Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik (GSFP), Graue Reihe 95-03.
- Deichsel, W. 1996. Chancen und Risiken kritisch-kriminologischer Theoriepotentiale in einer sozialen Umbruchsituation. In: Bussmann, K.-D., Kreissl, R. (Hrsg.). *Kritische Kriminologie in der Diskussion*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 263-293.

- Durkheim, E. 1984 [1895]. *Die Regeln der soziologischen Methode*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Eisner, M. 1995. The effects of economic structures and phases of development on crime. In Council of Europe (Hrsg.). *Crime and economy. Proceedings 11th Criminological colloquium* (1994). Strasbourg: Council of Europe, 13-51.
- Elias, N. 1976. *Über den Prozeß der Zivilisation. Band 2: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf einer Theorie der Zivilisation*. 2. Auflage. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Elliott, D.S., Huizinga, D. 1983. Social class and delinquent behavior in a national youth panel. *Criminology* 21, 149-177.
- Ewald, U. 1993. Kriminalitätsentwicklung und sozialer Wandel in den neuen Bundesländern. In Kaiser, G., Jehle, J.-M. (Hrsg.). *Politisch-gesellschaftlicher Umbruch, Kriminalität, Strafrechtspflege*. Heidelberg: Kriminalistik Verlag, 35-55.
- Ewald, U., Hennig C., Lautsch, E. 1994. Opfererleben in den neuen Bundesländern. In Boers, K., Ewald, U., Kerner, H.-J., Lautsch, E., Sessar, K. (Hrsg.). *Sozialer Umbruch und Kriminalität, Band 2*. Bonn: Forum Verlag, 75-170.
- Farnworth, M., Thornberry, T.P., Krohn, M.D., Lizotte, A.J. 1994. Measurement in the study of class and delinquency: integrating theory and research. *Journal of Research in Crime and Delinquency* 31, 32-61.
- Farrington, D. 1994. Human Development and Criminal Careers. In Maguire, M., Morgan, R., Reiner, R. (Eds.). *The Oxford Handbook of Criminology*. Oxford: Clarendon Press, 511-584.
- Feltes, T., Gramckow, H. 1994. Bürgernahe Polizei und kommunale Kriminalitätsprävention. Reizworte oder kriminalpolitische Notwendigkeiten? *Neue Kriminalpolitik* 6, Heft 3, 16-20.
- Förster, F., Schubarth, M. 1993. *Jugend Ost. Zwischen Hoffnung und Gewalt*. Opladen: Leske und Budrich.
- Frehsee, D. 1995. Sozialer Wandel und Jugendkriminalität. *DVJJ-Journal* 6, 269-278.
- Fuchs, P. 1995. *Westöstlicher Divan. Zweischneidige Beobachtungen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fürstenberg, F. 1995. Deutschlands Wirtschaft nach der Wende. In Hettlage, R., Lenz, K. (Hrsg.). *Deutschland nach der Wende. Eine Bilanz*. München: Beck, 93-115.
- Gifi, A., 1990. *Nonlinear Multivariate Analysis*. London :Wiley
- Greenacre, M. 1989. *Theory and Application of Correspondence Analysis*. London: Academic Press
- Gutsche, G. 1994. Der gesellschaftliche Transformationsprozeß in Ostdeutschland aus der Sicht der kriminologischen Forschung - Gedanken zu einem Forschungsdesign. In Boers, K., Ewald, U., Kerner, H.-J., Lautsch, E., Sessar, K. (Hrsg.). *Sozialer Umbruch und Kriminalität. Ergebnisse einer Kriminalitätsbefragung in den neuen Bundesländern*. Bonn: Forum, 171-214.
- Gutsche, G. 1995. Sozialer Umbruch und Kriminalitätsentwicklung in den neuen Bundesländern. Resultate neuerer Opferbefragungen 1991- 1993. In: Kaiser G. und Jehle, J.-M. (Hrsg.). *Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse. Teilband II*. Heidelberg: Kriminalistik, S. 107-126
- Haft, F. 1994. Die Bereinigung des SED-Unrechts. *Deutsch-deutsche Rechts-Zeitschrift* 5, 258-261.
- Hagan, J. 1992. The poverty of a classless criminology. *Criminology* 30, 1, 1-19.

- Hagan, J. 1993. The social embeddedness of crime and unemployment. *Criminology* 31, 465-491.
- Hagan, J. 1994. *Crime and disrepute*. Thousand Oaks, Ca., London, New Delhi: Pine Forge Press.
- Hagan, J., Merckens, H., Boehnke, K. 1995. Delinquency and disdain: Social capital and the control of right-wing extremism among East and West Berlin youth. *American Journal of Sociology* 100, 1028-1052.
- Hanf, T. 1993. Entwicklungstheorie und soziologische Perspektive. *Berliner Debatte Initial* 6, 19-34.
- Hanf, T. 1996. Gesellschaftliche Entwicklung und Transformation. Clausen, L. (Hrsg.). *Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995*. Frankfurt a. M.: Campus, 617-629.
- Hale, C., Sabbagh, D. 1991. Testing the relationship between unemployment and crime: A methodological comment and empirical analysis using time series data from England and Wales. *Journal of Research in Crime and Delinquency* 28, 400-417.
- Hanesch, Walter u.a. 1994. *Armut in Deutschland*. Reinbek: Rowohlt.
- Hauser, R. 1995. Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland - ein Überblick. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 45, B 31-32, 3-13.
- Heath, L. 1984. Impact of newspaper crime reports on fear of crime: Multimethodological investigation. *Journal of Personality and Social Psychology* 47, 263-276.
- Heide von der, G., Lautsch, E. 1991. Entwicklung und Struktur der Tatverdächtigen in der ehemaligen DDR von 1985 bis 1989. *Neue Justiz* 45, 344-348.
- Heiland, H.-G., Shelley, L.I. 1992. Civilization, modernization and the development of crime and control. In Heiland, H.-G., Shelley, L.I. (Eds.). *Crime and control in comparative perspectives*. Berlin, New York: Walter de Gruyter, 1-19.
- Heitmeyer, W. 1994. Das Desintegrations-Theorem. Ein Erklärungsansatz zu fremdenfeindlich motivierter, rechtsextremistischer Gewalt und zur Lähmung gesellschaftlicher Institutionen. In Heitmeyer, W. (Hrsg.). *Das Gewalt-Dilemma*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 29-72.
- Heitmeyer, W., Collmann, B., Conrads, I.M., Kraul, D., Kühnel, W. Möller, R. 1995. *Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus*. Weinheim: Juventa.
- Hettlage, R. 1995. Integrationsleistungen des Rechts im Prozeß der deutschen Einheit. In Hettlage, R., Lenz, K. (Hrsg.). *Deutschland nach der Wende. Eine Bilanz*. München: Beck, 22-63.
- Hettlage, R., Lenz, K. (Hrsg.) 1995. *Deutschland nach der Wende. Eine Bilanz*. München: Beck.
- Hradil, S. 1992. Alte Begriffe und neue Strukturen. Die Milieu-, Subkultur- und Lebensstilforschung der 80er Jahre. In Hradil, S. (Hrsg.). *Zwischen Bewußtsein und Sein*. Opladen: Leske u. Budrich, 15-56.
- Institut für Empirische Psychologie. 1995. "Wir sind O.K.!" *Stimmungen, Einstellungen, Orientierungen der Jugend in den 90er Jahren*. Köln: Bund Verlag.
- ipos. 1995. *Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1995 in Deutschland*. Mannheim: ipos.

- Joas, H., Kohli, M. 1993. Der Zusammenbruch der DDR. Fragen und Thesen. In Joas, H., Kohli, M. (Hrsg.). Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 7-28.
- Kaiser, G. 1994. Entwicklung der Kriminalität in Deutschland seit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus. *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 106, 469-501.
- Karstedt, S. 1995. Social transformation and crime: A crisis of deregulation. *Teoria Sociologica* 5.
- Karstedt, S. 1996. Soziale Ungleichheit und Kriminalität - Zurück in die Zukunft? In Bussmann, K.-D., Kreissl, R. (Hrsg.). *Kritische Kriminologie in der Diskussion*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 45-72.
- Kerner, H.-J. 1995. Organisierte Kriminalität: Realitäten und Konstruktionen. *Neue Kriminalpolitik* 7, Heft 3, 34-36.
- Klein, G. 1993. Evolution, Wandel, Prozeß. Zur Geschichte der Begriffe und theoretischen Modelle. In Korte, H., Schäfers, B. (Hrsg.). *Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie*, 2. Auflage. Opladen: Leske u. Budrich, 165-180.
- Klein, D. 1994. Doppelte Modernisierung im Osten. Illusion oder Option der Geschichte. In Brie, M., Klein, D. (Hrsg.). *Umbruch zur Moderne*. Hamburg 9-34.
- Kleining, G., Moore, H. 1968. Soziale Selbsteinstufung (SSE). Ein Instrument zur Messung sozialer Schichten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 20, 502-552.
- Kollmorgen, R. 1994. Auf der Suche nach Theorien der Transformation. Überlegungen zu Begriff und Theoretisierung der postsozialistischen Transformationen. *Berliner Journal für Soziologie* 4, 381-399.
- Korfes, G. 1992. Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR. *Kriminologisches Journal* 24, 1, 50-64.
- Kräupl, G., Ludwig, H. 1993. Wandel kommunaler Lebenslagen, Kriminalität und Sanktionserwartungen. *Bevölkerungsbefragung in einer städtischen Region Thüringens*. Freiburg: Max-Planck-Institut.
- Krause, P. 1994. Armut im Wohlstand: Betroffenheit und Folgen. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Diskussionspapier Nr. 88.
- Kraushaar, W. 1994. Extremismus der Mitte. Zur Geschichte einer soziologischen und sozialhistorischen Interpretationsfigur. In Lohmann, H.-M. (Hrsg.). *Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation*. Frankfurt a. M.: Fischer, 23-50.
- Kreuzer, A., Görgen, T., Krüger, R., Münch, V., Schneider, H. 1993. Jugenddelinquenz in Ost und West. Vergleichende Untersuchungen bei ost- und westdeutschen Studienanfängern in der Tradition Gießener Delinquenzbefragungen. Bonn: Forum Verlag Godesberg.
- Kube, E. 1995. Verbrechensfurcht - ein vernachlässigtes kriminalpolitisches Problem. In Kühne, H.-H. (Hrsg.). *Festschrift für Koichi Miyazawa. Dem Wegbereiter des japanisch-deutschen Strafrechtsdiskurses*. Baden-Baden: Nomos, 199-214.
- Kury, H. (Hrsg.). 1992. Straffälligkeit und soziale Kontrolle. Das erste deutsch-deutsche kriminologische Kolloquium. Freiburg: Max-Planck-Institut.
- Kury, H. 1995. Zur Bedeutung von Kriminalitätsentwicklung und Viktimisierung für die Verbrechensfurcht. In Kaiser, G., Jehle, J.-M. (Hrsg.). *Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse*. Teilband II. Heidelberg: Kriminalistik Verlag, 127-158.

- Kury, H., Dörmann, U., Richter, H., Würger, M. 1992. Opfererfahrungen und Meinungen zur inneren Sicherheit in Deutschland. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Lamnek, S. 1991. Fear of victimization, attitudes to the police and mass media reporting. In Kaiser, G., Kury, H., Albrecht, H.-J. (Eds.). *Victims and Criminal Justice*. Freiburg: Max-Planck-Institut, 637-653.
- Leyendecker, H., Rickelmann, R., Bönisch, G. 1992. *Mafia im Staat. Deutschland fällt unter die Räuber*. Göttingen: Steidl.
- Lewis, D.A., Salem, G. 1986. *Fear of crime: Incivility and the production of a social problem*. New Brunswick, Oxford: Transaction.
- Lüderssen, K. 1992. *Der Staat geht unter - das Unrecht bleibt? Regierungskriminalität in der ehemaligen DDR*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 1987. Tautologie und Paradoxie in den Selbstbeschreibungen der modernen Gesellschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 16, 161-174.
- Luhmann, N. 1991. *Soziologie des Risikos*. Berlin: de Gruyter.
- Luhmann, N. 1995. Jenseits von Barbarei. In ders. *Gesellschaftsstruktur und Semantik: Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 138-151.
- Mayntz, R. 1996. Gesellschaftliche Umbrüche als Testfall der soziologischen Theorie. In Clausen, L. (Hrsg.). *Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995*. Frankfurt a. M.: Campus, 141-153.
- Melzer, W. 1992. *Jugend und Politik in Deutschland. Gesellschaftliche Einstellungen, Zukunftsorientierungen und Rechtsextremismus-Potential Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland*. Opladen: Leske u. Budrich.
- Merton, R.K. 1968 [1938]. Sozialstruktur und Anomie. In Sack, F., König, R. (Hrsg.). *Kriminalsoziologie*. Wiesbaden: Akademische Verlagsgesellschaft, 283-313.
- Mirrlees-Black, C., Aye Maung, N. 1994. *Fear of crime: Findings from the 1992 British Crime Survey*. London: Home Office, Research Findings No. 9.
- Mischkowitz, R. 1994. *Fremdenfeindliche Gewalt und Skinheads. Eine Literaturanalyse und Bestandsaufnahme polizeilicher Maßnahmen*. Wiesbaden: BKA-Forschungsreihe, Bd. 30.
- Müller, H.-P. 1992. *Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Müller, K. 1996. Paradigmenrevision. Folgen des osteuropäischen Wandels für die allgemeine soziologische Theorie. In Clausen, L. (Hrsg.). *Gesellschaften im Umbruch*. Frankfurt a. M.: Campus, 164-178.
- Müller-Dietz, H. 1993. Die soziale Wahrnehmung von Kriminalität. *Neue Zeitschrift für Strafrecht* 13, 57-56.
- Noll, H.-H., Schröder, H. 1995. Öffentliche Sicherheit und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland. In Glatzer, W., Noll, H.-H. (Hrsg.). *Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung*. Frankfurt a. M.: Campus, 305-327.

- Oesterreich, D. 1993. *Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen - eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West.* München: Juventa.
- Offe, C. 1993. *Wohlstand, Nation, Republik. Aspekte des deutschen Sonderweges vom Sozialismus zum Kapitalismus.* In Joas, H., Kohli, M. (Hrsg.). *Der Zusammenbruch der DDR.* Frankfurt a. M: Suhrkamp, 282-301.
- Ohlemacher, T. 1995. *Eine ökologische Regressionsanalyse von Kriminalitätsziffern und Armutsraten. Fehlschluß par excellence?* *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47, 706-726.
- Otto, H.-U., Merten, R. 1993. *Rechtsradikale Gewalt im Vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 319.
- Parsons, T. 1964. *Evolutionary Universals in Society.* *American Sociological Review* 19, 339-357.
- Pfahl-Traughber, A. 1993. *Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung.* Bonn: Bouvier.
- Pfeiffer, C. 1993. *Opferperspektiven. Wiedergutmachung und Strafe aus der Sicht der Bevölkerung.* In Albrecht, P.A. et al. (Hrsg.). *Festschrift für Horst Schüler-Springorum.* Köln, Berlin u.a.: Heymanns.
- Pfeiffer, C. 1995. *Zum Stand der Jugendkriminalität in Ost und West.* *DVJJ-Journal* 6, 161-162.
- Pfeiffer, C., Ohlemacher, T. 1995. *Anstieg der (Gewalt-)Kriminalität und der Armut junger Menschen.* In Lamnek, S. (Hrsg.). *Jugend und Gewalt. Devianz und Kriminalität in Ost und West.* Opladen: Leske und Budrich, 259-276.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 1996. *Die Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland. Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 1995.* Bonn: Bulletin Nr. 37.
- Prognos. 1993. *Die Bundesrepublik Deutschland 2000-2005-2010.* Basel: Prognos.
- Quensel, S. 1994. *Besprechungsaufsatz Opfererfahrungen, Verbrechensfurcht und die deutsche Einheit.* *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 77, 62-66.
- Raith, Werner 1994. *Das neue Mafia-Kartell. Wie die Syndikate den Osten erobern.* Berlin: Rowohlt.
- Raith, W. 1995. *Organisierte Kriminalität.* Reinbek b. Hamburg: Rowohlt, *rororo special.*
- Reißig, R. 1994. *Transformation - theoretisch-konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche.* *Berliner Journal für Soziologie* 4, 323-343.
- Roth, J. 1995. *Der Sumpf. Korruption in Deutschland.* München: Piper.
- Sack, F. 1996. *Umbruch und Kriminalität - Umbruch als Kriminalität.* In Sessar, K., Holler, H. (Hrsg.). *Kriminalität und sozialer Umbruch in Mittel- und Osteuropa (im Druck).*
- Sampson, R.J. 1986. *Effects of socioeconomic context on official reaction to juvenile delinquency.* *American Sociological Review* 51, 876-885.
- Sampson, R.J., Laub, J.H. 1993. *Structural variations in juvenile court processing: Inequality, the underclass, and social control.* *Law & Society Review* 27, 2, 285-311.

- Scheerer, S. 1978. Der politisch-publizistische Verstärkerkreislauf. Zur Beeinflussung der Massenmedien im Prozeß strafrechtlicher Normgenese. *Kriminologisches Journal* 10, 223-227.
- Schneider, H.J. 1991. Massenmedien. Handwörterbuch der Kriminologie, Band 5, Lieferung 2, 301-324.
- Schüler-Springorum, H. 1995. Kriminalität der Randständigen. *Kriminologisches Journal* 27, 162-185.
- Schumann, K.F. 1995. Schutz der Allgemeinheit vor rückfälligen Tätern durch "Selective Incapacitation" - eine Skizze zur Subversivität eines Strafprinzips. *Kritische Justiz* 28, Heft 1, 88-96.
- Schwind, H.D., Ahlborn, W., Weiß, R. 1989. *Dunkelfeldforschung in Bochum 1986/87*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Sessar, K. 1992. Strafe und Kultur - ein Widerspruch? Skizzen mit und ohne die Luhmann'sche Systemtheorie. In Ewald, U., Woweries, K. (Hrsg.). *Entwicklungsperspektiven von Kriminalität und Strafrecht*. Festschrift für John Lekschas. Bonn: Forum, 57-77.
- Sessar, K. 1992a. Wiedergutmachen oder strafen. Einstellungen in der Bevölkerung und der Justiz. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Sessar, K. 1993. Öffentliche Straf- und Sicherheitsbedürfnisse. Ihre politische Manipulation am Beispiel der alten DDR und der neuen BRD. *Monatschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 76, 376-389.
- Sessar, K. 1993a. Kriminalität von und an Ausländern. In Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie (Hrsg.). *Ausländer, Kriminalität und Strafrechtspflege*. Chur/Zürich: Rüegger, 187-217.
- Sessar, K., Holler, H. (Hrsg.). 1996. *Kriminalität und sozialer Umbruch in Mittel- und Osteuropa* (im Druck).
- Shaw, C. R, McKay H. D. 1942. *Juvenile delinquency and urban areas*. Chicago: University of Chicago Press.
- Shelley, L.I. 1981. *Crime and modernization. The impact of industrialization and urbanization on crime*. Carbondale: Southern Illinois University Press.
- Shelley, L.I. 1986. *Crime and modernization reexamined*. *Annales Internationales de Criminologie* 24, 7-21.
- SINUS-Institut 1981. 5 Millionen Deutsche: "Wir sollten wieder einen Führer haben...". Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Reinbeck: Rowohlt
- Skogan, W.G. 1990. *Disorder and decline. Crime and the spiral of decay in American neighborhoods*. New York: Free Press.
- Smaus, G. 1985. *Das Strafrecht und die Kriminalität in der Alltagssprache der deutschen Bevölkerung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Stangl, W. 1996. "Wien - Sichere Stadt" - Ein bewohnerzentriertes Präventionsprojekt. *Kriminologisches Journal*, 28, 48-68.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.). 1993. *Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern* Heft 5/1993. Stuttgart: Metzler-Poeschel.

- Statistisches Bundesamt Wiesbaden. 1995. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart: Metzler-Poeschel Verlag.
- Thome, H. 1992. Gesellschaftliche Modernisierung und Kriminalität: Zum Stand der sozialhistorischen Kriminalitätsforschung. *Zeitschrift für Soziologie* 21, 212-228
- Thornberry, T., Christenson, R.L. 1984. Unemployment and criminal involvement: An investigation of reciprocal causal structures. *American Sociological Review* 49, 398-411.
- Tittle, C. R., Meier, R. F. 1990. Specifying the SES / Delinquency relationship. *Criminology* 28, 271-299.
- Tobias, J.J. 1967. *Crime and industrial society in the 19th century*. London: Batsford.
- Treuhandanstalt. 1994. *Die Stabsstelle für besondere Aufgaben im Direktorat Recht der Treuhandanstalt*. Berlin: November 1994, unveröffentlicht.
- Tyler, T.R., Cook, F.L. 1984. The mass media and judgments of risk: Distinguishing impact on personal and societal level judgments. *Journal of Personality and Social Psychology* 47, 693-708.
- Vester, M., Oertzen, v. P., Geiling, H., Herman, T., Müller, D. 1993. *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Köln: Bund-Verlag.
- Vester, M., Hofmann, M., Zierke, I. (Hrsg.). 1995. *Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung*. Köln: Bund-Verlag.
- Wahl, K. 1995. Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. *Forschungsergebnisse und Erklärungsversuche*. *Kriminologisches Journal* 27, Heft 1, 52-67.
- Walter, M. 1993. Über die Bedeutung der Kriminalität junger Ausländer für das Kriminalrechtssystem. *DVJJ-Journal* 4, 347-359.
- Walter, M. 1995. Von einem realen zu einem imaginären Kriminalitätsverständnis? Über den Wandel kriminologischer Blickrichtung und dessen kriminalpolitische Folgen. *Zeitschrift für Strafvollzug* 44, Heft 2, 67-73.
- Wetzels, P., Greve, W., Mecklenburg, E., Bilsky, W., Pfeiffer, C. 1995. *Kriminalität im Leben alter Menschen: Eine altersvergleichende Untersuchung von Opfererfahrungen, persönlichem Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht. Ergebnisse der KFN-Opferbefragung 1992*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Wiegand, E. 1992. Zunahme der Ausländerfeindlichkeit? Einstellungen zu Fremden in Deutschland und Europa. *ZUMA-Nachrichten* 16, Nummer 31, 7-28.
- Willems, H., Würtz, S., Eckert, R. 1993. *Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen*. Bonn: Bundesministerium für Familie und Jugend.
- Zapf, W. 1991. *Modernisierung und Modernisierungstheorien*. In Zapf, W. (Hrsg.). *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Frankfurt a. M.: Campus 23-39.
- Zapf, W. 1994. *Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung*. *Berliner Journal für Soziologie* 4, 295-305.
- Zehr, H. 1976. *Crime and the development of modern society. Patterns of criminality in nineteenth century Germany and France*. London: Croom.